Dienstag, 17. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 216 - 38. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Terroristen: In Tübingen hat die Polizei eine Wohnung entdeckt, in der sich auch das Ehepaar Barbara und Horst Meyer aufgehalten hat. Beide werden als mutmaßliche Terroristen der RAF im Zusammenhang mit dem Mord an MTU-Chef Zimmermann gesucht.

Parteispenden: Die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag wird morgen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses fordern, der prüfen soll, wie Informationen über die Parteispenden-Affäre aus dem nordrhein-westfälischen Justizministerium an die Presse gelangt seien.

Tempolimit: In der Bundesrepublik Deutschland halten 75,5 Prozent der Autofahrer nichts von einer Geschwindigkeitsbegrenzung (100 Stundenkilometer) auf Autobahnen, ergab eine Umfrage des Kraftfahrzeug-Überwachungsvereins DEKRA.

Flucht: Ein 32jähriger Bürger aus der CSSR ist gestern nach Bayern geflüchtet. Der Mann, der zwei Pistolen und 75 Schuß Munition mit sich führte, bezeichnete sich als Sportschütze.

Frankreich: Nach seiner Rückkehr aus dem französischen Atomtestgebiet im Südpazifik hat Staatspräsident Mitterrand die 14 Mitgliedsländer des Pazifikforums zu einer engeren militärischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit seinem Land aufgefordert. Der australische Regierungschef Hawke hat die Einladung Mitterrands zum Besuch des Atomtestgebiets abgelehnt. (S. 5)

China: In der Kommunistischen Partei finden derzeit umfangreiche personelle Umbesetzungen statt. Gestern erklärten 131 hochrangige Funktionäre ihren Rücktritt, um die von Chinas starkem Mann, Deng Xiaoping, angestrebte Verjüngung in den Parteigremien zu ermöglichen. (S. 10)

Vatikan: Papst Johannes Paul II. hat das Rücktrittsgesuch des Erzbischofs von Wien, Kardinal Franz König, angenommen. König hatte die Erzdiözese Wien mehr als 30 Jahre geleitet.

Abgaswerte: In der Schweiz gelten von Oktober 1987 an die strengen US-Grenzwerte für Schadstoffe in Autoabgasen, beschloß gestern die Regierung.

ZITAT DES TAGES



„Argentinien hat die Aufbauleistung Europas in der Nachkriegszeit stets als leuchtendes Beispiel für die Fähigkeit der Nationen betrachtet, widrigste Umstände aus eigener Kraft zu überwinden"

Argentiniens Staatspräsident Raúl Alfonsín vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Junge Unternehmer: Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik hat an Stärke gewonnen. Er strahlt auch auf den Arbeitsmarkt aus. Dies ist die Quintessenz der halbjährlichen Konjunkturumfrage des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) bei überwiegend mittelständischen Firmen. (S. 11)

„Expo '85": Mehr als 20 Millionen Menschen haben die Welt-Technologiemesse in Tsukuba bei Tokio besucht, die gestern nach 184 Tagen zu Ende ging. Die Veranstalter der Ausstellung, auf der die technologische Wunderwelt von morgen gezeigt wurde, erwirtschafteten einen Reingewinn von mindestens sieben Millionen Dollar.

Irak: Einen Teil seiner Schulden gegenüber der Bundesrepublik Deutschland will Irak mit Öl begleichen. Vorerst geht es dabei um rund 280 Millionen DM, die am 1. Oktober fällig geworden wären. Darauf einigten sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und der irakische Industrieminister Subhi Yassin Khudair in Bagdad. (S. 12)

Börse: Sonderbewegungen sorgten für eine leichte Belebung an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war freundlicher. WELT-Aktienindex 213,83 (213,19), BHF-Rentenindex 105,267 (105,238). Performance Index 107,696 (107,636). Dollarmittelkurs 2,9158 (2,9190) Mark. Goldpreis pro Feinunze 319,30 (321,30) Dollar.

KULTUR

Theater: Der Pole Andrzej Wajda – bei uns vor allem als Filmregisseur bekannt – ist bei den Berliner Festwochen mit seinem kleinen Ensemble vom Stary Teatr aus Krakau in der ehemaligen „Schaubühne" am Kreuzberg zu Gast. Seine drei Dostojewski-Improvisationen waren trotz einiger Vorbehalte erstaunlich. (S. 19)

Kinderfilm: Zum elften Mal findet in Frankfurt das Internationale Festival des Kinderfilms statt. Aus 14 Ländern kommen die Beiträge, nur die Gastgeber haben nichts Vorzeigenswertes zustande gebracht. Dem Kinderfilm haftet nach wie vor die Vorstellung von Putzigkeit und Schnickschnack an. (S. 19)

SPORT

Olympia: Ein Abkommen zwischen den NOKs der USA und UdSSR soll die gespannten Beziehungen verbessern. Die Möglichkeit, Olympische Spiele zu boykottieren, schränkt die Vereinbarung allerdings nicht ein.

Fernsehen: Die ARD bemüht sich um eine Live-Übertragung (Mittwoch, 17 Uhr) des Europacup-Spiels Gornik Hindenburg gegen München. Die dritten Programme der Nordkette zeigen ab 14.55 Uhr das Spiel Odessa gegen Bremen.

AUS ALLER WELT

Heim-Meteorologe: Etwa 100 Bürger in der Bundesrepublik Deutschland haben sich bisher die eigene Wetterstation ins Haus geholt. Unscheinbar wie ein Fernsehgerät und ein paar Bausteine einer Hifi-Anlage stehen in ihren Wohnzimmern Monitor, Empfänger und ein Konverter. Und an Gebühren zahlt man nur zwei Mark an die Post. (S. 20)

Gefährliche Fracht: Nach mehreren Unfällen im Frühjahr mit Lkws, die gefährliche Güter geladen hatten, will das Bundesverkehrsministerium mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen den Transport der brisanten Fracht „entschärfen". (S. 20)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen. 15 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Honeckers Vorschläge für die Union „nicht akzeptabel"

Vor Brandts Besuch SED-Kampagne für eine C-Waffen-freie Zone in Europa

fac. **Bonn**

Die Bundesregierung spricht zurückhaltend von „Prüfung", SPD-Chef Brandt rät schon zur Annahme des „Angebots" aus Ost-Berlin. In Gesprächen über die Schaffung einer C-Waffen-freien Zone sieht Brandt, wie er erklärte, ein Element, um die von ihm geforderte „zweite Phase" der Ost- und Entspannungspolitik einzuleiten. Die demonstrative Veröffentlichung des Briefs von „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl über eine von Chemiewaffen freie Zone in Europa ist deshalb unter mehreren Aspekten bemerkenswert:

Der Abdruck des Schreibens in allen Zeitungen in Mitteldeutschland, vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" noch von einem Kommentar begleitet, fällt genau in die Zeit, zu der sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt auf die erste „DDR"-Reise seit seinem Rücktritt als Regierungschef im Frühjahr 1974 (Guillaume-Affäre) vorbereitet. Brandt wird am Donnerstag in Ost-Berlin mit Honecker zusammentreffen.

Der Vorschlag der „DDR" – wie auch der entsprechende Brief der tschechoslowakischen Führung an den Bundeskanzler – knüpft ausdrücklich an das gemeinsame Papier an, das Kommissionen von SPD und SED im Sommer ausgearbeitet hatten. Der SPD war von Koalitionsseite der Vorwurf gemacht worden, sie betreibe eine „Nebenaußenpolitik".

„Neues Deutschland" ging gestern auf diese Befürchtungen in Bonn ein. Die SED-Zeitung kommentierte, die

LEITARTIKEL SEITE 2:
Eine seltsame Koalition
Von Herbert Kremp

„DDR" habe mit dieser Parteieninitiative „selbstverständlich keine Außenpolitik an der BRD vorbeigemacht". Die „DDR" wisse sehr wohl, wer Adressat in Bonn sei, wenn es um staatlich-vertragliche Vereinbarungen gehe. Sie sei aber bereit, „mit allen Kräften des Realismus und Vernunft zusammenzuarbeiten, die konkrete Schritte zur Sicherung des Friedens, zur Abwendung der Gefahr eines nuklearen Infernos und eines chemischen Holocaust zu gehen bereit sind".

Die Bundesregierung in Bonn vertritt den Standpunkt, chemische Waffen müßten weltweit und umfassend verboten werden. Dieses Ziel dürfe nicht durch regionale Teillösungen unterlaufen werden, die dem unmittelbar Betroffenen kein Mehr an Sicherheit bringen könnten. Die Bundesregierung habe deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen den Gedanken an eine Chemiewaffen-freie Zone in Mitteleuropa mit Zurückhaltung bewertet. Die „DDR" wiederum erklärt, wie im „Neuen Deutschland" zu lesen ist: „Erforderlich sind energische Anstrengungen sowohl im globalen wie regionalen Rahmen." Regionale Vereinbarungen zur Bildung von Chemiewaffen-freien Zonen könnten konkrete Schritte zur Vertrauensbildung so wie zu einem weltweiten Verbot dieser Waffen bedeuten.

Die gemeinsame Initiative von SPD und SED wird in dem Kommentar des „Neuen Deutschlands" als eine „politische Tat für Frieden und

● Fortsetzung Seite 10

SDI für Washington kein Tauschobjekt

Weinberger: Forschungsprojekt bietet die Möglichkeit, Nuklearwaffen ganz loszuwerden

DW. **Washington**

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hält es für unwahrscheinlich, daß US-Präsident Ronald Reagan die Erforschung und Erprobung von Weltraumwaffen als Gegenleistung für eine Reduzierung der sowjetischen Raketenbestände zurückschrauben könnte. Unter Hinweis auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen sagte Weinberger in einem Fernsehinterview: „Ich glaube nicht, daß der Präsident die Absicht hat, die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) als Verhandlungstrumpf einzusetzen."

Der Verteidigungsminister unterstrich, selbst wenn die Regierung in Moskau eine Reduzierung ihrer Sprengköpfe um 5000 Stück anböte, so wäre das für Washington noch immer keine adäquate Gegenleistung für ein Einstellen der SDI-Forschungen. Das Programm biete etwas, was sich die Menschheit seit der Entwicklung von Nuklear-Waffen gewünscht habe: die Möglichkeit, diese Waffen ganz loszuwerden.

Mit dieser Erklärung bekräftigte Weinberger bereits früher getroffene Feststellungen des Präsidenten und dessen Sicherheitsberaters McFarlane, der unterstrichen hatte: „Ich glaube nicht, daß es der richtige Weg ist, dieses Programm wegzuverhandeln." Und Weinberger hatte in Zeitungsinterviews betont: „Der Präsident hat erklärt, daß er nicht bereit ist, die Strategische Verteidigungsinitiative aufzugeben. Es ist die einzige Sache, die der Welt noch eine wirkliche Hoffnung bietet."

Klarstellungen waren seit geraumer Zeit nötig geworden, weil immer wieder über das Gegenteil spekuliert wurde. Solche Berichte, die sich auf Quellen „aus der unmittelbaren Umgebung des Präsidenten" beriefen, würden bedeuten, daß die USA den Sowjets entscheidende Zugeständnisse machten.

Allerdings hatte es immer wieder in Washington und auch bei den Alliierten Irritationen über die Behandlung der SDI-Forschung in Genf gegeben. In Washington hatte es geheißen, einen großen Teil der aufgetretenen Verwirrung habe sich die Reagan-Administration selbst zuzuschreiben; sie habe zu lange gezögert, die Öffentlichkeit über die Rolle des SDI-Programms in Zusammenhang mit den Nuklear-Verhandlungen aufzuklären.

Die Tatsache, daß das SDI-Programm von den USA nicht als Handelsobjekt betrachtet wird, bedeutet jedoch nicht gleichzeitig, daß es damit gänzlich vom Verhandlungstisch genommen ist. Washington ist zu jeder Zeit bereit, dieses Thema mit den Sowjets zu diskutieren, allerdings lediglich im Zusammenhang einer Wandlung von einer offensiven zu einer defensiven Nuklearstrategie, wie sie Präsident Reagan seit einiger Zeit anstrebt.

Weinberger hatte schon vor einiger Zeit auch Berichte als spekulativ zurückgewiesen, nach denen der globale Charakter des SDI-Raketenabwehrprogramms nicht mehr aufrechterhalten werde und inzwischen darauf begrenzt worden sei, nur noch bestimmte Gebiete wie beispielsweise Raketenarsenale und Abschußrampen vor sowjetischen Nuklearangriffen zu schützen.

Ein „Drehbuch" für den Kandidaten Rau

Der Ministerpräsident wird sich im November als Nummer eins der SPD präsentieren

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Im Parteivorstand der SPD ist gestern erstmals Kritik am „Eiertanz" laut geworden, daß sich Johannes Rau vor dem Gremium zwar zur Kanzlerkandidatur bereit erklärte, aber offiziell erst Ende des Jahres nominiert werden soll. Sowohl Rau als auch der Parteivorsitzende Willy Brandt haben daraufhin versucht, mit einem detaillierten Drehbuch die Kritiker zu überzeugen:

Die „politische Figur" des Spitzenkandidaten soll noch nicht offiziell in die Diskussion gebracht werden, um die „Bundesregierung zu zwingen, sich ebenfalls nicht schon in den Wahlkampf zu flüchten". Die erste Phase soll dem Bürger Sacharbeit und „verantwortliches Regierungshandeln" der SPD vorführen. Aus diesem Grund wird von sofort an eine „zusätzliche Arbeitsebene" an der Parteispitze installiert: Unter Vorsitz von Rau werden die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten regelmäßig zusammenkommen und sich zu politischen Problemen als Regierende zu Wort melden. Zum einen ist damit Raus Führungsanspruch sichtbar „institutionalisiert", zum anderen hofft die SPD, auf diese Weise – ähnlich wie es der CDU/CSU in ihrer Oppositionszeit in den siebziger Jahren glückte – potentielle Wähler von ihrer Kompetenz überzeugen zu können. Zusätzlich wird Rau vor den Spitzengremien der Partei im November eine Grundsatzrede über „Strategien und Perspektiven der SPD" in der nahen Zukunft halten. Er wird sich damit öffentlich als die Nummer eins präsentieren und zugleich versuchen, die Genossen auf seinen moderaten Kurs festzulegen.

Mit dem Hebel des öffentlichen Zögerns will der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und „Hoffnungsträger" inzwischen vor allem die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Eckpunkte seines Programms und deren personelle Vertretung durchsetzen. Nachdem sich Brandt, Rau und der Bonner Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel am Sonntagabend in der NRW-Landesvertretung (Parteisprecher Clement: „Liegt gleich neben dem Kanzleramt") auf die Grundzüge des Wahlkampf-Drehbuchs geeinigt haben, hat Brandt gestern am Rande der Parteirats-Sitzung sich bereits bemüht, auch die mächtigen Bezirks-Vorsitzenden auf diese Grundlinien einzuschwören.

Da Rau erst am späten Nachmittag nach Bonn zurückkam, hat die Kandidaten-Frage allerdings in der Parteirats-Sitzung keine Rolle gespielt. Sie wurde auf der Vorstandssitzung am Abend behandelt. Die Mitglieder des Parteirats, der euphemistisch immer als „höchstes Gremium zwischen den Parteitagen" bezeichnet wird, konzentrierten sich fast ausschließlich auf die bessere Repräsentanz der Frauen in Gremien, Parteifunktionen und in den Parlamenten. Brandt hatte von allen Parteibezirken einen Rapport über die derzeitige Situation verlangt. Nach einer „nicht ganz störungsfreien Sitzung" (Parteirats-Vorsitzender Liedke) wurde eine Resolution durchgesetzt, die sich weitgehend an den Forderungen der SPD-Frauen orientiert: Bei der Bundestagswahl 1987 soll für die Fraktion ein Frauenanteil von 25 Prozent sichergestellt werden, Anfang der neunziger Jahre ein Drittel und bis Ende der neunziger Jahre die Hälfte.

Tochter Duartes in Rebellenhand

DW. **San Salvador**

Linksgerichtete Rebellen der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) haben erklärt, die älteste Tochter des salvadorianischen Präsidenten José Napoleon Duarte entführt zu haben. Aus Regierungskreisen verlautete weiter, der Regierung sei mitgeteilt worden, daß sich Ines Guadelupe Duarte Duran (35) und deren Freundin Cecilia Villeda (23) in der Gewalt einer der fünf Gruppen der FMLN befänden. Bei der Entführung der beiden Frauen war ein Leibwächter erschossen worden.

Aus hohen Militärkreisen verlautete, die ersten Kontakte zwischen Regierung und Rebellen habe es am vergangenen Freitag gegeben. Die Verbindung sei jedoch unterbrochen worden, als im Hintergrund ein Hubschrauber zu hören gewesen sei.

DAG: Mehr Rechte für Minderheiten

DW. **Osnabrück**

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) tritt im Gegensatz zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) für die Stärkung von Minderheitenrechten im Betriebsverfassungsgesetz ein, wie sie von der Bonner Koalition geplant wird. Zur Begründung sagte der stellvertretende DAG-Vorsitzende Roland Issen in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung", es müsse sichergestellt werden, daß die Minderheit im Betriebsrat bei der Besetzung von Ausschüssen, der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern und der Bildung von Gesamt- oder Konzernbetriebsräten nicht ausgeschlossen werde.

Gestern trafen Vertreter der DAG, der Arbeitgeber und der Bundesregierung im Kanzleramt zu einem Gespräch zusammen.

Der Druck auf Botha wächst

DW. **Johannesburg**

Der südafrikanische Präsident Pieter Botha steht unter wachsendem innenpolitischen Druck. Nicht nur die Schwarzen, sondern auch Unternehmer fordern seinen Rücktritt. In der südafrikanischen Presse werden zunehmend Spekulationen über eine bevorstehende Demission des 69jährigen Präsidenten laut, der die Geschicke des Landes seit sieben Jahren leitet.

Der Mißmut der Geschäftswelt wurde durch den Kursverfall des Rand ausgelöst. Die Internationale Handelskammer (ICC) hat Pretoria aufgefordert, die Rassentrennung abzuschaffen, und zugleich vor einem Rückzug des internationalen Handels aus dem Apartheidsstaat gewarnt. Dies würde nur zur Destabilisierung führen und der schwarzen Bevölkerung schaden.

DER KOMMENTAR

Schattenspiel

FRITZ WIRTH

Gipfel haben ihre Sonnen- und Schattenseiten. Es ist zur Stunde noch ungewiß, ob der bevorstehende Genfer Gipfel jemals wegen seiner Sonnenseite in Erinnerung bleiben wird. Sicher dagegen ist, daß die kunstvollen Schattenspiele der Gipfel-Propagandisten und der mit unkontrollierbaren Quellen operierenden Gipfel-Spekulanten im Vorfeld dieses Ereignisses ein Gütezeichen für besonderen Eifer und für Einfallsreichtum verdienen.

Das „Time"-Interview Gorbatschows gehörte zu diesen Gipfel-Schattenspielen und ebenso der mit vielen ungenannten Informanten nicht gerade fest verankerte Bericht der „Washington Post", wonach Präsident Reagan bereit sei, sich mit Gorbatschow in Genf auf den großen Gipfel-Tauschhandel einzulassen. Objekt des Handels: bedeutsame Reduzierungen sowjetischer strategischer Offensivwaffen gegen ebenso bedeutsame Einschränkungen im amerikanischen strategischen Defensivprogramm namens SDI.

Dazu ist zu sagen: Über alle Spekulationen, Mutmaßungen und angebliche Informationen „maßgebender Beamter in der amerikanischen Administration" hinweg gibt es in dieser Sache ein sehr präzises und bis zur Stunde nicht widerrufenes oder eingeschränktes Wort des amerikanischen Präsidenten, und das sagt, daß SDI kein Tauschobjekt in den Rüstungskontrollverhandlungen mit den Sowjets ist. Verteidigungsminister Caspar Weinberger bekräftigte dies in einem Fernsehinterview mit Nachdruck.

Das muß jedoch nicht heißen, daß SDI in Genf kein Thema sein wird. Im Gegenteil: Dieses Programm bewies schon seinen politischen Nutzen, als es vor einem halben Jahr die Sowjets veranlaßte, die von ihnen abgebrochenen Rüstungskontrollverhandlungen wiederaufzunehmen.

Ohne allen Zweifel wird dieses SDI-Programm für Ronald Reagan auch in Genf in acht Wochen ein wertvolles und wirksames politisches Instrument sein. Die Frage ist nur, wie weit es sich bereits in vertragliche Abkommen einbinden läßt. Solange es nur ein Forschungsobjekt ist – und das wird mindestens bis 1990 der Fall sein –, läßt es sich nicht kontrollieren und damit auch nicht einschränken oder verbieten. Was danach mit diesem Programm geschieht – das heißt also seine Dimensionen und seine strategische Relevanz –, ist zur Stunde ungewiß und mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Entscheidung des nächsten US-Präsidenten.

Das alles aber relativiert die Bedeutung der „Strategischen Verteidigungsinitiative" als Tauschobjekt dieses Gipfels. Nachrichten, die einen anderen Eindruck vermitteln, sollten als das gewertet werden, was sie sind: Gipfel-Schattenspiele.

Palme bleibt Regierungschef in Schweden

DW. **Stockholm**

Schweden wird in den kommenden drei Jahren weiter von den Sozialdemokraten regiert, obwohl die Partei von Ministerpräsident Olof Palme bei den Parlamentswahlen am Sonntag Verluste hatte hinnehmen müssen. Die Kommunisten, die in der Vergangenheit die Regierung Palme parlamentarisch unterstützten, mußten ebenfalls Stimmen abgeben. Trotzdem kann die Regierungsmehrheit nach den gestern bekanntgegebenen vorläufigen Ergebnissen im neuen Reichstag mit 178 Sitzen (159 Sozialdemokraten und 19 Kommunisten) rechnen – das sind acht weniger als 1982 –, während die bürgerlichen Oppositionsparteien auf 171 Parlamentssitze kamen.

Als enttäuschend wurde in Stockholm das Abschneiden der von Ulf Adelsohn geführten Konservativen gewertet, die gemeinsam mit den Liberalen und dem Zentrum einen „Systemwechsel" herbeiführen wollten. Die Konservativen verloren zehn Sitze, das Zentrum zwölf.

Das beste Ergebnis konnten die Liberalen unter der Führung des 43jährigen Bengt Westerberg aufweisen. Sie gewannen damit 29 Mandate hinzu. Die Grünen scheiterten, wie schon bei den Wahlen im Jahre 1982, an der Vier-Prozent-Hürde.

Regierungschef Palme, der in Zukunft auf die aktive Unterstützung der Kommunisten angewiesen sein wird, bezeichnete das Wahlergebnis als „einen Sieg des schwedischen Gesellschaftsmodells" und als eine Niederlage des „Neo-Liberalismus".

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Überläufer kennt auch KGB-Arbeit in Deutschland

ms. **Bonn**

Der zu den Briten übergelaufene sowjetische KGB-Chef in London, Oleg Gordijewski (46), hat auch Kenntnisse über die Arbeit des sowjetischen Geheimdienstes in Deutschland. Nach Informationen der WELT war Gordijewski in den Jahren 1962 bis 1965 in der Abteilung der KGB-Zentrale in Moskau, die für die Spionagetätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland zuständig ist, tätig.

Obwohl die Zeit weit zurückliege, so hieß es bei den deutschen Sicherheitsbehörden, könnten sich daraus noch heute „interessante Ansatzpunkte" für die Spionagebekämpfung ergeben. Gemäß einer Übereinkunft zwischen den westlichen Nachrichtendiensten wird auch Gordijewski dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Bundesnachrichtendienst (BND) zur Verfügung stehen.

Recherchiert wird zur Zeit, ob die überstürzte Flucht der Sekretärin von Bundesminister Bangemann, Sonja Lüneburg, auf den Absprung des KGB-Chefs in London zurückzuführen ist. Nach zuverlässigen Informationen hat nämlich Gordijewski „schon vor mehreren Wochen" die Seiten gewechselt, jedenfalls vor der Flucht von Frau Lüneburg, die inzwischen eindeutig als Agentin eingestuft wird. Bei den Sicherheitsbehörden wird von „vagen Indizien" gesprochen, daß Frau Lüneburg für das KGB gearbeitet haben könnte. Zum Beispiel hat Ost-Berlin auf diversen Kanälen die Version transportiert, Frau Lüneburg habe nicht für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Armes reiches Schweden

Von Gottfried Mehner

Keinen Systemwechsel zulassen – mit diesem Aufruf haben sowohl die Sozialdemokraten als auch die Konservativen den schwedischen Wahlkampf bestritten. Aber während Olof Palme damit die Entwicklung weg vom Wohlfahrtsstaat meinte, warnte Ulf Adelsohn vor einem Systemwechsel in Richtung sozialistischer Ökonomie. Vor einem Szenario also, wo Gewerkschaftsführer an die Stelle der Unternehmer treten, ein konfiskatorisches Steuersystem etabliert wird und wo sich eine Bürokratie Selbstbeschäftigung durch Überreglementierungen verschafft.

Der neue Ministerpräsident heißt wieder Olof Palme. Das zeigt das Maß der Selbstverliebtheit der Schweden in ihrem Wohlfahrtsstaat. Die anderen Wahlgewinner sind folglich die Liberalen, die den Wohlfahrtssegen noch auf weitere gesellschaftlich Randgruppen ausdehnen wollen und ansonsten allenfalls zu marginalen Korrekturen bereit sind.

Zu fragen ist dennoch, ob mit dem schwedischen Wahlentscheid nicht ein Systemwechsel auf die Schienen gesetzt wurde. Denn Palme hat seine Mehrheit gegenüber dem bürgerlichen Lager eingebüßt und ist jetzt auf die aktive Unterstützung der Kommunisten angewiesen. Die Gefahr ist nicht auszuschließen, daß deren Wohlverhalten *mit* weiteren systemsprengenden Errungenschaften erkauft werden muß.

Während alle Welt darauf wartet, daß die Schweden endlich Inflation, Zahlungsbilanzdefizit und Budget eingrenzen, basteln die führenden Köpfe der neuen Regierung an weiteren sozialen Wohltaten. Im wirtschaftlichen Bereich ist mit Abwertungen und Preisstopp zu rechnen.

Mehr als sechzig Prozent des Bruttosozialprodukts laufen derzeit durch die Staatsmaschine. Das ist Weltspitze. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die große Mehrheit der Schweden wirtschaftlich vom Staat direkt abhängig ist. Zu erwarten, daß diese Majorität sich für Einsparungen entscheidet, war offenbar – vorerst noch – abwegig, dafür ist Selbstbedienung zu verlockend. Die Konservativen haben es versucht: Es hat sie zehn Mandate gekostet.

Vertrauen in Berlin

Von Enno v. Loewenstern

Welch wundersame Umfrageergebnisse hervorgezaubert werden können, wenn man nur entsprechend fragt, haben die Deutschen im Nachrüstungsstreit erfahren. Eine Umfrage nach der anderen suggerierte ihnen, daß die Regierung undemokratisch wider die Mehrheit (wenn nicht gar die „klare Mehrheit") des Volkes handle; zwischendurch aber wählte die Mehrheit genau diejenigen Parteien, die ihnen als Raketenparteien hingestellt worden waren. Die neueste Schreckensmeldung, vom ZDF verbreitet, lautete: Nur noch 59 Prozent der Berliner trauten den Alliierten zu, im Ernstfall zu ihren Verpflichtungen zu stehen.

Eine solche Geschichte kann verunsichernde Wirkung weit über Berlin und Deutschland hinaus haben. Für das Fortbestehen des amerikanischen Schutzes ist entscheidend, daß die Amerikaner das Gefühl haben, die Deutschen wollten von ihnen beschützt sein und vertrauten ihnen. Wenn gar Berlin – anscheinend – gegen seine Retter und Beschützer wäre, könnte kein Mensch es dem sprichwörtlichen Farmer im Mittleren Westen verdenken, wenn er sagte: Zum Teufel mit den Deutschen, bring our boys home.

Es war also lebenswichtig für Berlin, daß der Regierende Bürgermeister das seltsame Ergebnis durch eine neue Umfrage richtigstellte: 67 Prozent der Berliner sind von der Verläßlichkeit des alliierten Schutzschirmes überzeugt. Und daß dies die Wahrheit und keine Gegenkosmetik ist, daran kann kein Zweifel sein.

Denn Berlin, noch vor wenigen Jahren von unfähigen Regierungen heruntergewirtschaftet, von Gewalttätern in seinem inneren Frieden bedroht, vom „Spiegel" hämisch abgefeiert: „Diese Stadt ist – traurig, aber wahr – kaputt", ist unter neuer Führung aufs neue eine blühende Stadt. Die Einwohnerzahl hat soeben wieder die Zweimillionengrenze überschritten; die Zahlen auf den Gebieten sowohl des wirtschaftlichen Zuwachses wie auch der Arbeitslosigkeit entwickeln sich deutlich günstiger als im Bundesdurchschnitt. Wenn etwas das Berliner Klima bestimmt, dann ist es offensichtlich das Vertrauen.

Frankreich bleibt dabei

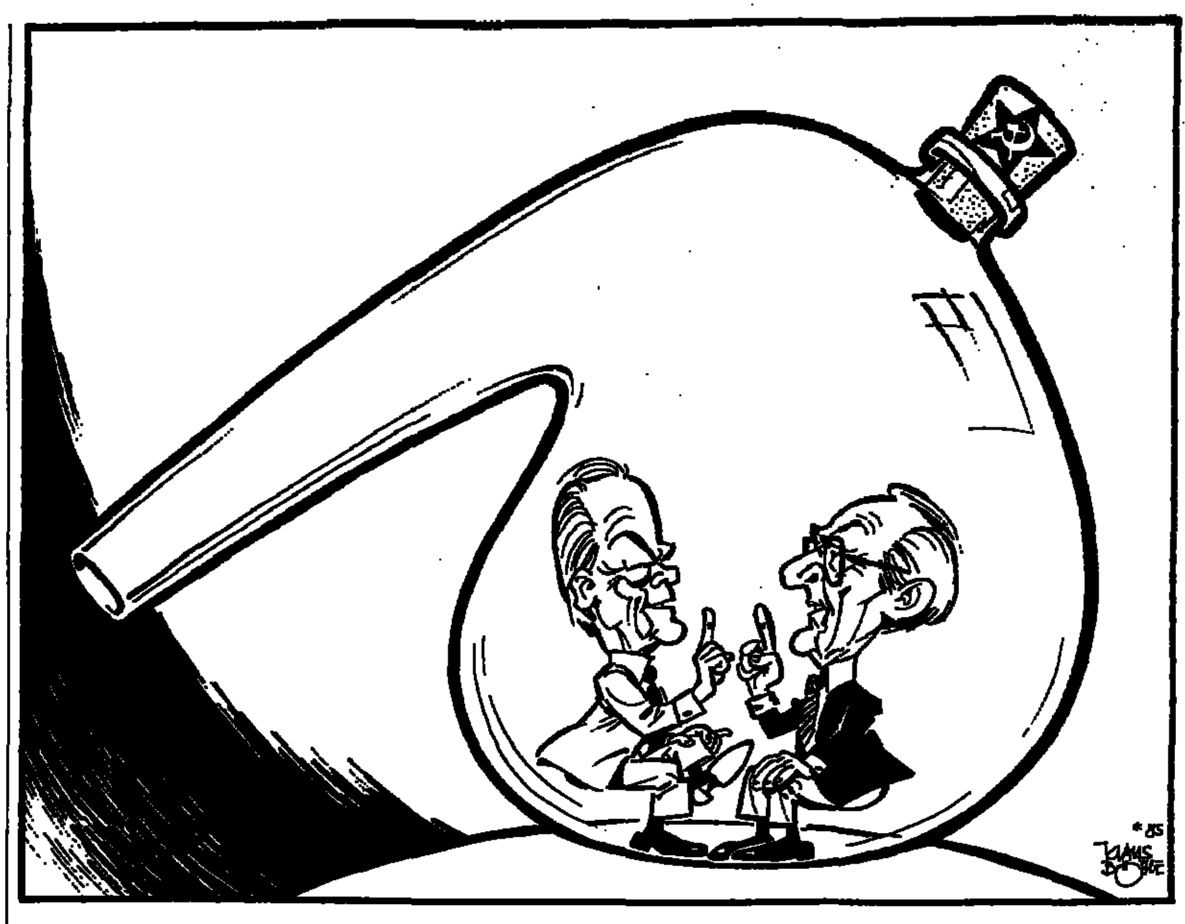
Von August Graf Kageneck

Mit einem geradezu napoleonischen Gesichtsausdruck starren Trotzes ist Präsident Mitterrand von seiner Reise zu den Antipoden nach Paris zurückgekehrt. Schon am Wendepunkt des Concorde-Fluges auf dem Atom-Atoll Mururoa im Südpazifik hatte er vor sechs Ministern, acht Botschaftern und einem Dutzend Militärs wissen lassen, warum er die Reise gemacht hatte: *Niemand habe das Recht*, an Frankreichs Präsenz im Pazifik und an seine Atomversuche dort zu rühren. Wer dies tue, werde von Frankreich als Gegner („adversaire") betrachtet. Dasselbe wiederholte Mitterrand am Sonntag abend vor Millionen Franzosen im Fernsehen.

Die Randstaaten des Pazifik sind jetzt gewarnt. Frankreich wird nicht mit sich Kirschen essen lassen. Wer es daran hindern will, in 1200 Metern Tiefe unter dem Korallenriff seine bis zu 150 Kilo Tonnen Sprengstoff freisetzenden Bomben (achtmal Hiroshima) zu testen, muß Waffengewalt anwenden. Das machen weder die USA noch Australien noch Neuseeland und schon gar nicht die Umweltschützer von Greenpeace.

Es bleibt die Möglichkeit des Protestes (der wütende Labour-Premier von Neuseeland, Lange, bot dem ebenfalls sozialistischen französischen Präsidenten an, doch gleich „Feinde" zu sagen) und des diplomatischen Boykotts. Es bleibt das juristische Nachspiel der Affäre um das Greenpeace-Schiff, welches Neuseeland nun mit Wonne vorantreiben wird.

Soweit aber Frankreichs Freunde in den Chor der Kritik einstimmen wollten, dürfen sie nicht vergessen, daß die Drohung Mitterrands auch um zwei Ecken an sie gerichtet war. Die französische Atomstreitmacht mag vielen ein Ärgernis sein. Aber die Nation steht geschlossen hinter ihr. Die ersten Reaktionen auf Mitterrands Auftritt belegen es. Versuche, die Franzosen von ihrer Force de frappe abzubringen, könnten Beziehungen stören, ohne an der französischen Politik etwas zu ändern. Übrigens merkt sogar Lange, daß man gegen Frankreich mit Druck nicht viel ausrichtet; er hat sich bereit erklärt, zu einer Aussprache Paris aufzusuchen – der Prophet kommt zum Berge, *nicht umgekehrt. Mururoa liegt nicht bei* Waterloo.



Chemie-Stunde KLAUS BÖHLE

Eine seltsame Koalition

Von Herbert Kremp

Am Mittwoch begibt sich Willy Brandt nach Ost-Berlin, um dem SED-Chef Honecker seine Aufwartung zu machen. Im Vordergrund steht dabei die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa, über die sich SPD und SED im Juni geeinigt haben.

Der „Rahmen für ein Abkommen", das damals beschlossen und in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn vorgestellt wurde, ist in der Form eines internationalen Vertragswerkes entworfen. Dem entspricht der briefliche Vorschlag *des Staatsratsvorsitzenden* Honecker an Bundeskanzler Kohl vom vergangenen Freitag: Die Bundesregierung soll mit der „DDR" und der Tschechoslowakei vereinbaren, die auf den drei Territorien gelagerten chemischen Waffen zu beseitigen, keine neuen Waffen dieser Art zu stationieren, keine zu produzieren, zu erwerben und durchtransportieren zu lassen. Honecker verweist auf die Vereinbarung mit der SPD und wendet sich damit jetzt an die Adresse der Regierung in Bonn.

Man vermutet zu Recht, daß damit ein neues Kapitel in den eigenartigen deutsch-deutschen Beziehungen aufgeschlagen wurde. Um dies deutlich zu machen, wählen wir ein anderes, freilich fiktives Beispiel: Der Fraktionsvorsitzende der CDU in der Volkskammer, Wolfgang Heyl (dies ist eine lebende und funktionierende Person), vereinbart mit den Unionsparteien in der Bundesrepublik den „Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von Panzern freien Zone in Europa" – um sein Territorium von sowjetischen Tankmassen zu befreien. Die Führungen beider Parteien stimmen dem Ergebnis zu, das auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Ost-Berlin vorgestellt wird. *Daraufhin wendet* sich Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden Honecker und schlägt ihm – unter Berufung auf den Konsens der Parteien – vor, in Verhandlungen über eine panzer-freie Zone einzutreten. Er fügt hinzu, die belgische Regierung sei bereit, sich dem *Abkommen anzuschließen*. Man müsse klein, sozusagen zu Hause, anfangen, um der globalen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung den Weg zu bahnen.

Wie würde Honecker reagieren? Er würde sich die „revisionistische Einmischung" in seine inneren Angelegenheiten verbitten und bei der Ost-CDU Köpfe rollen lassen.

Das Beispiel ist nicht nur fiktiv, es ist auch absurd. Denn die Herrschaftsverhältnisse in der „DDR" lassen nicht zu, was die SPD in der Bundesrepublik im Rahmen verfaßter Freiheit unternehmen kann. Infolgedessen wurde nicht nur ein neues, sondern ein höchst „einseitiges" deutsch-deutsches Kapitel aufgeschlagen.

Es sieht realiter folgendermaßen aus: Die Sozialdemokraten haben sich vorgenommen, amerikanische *chemische Waffen vom Boden der* Bundesrepublik zu verbannen. Der Vorschlag als solcher wäre diskutabel, stünde er nicht in der Perspektive einer langfristig angelegten Politik, das Land aus dem westlichen Militärbündnis herauszulösen. Da chemische Waffen jedermann unheimlich sind und in ihrem strategischen Wert strittig, ergriff die Opposition (ohne Absprache mit der Regierung) eine vordergründig populäre Initiative. Sie vereinbarte mit der totalitären Herrschaftspartei des unter sowjetischer Kontrolle stehenden „zweiten deutschen Staates" einen Vertragsentwurf, den sie gegen die Bundesregierung vertritt. Sie hat damit in einem Teilbereich – der sich ausweiten läßt –, eine Koalition mit der SED abgeschlossen. Sie avanciert damit zu Honeckers sicherem Sicherheitspartner. Er hält sie für seine Auslandsvertretung, für seine Agentur.

Der Geschmack reicht als Kategorie nicht aus, dieses Verhalten zu beurteilen. Man muß den Inhalt des „Rahmens für ein Abkommen" über die chemiewaffen-freie Zone in die Betrachtung einbeziehen. Chemische Waffen sind bewegliche Waffen. Sie können weittragend eingesetzt werden. Eine geographisch begrenzte Zone – Bundesrepublik, Tschechoslowakei, „DDR" – reicht für einen Bann nicht aus. Aus ihr kann Gift zwar nicht versprüht, aber in sie kann Gift hineingesprüht werden. Seit sechzehn Jahren ringen die Weltmächte in Genf um ein globales Verbot chemischer Waffen; sie wissen, warum, und die Verhandlungen sind *nicht ohne jeden Erfolg*. Die Sowjetunion wies jedoch im vergangenen April einen Vertragsentwurf des amerikanischen Vizepräsidenten Bush als „diskriminierend" zurück, weil er internationale Kontrollen vorsah. Solange die Sowjetunion Einblicke in die Produktion und Lagerung chemischer Waffen ablehnt, globale Vereinbarungen also blockiert, sind regionale Abmachungen sinnlos. Sie bewirkten nur, daß die Amerikaner etwas vom Kontinent entfernen müßten, was die Sowjets auf dem Kontinent behalten dürften.

Diese Sachlage ist den führenden *Sozialdemokraten bekannt*. Ihnen kann auch nicht entgangen sein, daß die Sowjets zu den Hauptproduzenten chemischer Waffen gehören, daß sie aber – im Unterschied zu den Amerikanern – die Herstellung nie unterbrochen haben. Die Sowjets wenden chemische Waffen in Afghanistan an. Waffen sowjetischer Herkunft wurden in Kambodscha und Laos am „lebenden Objekt" erprobt. Die Sozialdemokraten handeln nicht im deutschen und internationalen Interesse, wenn sie es sehenden Auges vermeiden, die Sowjetunion in die „von chemischen Waffen freie Zone in Europa" einzubeziehen. Worauf beruht diese Scheu? Gehört die Sowjetunion nicht zum geographischen Begriff Europa?

Die Fahrlässigkeit der Opposition in der Sache macht es dem Bundeskanzler leicht, Honeckers Brief zu beantworten. Sein Gegen-Vorschlag, die Sowjetunion in die chemiewaffen-freie *Zone* einzubeziehen, könnte die Diskussion auf die richtige Bahn lenken. Der Chemie-Bann muß weltweit gelten. Die Existenz solcher Waffen in irgend jemandes Hand macht die Menschheit unruhig.



Am lebenden Objekt erprobt: Giftgas-Opfer aus Iran FOTO: DPA

Menschenrechte

Von Werner Thomas

Ausgerechnet jetzt, als die Entführung der Duarte-Tochter Ines Aufsehen erregte, gab die New Yorker *Menschenrechtsgruppe* „Americas Watch" ihren Jahresbericht über El Salvador heraus. Der Titel lautete: „Der Terror geht weiter"; gemeint war aber – die Regierung des Präsidenten Duarte. Zwar wurden auch die marxistischen Rebellen kritisiert, beispielsweise für die Ermordung von dreizehn Personen im Juni in einem Vergnügungsviertel der Hauptstadt, hauptsächlich aber traf es die Regierung unter dem Generalnenner: Nicht viel habe sich geändert.

Dieser Eindruck wird nicht überall geteilt. Sowohl diplomatische Beobachter als auch Vertreter der Kirche registrierten ein besseres Menschenrechtsklima, seit der Christdemokrat José Napoleon Duarte vor mehr als einem Jahr das Präsidentenamt übernahm. „Americas Watch" steht bei der Reagan-Regierung unter Verdacht, die Entwicklungen in dieser Region durch *eine linke Brille zu sehen.*

Mittelamerikanische Menschenrechtsberichte sind mit Vorsicht zu genießen. Kaum eine Menschen*rechtsorganisation kann* den Anspruch erheben, objektiv zu sein. Die Menschenrechte werden oft ein Opfer politischer Manipulationen.

Nicaragua gibt ein Beispiel. Zwei Institutionen vermitteln zwei unterschiedliche Bilder. Die „Ständige Menschenrechtskommission", in den letzten Jahren der Somoza-Ära gegründet, schildert repressive Verhältnisse. Die Vorwürfe gegen die sandinistischen Comandantes umfassen auch Mord und Folter. Die Kommissionsmitglieder gehören der Opposition an.

Die „Nationale Kommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte" konzentriert sich dagegen auf die antisandinistischen Rebellen, die sie bezichtigt, eine Mörderbande zu sein. Die Vereinigung untersteht dem nicaraguanischen Außenministerium. Mateo Guerrero, der frühere Geschäftsführer, der in den USA poli*tisches Asyl suchte, berichtete, die* 1980 gebildete Kommission ignoriere viele Vergehen auf sandinistischer Seite.

Die größte antisandinistische Guerrilla-Bewegung, die „Demokratischen Kräfte Nicaraguas" (FDN), legte sich dieser Tage ebenfalls eine Menschenrechtskommission zu. Sie soll die Partisanen zu einer besseren Behandlung der Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung ermutigen, aber auch die ausländische Presse mit Informationsmaterial versorgen. Niemand rechnet ernsthaft damit, daß sie negative Informationen über die FDN verbreiten wird.

Die politische Linke besitzt jedenfalls bessere und längere Erfahrungen mit Menschenrechts-Organisationen. Eine Zeitlang, während der kritischen Periode Anfang der achtziger Jahre, waren fast alle Statistiken aus El Salvador links gefärbt. Ein Menschenrechtsverband wurde besonders deshalb von ausländischen Journalisten geschätzt, weil er Interview-Termine mit Guerrilla-Führern vermittelte. Kommissionsmitglieder kämpften gelegentlich in den Bergen. Die guatemaltekische „Gruppe der ge*genseitigen Hilfe" (Grupo Apoyo* Mutuo) unterhält Kontakte zum linken Untergrund, desgleichen eine andere Organisation dieses Landes in Mexico City.

Diese oft aus westeuropäischen Quellen finanzierten Vereinigungen haben mitgeholfen, ein schlichtes Klischee-Bild zu prägen: Nur die Rechtsextremisten morden. Jede Regierung, die nicaraguanische ausgenommen, unterhält Todesschwadronen. Die einseitigen Menschenrechtler El Salvadors wollten jahrelang keine Opfer registrieren, die auf Guerrilla-Aktivitäten zurückzuführen waren.

Die Bemühungen der Regierung Duartes, das Land aus dem Teufelskreis der Gewalt zu führen, lieferten keine Schlagzeilen. Er hat den Sicherheitsapparat säubern und die Streitkräfte disziplinieren lassen. Erzbischof Arturo Rivera y Damas würdigte den Präsidenten für diese *Fortschritte* auf dem Menschenrechtssektor. Selbst „Americas Watch" bestätigte der Armee: „Keine großen Massaker in der ersten Hälfte dieses Jahres." *Duarte* charakterisierte einmal die Arbeitsweise gewisser Medien: „Bad news is good news, good news is bad news."

Von Duartes Tochter, seit Dienstag letzter Woche verschwunden, fehlt bisher jede Spur. Die Kidnapper haben sich bisher nicht identifiziert. Die Ermittlungsbehörden verdächtigen jedoch die „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN), die Guerrilla-Bewegung, die immer mehr zu Terror-Methoden greift, weil die Streitkräfte *heute* das militärische Geschehen diktieren. Joaquim Villalobos, der mächtigste FMLN-Kommandeur, verteidigt diese neue Taktik. Er zeigte auch Verständnis für das Massaker im Juni, bei dem jene dreizehn Menschen starben, unter ihnen vier amerikanische Soldaten: „Solche Aktionen stärken die Moral unserer *Leute* und demoralisieren den Feind".

IM GESPRÄCH Horst Fechner

Theater fürs Publikum

Von Christian Andrée

„Die Abstimmung über das Theater findet an der Kasse statt", hat Horst Fechner, von dieser Spielzeit an neuer Generalintendant der Städtischen Bühnen Dortmund, zu Beginn seiner überaus erfolgreichen Tätigkeit 1978 im recht großen und recht gründlich heruntergewirtschafteten Kieler Theaterbetrieb gesagt. Damals sollte das seit der Jahrhundertwende stehende selbständige Kieler Schauspielhaus geschlossen werden, um nur noch das Opernhaus, durch seine überregionale Aktivität in Sachen moderne Oper bekannt und beim einheimischen Publikum beliebt, zu erhalten.



Erfolge in Coburg und Kiel: Neuer Dortmunder Intendant Fechner FOTO: DIE WELT

Fechner, wiewohl in erster Linie ein Opernliebhaber, wußte das Schauspielhaus gegen alle Widerstände der gebeutelten Stadtkämmerer und der Kieler Kulturpolitiker zu halten. Während seiner Kieler Generalintendanz sind in mancher Spielzeit die Besucherzahlen bis zu 12 000 gegenüber der vorangegangenen gestiegen. Das vor 1978 so leere Kieler Theater hatte alsbald Mühe, die Nachfrage zu befriedigen.

Fechner hat das ganz unspektakulär über den Spielplan, das Management und eine geschickte Berufungspolitik bewerkstelligt. Er selbst bezeichnet sich denn auch als Theatermanager, der auch mit Gewerkschaften umzugehen verstehe. (Als ihm ein Bühnengewerkschaftsfunktionär die Verwendung überregional angesehener Künstler als Bühnenbildner vorwarf: „Wenn jeder, der in der Lage ist, auch nur einen Pinsel zu halten, vom Intendanten akzeptiert wird ...", setzte sich Fechner durch, eben weil diese Künstler allgemein Anerkennung gefunden hatten.)

Fechner war 50, als er den Kieler Posten übernahm. Aber er kennt den Theaterbetrieb von der Pieke auf. 1928 in Berlin geboren und dort zur Bühne gekommen, studierte er nach Kriegsende in Weimar und Berlin und lernte die Theaterarbeit bei Walter Felsenstein an der Komischen Oper kennen. 1959 holte ihn der damalige Bielefelder Intendant und spätere Kieler Generalintendant Joachim Klaiber in die Bundesrepublik Deutschland. Hier hat er als Schauspieler, Regisseur und Dramaturg, Chefdisponent und rechte Hand des Intendanten alle Stationen des Theaterbetriebes kennengelernt, bevor er zu Erich Schumann nach Essen als Theaterbetriebsdirektor ging.

1974 berief ihn das Coburger Theater zum Intendanten. In kurzer Zeit gewann er die Gunst des Publikums, die Abonnentenzahlen stiegen rapide. Höchst ungern löste Coburg vorzeitig den Vertrag, als Fechner seine Berufung nach Kiel präsentierte.

In Kiel versuchte er das schier Unmögliche: das ideale Stadttheater, in dem alle Minderheiten bedient werden, die Mehrheit aber nicht zu kurz kommt. Den „Neugierigen" bot er ihre Ur- und Erstaufführungen, den Traditionsbewußten aber auch das geliebte Gewohnte. Er kam mit einem für ein großes Theater nicht hohen Etat aus und konnte andererseits verhindern, daß seine Bühnen übermäßig vom Kämmerer geschröpft wurden. Den „Partner im Zuschauerraum" will er auch in Dortmund ernst nehmen, ernster als manch anderer Intendant. In Kiel blieb er sieben Jahre, in Dortmund hat er einen Fünfjahresvertrag abgeschlossen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Bild

Zu Aids-Fällen in deutschen Schulen meint das Massenblatt:

Was ist zu tun? Kranke Schüler heimschicken? Oder besser „nicht diskriminieren"? Man starrt auf das Gesetz. Aber im Seuchengesetz steht noch nichts über Aids. Wann denn endlich? So lange kann doch nur gelten: Wenn Ansteckungsgefahr besteht, muß der Kranke isoliert werden. Ob sie besteht, müssen die Ärzte sagen. Ansonsten: Gelassenheit bewahren und aufklären. Daheim und in den Klassenzimmern.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie beurteilt die amerikanischen Antisatellitenwaffen:

Die Doktrin des US-Präsidenten verlangt nicht nach einer „Militarisierung des Weltraums um jeden Preis", sondern ihr Grundsatz heißt ganz einfach: Der sowjetischen Supermacht wird auf keinem Teilbereich der Rüstung ein Vorsprung vor Amerika zugestanden ... Als Folge des enormen *sowjetischen Rückstandes in* der Computertechnik können die Amerikaner die zunächst von der kommunistischen Konkurrenz entwickelten Waffensysteme in verhältnismäßig kurzer Zeit durch technisch weit bessere und damit wirkungsvollere eigene Modelle überbieten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung meint zur Moskauer Reaktion auf den Asat-Test:

Es sind zwei Dinge auf der Welt, vor denen die Kreml-Führer Respekt haben. Es ist der hohe Stand der Technologie in den USA, die Fähigkeit ihrer Marktwirtschaft zu beispiellosen Kraftanstrengungen, es ist die Intaktheit des Bündnisses Westeuropas mit den USA. Auf beiden Feldern mußte der Kreml an diesem Wochenende Niederlagen hinnehmen. Kaum begonnen, haben die USA mit ihrer Asat-Waffe den sowjetischen Vorsprung von anderthalb Jahrzehnten egalisiert. Die deutsche Delegation, die eine Woche lang in den USA die Möglichkeit für ein SDI-Rahmenabkommen erkundete, kehrte *mit* positiven Eindrücken zurück.

Neue Zürcher Zeitung

Sie befaßt sich mit der Greenpeace-Affäre in Frankreich:

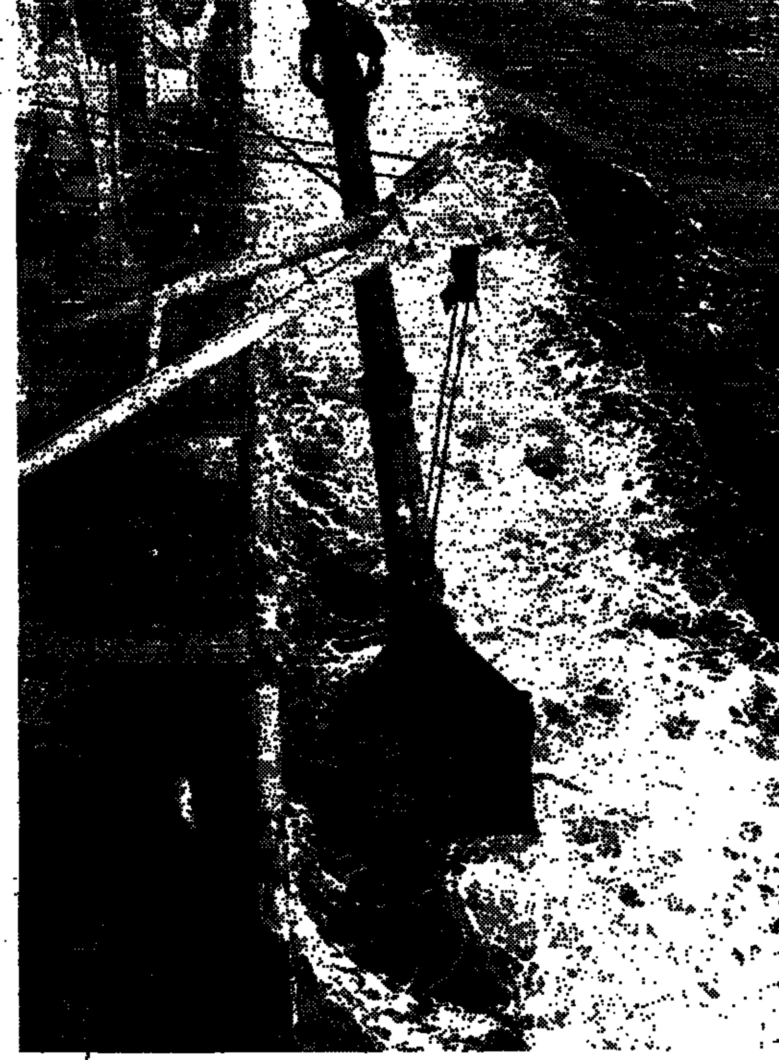
Nachdem die Mutmaßungen über eine „angelsächsische Spur" zwecks *Abwälzung der Verantwortung des* französischen DGSE-Auslandsspionageapparates für die Versenkung des Greenpeace-Kutters nichts Überzeugendes erbracht haben, verlegt sich die Anstrengung auf die Anschwärzung der Umweltschutzbewegung als eines angeblich weitgehend im Solde Moskaus stehenden und vornehmlich die französischen Nuklearversuche aufs Korn nehmenden Vereins. Diese stets von neuem offiziös inspirierte Desinformation, die immerhin nun zumindest einmal in einer Fernsehdiskussion von Pressevertretern gebührend bloßgestellt worden ist, läuft Gefahr, in allen anderen Fällen die Glaubwürdigkeit realistischer Bedenken bezüglich einer sowjetischen Infiltration westlicher Friedensbewegungen ein für alle Male zu untergraben. Das erscheint eindeutig als ein zu hoher Preis für die Vertuschung einer Panne des französischen Geheimdienstes.

Am Ende häuft Vater Rhein die Probleme auf

Auf seinem 1320 Kilometer langen Weg führt der Rhein große Mengen an Schlamm und Schadstoffen mit sich. An seiner Mündung bei Rotterdam schafft dies Probleme, die nun auch mit deutscher Hilfe gelöst werden sollen.

Von HELMUT HETZEL

Langsam, aber sicher dreht „Cornelia" ihre Runden. Wie die Arme einer Krake senkt sie ihre riesigen Saugbagger auf den Meeresgrund und reinigt das Mündungsdelta von Rhein und Maas im größten Hafen der Welt wie ein Staubsauger einen Teppich. Ohne „Cornelia" und ohne die anderen „Staubsauger-Schiffe", von denen die meisten Tag und Nacht im Einsatz sind, würde der Rotterdamer „Europoort" – das Tor Europas zu den Weltmeeren – in wenigen Jahren völlig versanden. Der Hafen wäre für die gewaltigen Öltanker, die hier einen Tiefgang von mindestens 67 Fuß benötigen, nicht mehr ansteuerbar.



Mit riesigen Schlammsaugern geht das Baggerschiff „Cornelia" dem Rotterdamer Hafenbecken auf den Grund FOTO: WILHELM VAN HORSSEN

Über 30 000 Schiffe werfen im Rotterdamer Hafen jedes Jahr ihre Anker. Rund 250 Millionen Tonnen Güter laden sie in diesem Zeitraum ein und aus. „Cornelia" und ihre Schwesterschiffe hieven jedes Jahr rund 23 Millionen Kubikmeter Schlamm nach oben. So viel, daß – wollte man diesen Schlick an die 14 Millionen Niederländer verteilen – jeder von ihnen rund 150 Zehnliter-Eimer bekäme.

Doch es ist nicht alles Schlamm, was die Baggerschiffe ans Tageslicht befördern. In dieser breiigen Masse schwimmen die Umweltgifte, die Schadstoffe, die von den Wassermassen des 1320 Kilometer langen Flusses auf dem Weg von der Schweiz mitbefördert werden. Sie stammen aus schweizerischen, französischen, deutschen und niederländischen Industrie- und Haushaltsabwässern und sammeln sich im Flußdelta.

Ein Kilogramm Schlamm, so ergaben Untersuchungen, enthielt 1984 durchschnittlich 970 Milligramm Zink, 130 Milligramm Kupfer, 180 Milligramm Chrom, 230 Milligramm Blei, 2,8 Milligramm Quecksilber – und es werden jedes Jahr höhere Anteile von diesen Stoffen gefunden. Lediglich der Cadmium-Gehalt des *Rheinwassers ist von 18,2 Milligramm* (1981) auf 12,7 Milligramm (1984) gesunken. Wohin mit diesen Giftstoffen? Das ist in Rotterdam derzeit die Frage.

Sie stellt sich der Hafen- und Stadtverwaltung als brennendes und kostspieliges Problem. „Wir sind der Meinung, daß unsere Umweltpolitik langfristig darauf abzielen muß, den Rhein wieder ganz sauber zu bekommen", sagt Raul den Dunnen, der für den Welthafen zuständige Gemeinderat. „Aber alleine schaffen wir das natürlich nicht", gibt er zu bedenken. Deshalb haben sich die Niederlande nun daran gemacht, zunächst Übergangslösungen für die Lagerung der von Vater Rhein angeschwemmten Giftstoffe zu finden. Lösungen, die einerseits aus einem gesteigerten Umweltbewußtsein resultieren und andererseits die logische Konsequenz eines neuen Umweltschutzgesetzes der Haager Regierung sind, die seit 1. Januar 1985 verboten hat, den verunreinigten Schlamm weiterhin draußen in der Nordsee zu verklappen.

„Zwei Lösungen haben wir gefunden", fährt Dunnen fort, „erstens die Zwischenlagerung in der ‚Badkuip' und zweitens die Endlagerung im ‚Sluifter' der ab 1987 fertiggestellt sein wird." Die „Badkuip" (Badewanne) ist eine riesige Schlammdeponie auf der Maasvlakte, jener Hafenzunge, die wie eine Speerspitze am weitesten in die Nordsee reicht und heute noch aussieht wie eine Mondlandschaft. In diese Schlammbadewanne also, wird der Schlick mit Hilfe von Pipelines von den Baggerschiffen direkt hineingepumpt und bis 1987 zwischengelagert. Dann nämlich soll der „Sluifter", ein gigantischer, von Deichen umgebener Bergungsplatz mitten in der Nordsee mit 40 Metern Tiefe und einem Fassungsvermögen von 150 Millionen Kubikmetern fertig sein.

Es ist ein Umweltschutzprojekt erster Ordnung. Geschätzte Kosten: 200 bis 300 Millionen Gulden. Ein Vorhaben aber auch – so geben die Holländer zu verstehen –, „das wir alleine nicht finanzieren können und wollen", wie es Dunnen formuliert. Unter der Federführung der Rotterdamer Hafenbetriebe, des wasserwissenschaftlichen Labors Delft und vieler anderer angesehener Forschungsinstitute des Landes sollen an Hand des „Sluifter"-Projektes die Phasen der Bergung, Lagerung und Entgiftung des verunreinigten Schlamms erstmals wissenschaftlich untersucht und durchgeführt werden.

Daß diese konzertierte Reinigungs- und Forschungsaktion das Verursacherprinzip nicht ganz außer acht lassen will, steht für die Niederländer inzwischen unumstößlich fest. „Nach dem Jahr 2000", so Rechtsanwalt Burriens, „wird es für uns sicher kein zweites Schlammbeseitigungsprojekt dieser Größenordnung mehr geben. Bis dahin müssen die längs des Rheins ansässigen Industrien selbst dafür gesorgt haben, daß ihre in den *Fluß geleiteten* Abwässer *völlig gereinigt* und geklärt sind. Allein schon aus Kostengründen." Genau diese Kostengründe aber wollen die umweltbewußten und geschäftstüchtigen Niederländer jetzt schaffen.

Zunächst soll in zweiseitigen Gesprächen mit den am Rhein ansässigen Industriebetrieben versucht werden, sie zu einer finanziellen Unterstützung des „Sluifter"-Projekts zu gewinnen. Gelingt dies nicht, – und da schwingt der Anwalt Burriens ein wenig die juristische Drohkeule – „dann werden wir eben auf europäischer Ebene andere Schritte einleiten müssen." In Bonn, Paris, Bern und Den Haag müßte man dann wohl nach adäquaten Finanzierungshilfen suchen. Unterdessen hat die für das Vorhaben zuständige niederländische Verkehrsministerin Nelie Smit-Kroes grünes Licht für die Realisierung des „Sluifter"-Projekts gegeben, das als ein weiterer Schritt für die Säuberung des Rheins und der Nordsee angesehen werden kann.

Doch bis alles soweit ist, wie es heute in den Augen von einigen eifrigen Umweltschützern sicher schon längst sein sollte, dürfte vorerst noch immer viel verschmutztes Wasser den Rhein hinunterfließen. Phantasiebegabte Zeitgenossen schlugen in diesem Zusammenhang daher sogar vor, eine riesige Rhein-Pipeline direkt von Basel bis zum Rotterdamer Bergungsbecken „Sluifter" zu bauen, damit das Gift dorthin fließen kann.

Wenn der Kanzler einen Rat sucht

Plato durfte einst *als Berater* in Syrakus den ganzen Staat umgestalten (und scheiterte). So weit geht zwar der Einfluß der externen Kanzler-Ratgeber heutzutage in Bonn nicht, doch ihre Wirksamkeit im Verborgenen ist dennoch erheblich.

Von PETER PHILIPPS

Bei Rotwein und italienischen Teigwaren kamen die Duzfreunde Helmut Kohl und Paul Schnitker in einem Bonner Restaurant zur Sache: Den Kanzler verlangte wieder einmal nach dem Rat des Handwerkspräsidenten: Die Überschüsse der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sollen so verwandt werden, daß sie höchstmöglichen Nutzen bringen. Und Kohl wollte sich nicht nur von Ministern und Beamten, sondern auch aus erster Hand von Betroffenen informieren lassen.

Das Treffen beim „Italiener" ist typisch für den Arbeitsstil des Kanzlers. Zwar dementieren seine Vertrauten das Gerücht, Kohl beschäftigte sich nicht mit schriftlichen Unterlagen: „Der hat noch nie so viele Akten gelesen wie in diesem Amt." Aber er bevorzugt unverändert andere Informationsschienen, „pflegt den persönlichen Gesprächsstil". Und so klingelt denn beim Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, oder beim Erlanger Historiker Michael Stürmer, bei der Konstanzer Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann oder dem Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, Werner Breitschwerdt, in unregelmäßigen Abständen das Telefon. Am anderen Ende der Leitung: der Bundeskanzler.

Zahl und Einfluß dieser externen Berater lassen sich schwer abschätzen. Im Etat des Bundeskanzlers stehen zwar Mittel bereit, Beratungen für „politisch-analytische Arbeit zur Vorbereitung von Entscheidungen", aber auch zur „Langzeitplanung etwa von Gesetzesvorhaben" auch zu entlohnen. Darunter fallen ebenfalls Beiträge zu Kanzler-Reden. Reich wird niemand dadurch, die Monatssaläre liegen bei 1000 bis 1500 Mark – und die meisten bieten ihren Rat ohnehin staatsbürgerlich kostenlos an.

Die Bewältigung der immer komplizierteren politischen Entschei*dungsprozesse hat fast zwangsläufig* auch *das Bedürfnis* der *politisch* Verantwortung Tragenden nach externen Beratern wachsen lassen. Hinzu kommt etwas, was der Politologe und bereits seit Mainzer Ministerpräsidenten-Tagen enge Berater Kohls, Werner Weidenfeld, die Gefahr nennt, die „Bodenhaftung" zu verlieren. Denn je länger im Amt, desto mehr wächst die Distanz, wird das wirk*liche Leben der Gesellschaft zu einer* von Vorlagen gefilterten Unwirklichkeit. Gerade für Kohl, der viel seiner bisherigen politischen Stärke aus der „Bodenhaftung" gezogen hat, entstehen hier existenzielle Defizite.

Die Bankiers Robert Pferdmenges und Hermann Josef Abs waren für Adenauer zwar so unentbehrlich, daß er den Chef der Deutschen Bank, Abs, schließlich sogar zum Außenminister machen wollte. Aber im wesentlichen verzichtete Adenauer noch auf externe Brain-Trusts.

Erhard war eigentlich der erste, der einen festen Zirkel um sich herum schuf: Journalisten und Professoren (wie Otto Hahn und Rudolf Wildenmann) gehörten zu dem „Sonderkreis", in dem Rüdiger Altmann den später angefeindeten Erhard-Begriff der *„formierten Gesellschaft" schuf.*

Kiesingers Gesprächsrunden standen auf hohem intellektuellen und meist auch schöngeistigen Niveau, blieben aber weitgehend einflußlos. Zu Brandts Beraterriege gehörten so unterschiedliche Männer wie Golo Mann, Günter Gaus und Klaus Harpprecht. Schmidts Beraterkreis, dem „Weltökonomen" entsprechend, las sich wie ein „Who is who" der deutschen Wirtschaft: Er reichte von den Bankiers Ponto und Guth bis zu den Industriellen Grünewald und Plettner.

Im Kanzlerjet gemeinsam auf Reisen

Zwar gibt es nur einen, der – und dies auch nur qua Funktion als Bundesbankpräsident – zu beiden Kanzlern Zutritt hat, nämlich Karl-Otto Pöhl, aber dennoch ist Kontinuität im Kanzleramt deutlich erkennbar: Auch Kohl führt die Einrichtung fort, zu Auslandsreisen wichtige Persönlichkeiten (häufig Unternehmer mit Erfahrungen in der Region) in seinen Kanzlerjet einzuladen, bereitet sich mit diesen vorher bei einem Abendes*sen im Kanzlerbungalow (ein eigener* Koch steht auf der Gehaltsliste) ausgiebig vor, knüpft Kontakte, die auch über den Tag hinaus erhalten bleiben.

So lud er sich beispielsweise vor seiner ersten Moskau-Reise einen hochkarätigen Kreis von Ostexperten wie den Professoren Schwarz und Meissner zu Speis und Trank in den Bungalow ein, um sich einen Abend lang in sowjetische Politik und ihre Hintergründe einzufühlen.

Die Bandbreite der Kohl-Ratgeber ist groß. Zehn bis zwölf sind es mehr oder weniger regelmäßig, manche treten ihm gegenüber kaum in Erscheinung, sondern arbeiten seinen Vertrauten zu.

Zu den engsten Beratern gehört Weidenfeld, der seit Anfang der siebziger Jahre fast alle Parteitagsreden wesentlich mitformuliert hat, in dessen Koblenzer Wohnung das Arbeitsprogramm für den Tag nach der Wahl 1980 entstand und dessen Handschrift bis heute in Kohls grundsätzlichen Erklärungen zur Außen- und Europapolitik spürbar ist.

Sehr viel kürzer, erst seit etwa fünf Jahren, besteht der Kontakt zu Stürmer, Nichtparteimitglied und Protestant. Die historischen Betrachtungen des Kanzlers, seine „fundamentalen Aussagen zur Deutschland-Politik", die auch von der Opposition gelobte Gedenkrede in diesem Jahr in Bergen-Belsen und die Ansprache im vergangenen Jahr zum 20. Juli – der Erlanger Historiker hinterläßt eine breite Spur.

Bei einem Manager-Freund wie Herrhausen sieht dies anders aus: daß *er nicht Honorar vom Kanzleramt* bezieht, ist ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, daß er seine Gedanken nicht als schriftliche Notizen an Kohl schickt. Aber er ist es wohl, der am häufigsten um Rat und Hilfe gefragt wird, der dem ihm auch seit vielen Jahren vertrauten Regierungschef brillante Kurzvorträge über Konjunkturentwicklung und Arbeitsmarkt, über Notwendigkeiten in der Wirtschafts- wie auch in der Finanzpolitik hält. Dabei antwortet er „manchmal mit einer nicht gerade angenehmen Offenheit".

Herrhausen steht damit in einer langen Tradition der Deutschen Bank, die nicht erst mit der Adenauer-Beratung durch Abs begann. Unter den Kanzler-Ratgebern dieser Republik fand sich auch immer ein Vorstandsmitglied des größten deut*schen Geldinstitutes* – hieß es nun Abs oder Klasen, Ulrich, Guth oder Christians.

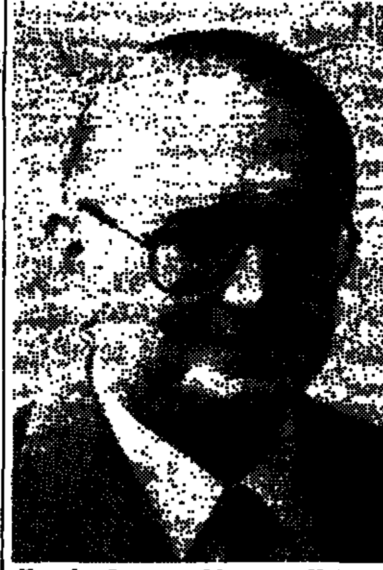
Wer, wie die meisten seiner anderen Berater auch, zu Kohl bereits seit Mainzer Regierungstagen, spätestens aber seit Bonner Oppositionsanfängen Zugang hat, ist Elisabeth Noelle-Neumann. Ihren „Rat als Demoskopin", wie es ein Vertrauter schildert, *ihre „wichtige Hilfswissenschaft* bei politischen Entscheidungsprozessen" schätzt er seit vielen Jahren. Klar gesagt: Die Meinungsbefragungen und -einschätzungen der Star-Demoskopin waren für ihn zwar nie, was Senis Sterne für Wallenstein waren, aber haben manche politische, auch machtpolitische Entscheidung Kohls über die Jahre erheblich beeinflußt.

Einfluß der „Pythia" ist geschwunden

Nordrhein-Westfalen und die überraschend schmerzliche Wahlniederlage haben da manches verändert. Zwar heißt es im Kanzleramt, die beiden „telefonieren nach wie vor häufig", aber der Einfluß der „Pythia" geschwunden.

Völlig anders sieht die Beziehung des ersten deutschen Vorstandsvorsitzenden des Schweizer Lebensmittelkonzerns Nestlé, Helmut Maucher, aus: Der ehemalige FDP-Sympathisant und heutige CDU-Anhänger hatte Kohl einmal, Ende 1983, in der Firmenzentrale in Vevey zu Gast. Der Kanzler war an den Genfer See gejettet, um sich von dem Chef eines internationalen Konzerns über die Lage der hochverschuldeten Länder, aber auch über die internationalen Wirtschaftsverflechtungen ein Privatissime halten zu lassen. Für die Öffentlichkeit wurde damit auch Maucher zum Kanzler-Berater. Aber obwohl der unregelmäßige Kontakt nicht abgebrochen ist – diese Einordnung wird im Kanzleramt nicht gern gehört.

Ansonsten – die „wirklichen" Ratgeber dementieren zwar nicht. Doch vor der Bezeichnung „Kanzler-Berater" scheuen sie alle zurück, lieben mehr die dezente Zuarbeit abseits der Öffentlichkeit. „Kanzler-Berater" ist in dieser Republik offensichtlich kein Ehrentitel, der dem althergebrachten „Königlichen Hoflieferanten" vergleichbar wäre.



Kanzler-Berater: Manager Helmut Maucher FOTO: DW.



Kanzler-Beraterin: Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann FOTO: W. SCHÜRING



Kanzler-Berater: Politologe Werner Weidenfeld FOTO: GALLUS



Kanzler-Berater: Bankier Alfred Herrhausen FOTO: J. DARCHINGER

Auseinandersetzung um Fusion der CDU in Nordrhein-Westfalen geht weiter

Hauser: Wo bleiben die geistigen Anstöße?

WILM HERLYN, Berlin

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, übte Kritik am Landesvorstand der rheinischen CDU, aus dem seit Jahren kein geistiger Anstoß mehr gekommen sei. Diese Funktion des Anregers und Motors sollten seiner Meinung nach wieder in stärkerem Maß die Vereinigungen innerhalb der Partei übernehmen. Er ließ vor Journalisten in Berlin erkennen, daß die Mittelstandsvereinigung, deren stellvertretender Chef er ist, hinter dem Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen stehe, wenn der Landesvorsitz am 18. Oktober gewählt wird. Pützhofen hatte sich für dieses Amt gemeldet und gleichzeitig heftige Kritik an den „karrierebeschleunigenden Vereinigungen" geübt und deren geistige Reform verlangt. Er selbst ist Mitglied der CDA, die seine Kandidatur aber nicht in allen Teilen unterstützt.

Angesprochen auf die Rolle, die der künftige Landesvorsitzende der CDU-Rheinland bei der Wahl fü das Führungsgremium einer geeinten Landes-CDU im Frühjahr spielen sollte, meinte Hauser: „Ich gehe davon aus, daß der rheinische Landesvorsitzende für ein künfiges Führungsamt *zur Verfügung steht.*" Dabei vergaß er nicht, darauf hinzuweisen, daß Bernhard Worms schon auf die mögliche Kandidatur für den Landesvorsitz verzichtet hat und sich mit der Rolle des Oppositionsführeres im Düsseldorfer Landtag begnügen will.

Hauser setzte sich gegen den Vorwurf *zur Wehr, die Vereinigungen* in der Union pflegten lediglich ihren Gruppenegoismus und hätten damit das Ziel der Gesamtpartei aus den Augen verloren. Hauser erklärte, die Vereinigungen seien für die Union unverzichtbar. Sie wirkten als Filter und als Bindeglied und erfüllten damit bei den Bürgern und Wählern eine wichtige Aufgabe. Die Vereinigungen trügen Entwicklungen und Empfindungen aus der Bevölkerung in die Partei. Erst in dieser Funktion könne die CDU als wirkliche Volkspartei auftreten. Die Vereinigungen seien außerdem in einem hohen Maße befähigt, die Strömungen in der Partei der Bevölkerung zu verdeutlichen. Als Beispiel nannte er die Einführung des Erziehungsgeldes. Bei dem innerparteilichen Streit um diese Reform, bei dem verschiedene Gruppierungen – seien es die Sozialausschüsse, der Wirtschaftsrat oder die Mittelstandsvereinigung – beteiligt gewesen waren, sei in fairer Diskussion ein tragfähiger Kompromiß auf dem Essener Parteitag im Frühjahr zustande gekommen, der inzwischen von dem Bundesminister für Familie, Heiner Geißler, als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht worden ist.

Mit ihrer besonderen Programmatik sprächen die Vereinigungen wesentliche soziale und soziologische Gruppen gezielter an, als das die Kreis- oder Bezirksverbände in der CDU könnten. Hauser betonte, die Politik der Union sei das Ergebnis der Arbeit ihrer Vereinigungen. Alles andere leugne die ernsthafte und wirkungsvolle Arbeit dieser Basis der CDU.

Bei der Sachdiskussion über die zukünftige Gestaltung der nordrhein-westfälischen Union dürfe dieser Gesichtspunkt nicht außer acht gelassen werden. Wer dieses dennoch tue, laufe Gefahr, einen chrakteristischen Wesenszug der politischen Arbeit der Union zu vergessen. Wer die Rolle der Vereinigungen lediglich als Vehikel zum Erringen oder Verteidigen persönlicher politischer Machtpositionen mißverstehe, reduziere den unverzichtbaren Sachbeitrag dieser Gruppen und spreche ihnen *letztlich die Daseinsberechtigung* ab.

Hauser ließ aber keinen Zweifel daran, daß sich die Vereinigungen deutlicher als zuvor auch politisch-programmatisch äußern müßten. Er kündigte an, seine Mittelstandvereinigung werde an diesem Freitag ein Sachprogramm vorlegen, das deutlich mache, daß sich die CDU um Wirtschaft und den sie tragenden Mittelstand kümmere. Dieses Feld dürfe in keinem Fall der FDP überlassen bleiben, auch wenn die Liberalen Koalitonspartner in Bonn seien.

Streithofen: Bürgerferne durch Mammutverband

WILHELM HERLYN, Bonn

Mit Vehemenz hat sich der Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, Heinrich Basilius Streithofen, gegen die geplante Fusion der rheinischen und der westfälischen CDU gewandt. Er argumentierte gestern in Bonn, ein solcher Mammutverband *erzeuge Bürgerferne statt* Bürgernähe, und er sah die Gefahr heraufziehen, daß sich in der Bundespartei Koalitionen gegen Nordrhein-Westfalen bilden werden. Gleichzeitig warnte er davor, den westfälischen Unions-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf an die Spitze eines geeinten Landesverbandes zu wählen. Biedenkopf sei nur „begrenzt identifikationsfähig und werde vor allem in katholischen Wählerschichten zu wenig akzeptiert". Bundeskanzler Kohl legte gestern Wert auf die Feststellung, daß Streithofen nicht zu seinen Beratern zähle. Er habe die Studie weder in Auftrag gegeben noch mache er sie sich zu eigen.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen brauche eine „Führung, mit der sich die Parteimitglieder und die Wähler identifizieren". Taktisches Geschick allein reiche nicht aus. Ohne Biedenkopf in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu nennen, listete er Eigenschaften auf, die dem Westfalen-Chef zugeschrieben werden – „große rethorische Begabung" oder „scharfer und brillianter Verstand". Doch nutze dies allein nicht, „wenn politisches Fehlverhalten und mangelnde Führungskraft offenkundig" würden und auch „Zweifel an der persönlichen Glaubwürdigkeit wachgerufen werden".

Mit seiner Kritik sparte er allerdings auch den rheinischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Worms nicht aus. Er nannte zwar den Namen nicht, aber er prognostizierte, der CDU-NRW „wird es nicht erspart bleiben, nach einer Persönlichkeit Ausschau zu halten, die die CDU glaubwürdig und erfolgreich repräsentieren und mit Aussicht auf Erfolg in Wahlkämpfe führen kann". Worms, der bei der Pressekonferenz dabei war, distanzierte sich von Streithofens Ansicht zu der geplanten Fusion.

Die Ergebnisse der Landtagswahl am 12. Mai ließen die CDU als typische Landvolk- und *Klein*stadtpartei erscheinen, stellt eine Analyse seines Instituts „Was nun? - Was tun, CDU?" fest.

Nur noch in Gemeinden der unteren Größenklassen erreiche sie im Durchschnitt aller Altersgruppen mehrheits- oder koalitionsfähige *Stimmanteile. Fasse man die Alters*gruppen der 18- bis 35jährigen zusammen, so zeige sich, daß die CDU in der jungen Generation in eine drastische Minderheit zur SPD geraten sei.

Als Ursache für den tiefgreifenden Vertrauensverlust nannte Streithofen, daß sich die Erwartungen an die vielzitierte Wende für viele Bürger nicht erfüllt habe. Außerdem würden die administrativen Fähigkeiten der Bundesregierung in der Öffentlichkeit schlecht beurteilt. Erschwerend komme hinzu, daß die nordrhein-westfälische Union als zerstrittene Partei gilt, die SPD dagegen nicht.

Für eine Neubesinnung der CDU sollten nach Ansicht Streithofens zehn Punkte berücksichtigt werden: Wesentlich sei, daß ausschließlich auf partei- und fraktionsinterne Machtpositionen ausgerichete Mauscheleien aufhören müßten. Die Vereinigungen sollten eine dienende Funktion gegenüber bestimmten sozialen und soziologischen Gruppen in der Wählerschaft wahrnehmen und nicht als Instrument innerparteilicher Machtkartelle mißbraucht werden. Streithofen schlug außerdem vor, die Besetzung von Führungspositionen nach Qualitätskriterien anzustreben. Auch der geschäftsführende Landesvorstand sollte nicht länger nach Vereinigungs- oder *Regionalkriterien „aus*gemauschelt" werden. Die Union müßte das Gespräch mit den Kirchen wieder suchen. Die Sozialausschüsse sollten sich besser um den DGB und um die Arbeitnehmer in den Betrieben kümmern. Die CDU müsse zu einer Dienstleistungspartei werden.

Die Partei müsse, resümmiert Streithofen, Modelle entwickeln, mit denen die Lebensbedingungen der einzelnen und ganzer sozialer Gruppen verbessert werden können. Vor allem aber brauche sie integre Führungspersönlichkeiten mit Charisma, Fleiß und Solidität.

Wo deutsche Diplomaten sparen könnten . . .

Der Gastbeitrag von Professor Eberhard Hamer „Diplomaten sind falsch ausgebildet und daher nur begrenzt einsatzfähig" (WELT v. 12. 9.) hat eine lebhafte Diskussion ausgelöst. In dem folgenden Beitrag setzt sich Dr. Immo Stabreit, Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes, satirisch mit den Ansichten Hamers auseinander.

Von IMMO STABREIT

Als langjähriger Angehöriger des „deutschen Partydienstes", möchte ich Herrn Professor Hamer zu seinem Beitrag in der WELT beglückwünschen. Es ist außerordentlich beruhigend, daß wenigstens im akademischen Bereich die Probleme unserer Verwaltung, und speziell des Auswärtigen Dienstes, mit derjenigen *Schärfe erkannt werden, die den un*mittelbar Betroffenen, offenbar aber auch dem Deutschen Bundestag, abgeht. Kleinere Ungenauigkeiten wie die, daß der Auswärtige Dienst nicht 70 000, sondern nicht einmal 7000 Mitarbeiter umfaßt, können das Gewicht dieses Diskussionsbeitrages nicht mindern.

Ich bedauere, daß Professor Hamer nicht mehr Platz eingeräumt wurde, was ihm erlaubt hätte, seine Vorstellungen in der von ihm aufgezeigten Richtung auszuweiten. Wir alle wissen, daß staatliche Funktionen in der Regel hoheitlich (d. h. mit Hilfe vorgeblich sachkundiger, mehrheitlich aber parasitärer Bürokraten) teurer zu stehen kommen, als wenn man sie privatwirtschaftlich organisiert. Leider hat auch diese Regierung bisher wenig in dieser Richtung getan, obwohl das Beispiel der Abfallbeseitigung (Müllabfuhr) in vielen Städten den Weg aufgezeigt hat.

Die Übertragung der Aufgaben der gegenwärtigen Wirtschaftsdienste deutscher Botschaften an die deutschen Handelskammern im Ausland oder neu zu gründende (von der deutschen Wirtschaft zu finanzierende) Handelsförderungsbüros wird in dem Beitrag von Professor Hamer angesprochen: Dies ist sicher nicht zureichend. Zu denken wäre an die Grün*dung eines deutschen Betreuungs*dienstes e. V., dem der Bund konsularische Aufgaben (Ausstellung von Pässen und Erteilung von Visen, bisher im Konsulardienst rein hoheitlich organisiert) überträgt. Dieser Konsulardienst würde auf Selbstkostengrundlage als „non-profit organization" arbeiten.

Plattenfirmen einschalten

Wer das Pech hat, im Ausland zu versterben oder krank zu werden, beraubt zu werden, sein Geld oder seinen Paß zu verlieren, wird gegen eine Gebühr, die streng im Rahmen der Selbstkosten bleibt, heimgeschafft oder örtlich betreut, mit Geldvorschüssen oder einem neuen Paß versehen. Unfug stellen letztlich auch die sog. Kulturattachés dar, denen, Höhepunkt der Irrationalität, ein Bonner Wasserkopf in Form einer ganzen Abteilung vorgesetzt ist. Bonn und Kultur, Beamte und Kultur, sind bekanntlich streng zu tren*nende Begriffe. Kultur setzt sich* selbst durch (oder auch nicht), sie bedarf keiner staatlichen Vermittlung oder gar Lenkung. Das Urteil darüber, was von deutscher Kultur ins Ausland austrahlen soll und was nicht, soll man den Verlegern und den Plattenfirmen sowie dem Markt überlassen. Von Entwicklungsfragen sollte der Auswärtige Dienst ohnehin die Finger lassen. Ein Ministerium in diesem Bereich ist genug, und das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, d. Red.) selbst wird am besten wissen, welche Bereiche seiner Tätigkeit besser privatwirtschaftlich *organisiert werden* können.

Bleibt der eigentlich politische Bereich. In der Tat ließe sich auch hier viel totes Holz herausschneiden. Professor Hamer zeigt den Weg auf: Mehr Reisen von Ministern und Abgeordneten (mit Anschaffung einer Concorde ließe sich die Reisefrequenz erhöhen), dafür drastische Reduzierung der Auslandsvertretungen.

Deal mit der Lufthansa

Für die Entgegennahme und Aushändigung von Noten ließe sich ein Arrangement mit Lufthansa treffen, *deren örtliche Büros hier nützliche* Hilfe leisten können. In der Zentrale selbst wird man durch breitere und sorgfältigere Auswertung der internationalen und lokalen ausländischen Presse, deren Berichterstattung nach weitverbreiteter Auffassung an Fülle und Präzision diejenige der Botschaften zum Teil in den Schatten stellt, um eine gewisse Aufstockung nicht herumkommen. Zur Entlastung des Außenministers wäre an die zusätzliche Schaffung eines Staatsministers z. b. V. (Reisestaatsminister) zu denken. Den erhöhten Reisekosten stünde eine gewaltige Einsparung an Telexkosten, Gehältern, Mieten, Umzugskosten etc. entgegen, die das gegenwärtige Beamtenheer verursacht. Man brauchte auch nicht mehr – schlechten Gewissens – sog. Diplomaten in Gebiete zu entsenden, in denen sie durch Bürgerkrieg, Kriminalität, Krankheit etc. gefährdet sind.

Bleibt das Problem der örtlichen Betreuung unserer Reisenden aus Po*litik, Wirtschaft und Kultur.* Wer bestellt das Hotel, wer holt vom Flughafen ab, wer verköstigt und wer berichtet begeistert vom jeweiligen Besuch? Ich gebe zu, mir fällt dazu momentan nichts ein. Vielleicht kann man auch hier ein Arrangement mit Lufthansa oder den Handelsförderungsbüros treffen. Gehen wir auf diesem bedenkenswerten Wege voran, so werden wir gleichzeitig den Kommunisten zeigen, wo der Staat wirklich abstirbt, nämlich bei uns. Indem wir auf diese Weise Marx ad absurdum führen, können wir bei unseren ideologischen Gegnern tiefe Verwirrung stiften.

Ich hoffe, der Leser wird bei diesen Zeilen den Mangel der Ernsthaftigkeit ebenso wenig verkennen, wie er dies bei Professor Hamer getan hat. Es könnte sonst der Verdacht genährt werden, wir seien wirtschaftlich potent, politisch aber ein (Garten-)Zwerg. Schließlich ist die Bundesrepublik Deutschland mehr als eine *wirtschaftliche Zugewinngemein*schaft derjenigen, die innerhalb unserer Grenzen ihrem Broterwerb nachgehen.

Kohl und Strauß einig: Es gibt keine Sanktionen

Verwirrung über Darstellung der Südafrika-Politik durch AA

gba/rmc. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, haben gestern vormittag in einem zweiten Telefongespräch zur Südafrika-Politik erneut klargestellt, daß sich beide Unionsparteien in der Ablehnung jeglicher Sanktionspolitik gegen die Regierung in Pretoria einig sind. Schon am Donnerstag abend hatten beide miteinander telefoniert, nachdem in Veröffentlichungen über die von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) angekündigte „Änderungskündigung" der Eindruck erweckt worden war, das Kabinett habe auch die übrigen Beschlüsse der EG-Ministerratssitzung zu Südafrika mit einer Reihe von Maßnahmen gegen das dortige Regime formell geschlossen oder ihnen zugestimmt.

Neben Strauß, der dem Kanzler spontan einen Brief geschrieben hatte, indem er auf die gemeinsame Haltung beider Schwesterparteien in der „Zehner-Runde" vom vergangenen Dienstag verwiesen hatte, hat auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ein Schreiben an den Kanzler gesandt, in dem er sich verwahrte, für angebliche Kabinettsbeschlüsse über Maßnahmen gegen Südafrika vereinnahmt zu werden. Das FDP-Präsidium ließ gestern verlauten, es gebe keinen Dissens in der Südafrika-Politik innerhalb der Koalition. Die Kritik der CSU sei deshalb unverständlich.

Beim gestrigen Jour-fix der CSU-Minister mit dem Parteivorsitzenden Strauß in München wurde Klarheit geschaffen, daß derartige Kabinettsbeschlüsse nicht gefaßt wurden. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, erklärte gegenüber der WELT, die CSU erwarte, daß „darüber in der nächsten Kabinettssitzung in dieser Woche Klarheit geschaffen wird". In einer Sechs-Punkte-Erklärung hieß es:

– Die Luxemburger „Beschlüsse oder Nicht-Beschlüsse" hätten nicht auf der Tagesordnung des Kabinetts vom vergangenen Mittwoch gestanden.

– Außenminister Genscher habe am Ende der Sitzung unter dem Routinetagesordnungspunkt „internationale Lage" über die Luxemburger Konferenz berichtet.

– Es habe weder eine schriftliche Vorlage noch einen Beschlußvorschlag, auch *nicht mündlich*, gegeben.

– Im Bundeskabinett sei nicht abgestimmt worden; „die CSU-Bundesminister verwahren sich auch gegen die unwahren Behauptungen, sie hätten den Luxemburger Beschlüssen zugestimmt. Sie sind gar nicht zur Abstimmung bestellt worden. Es wurde auch nicht die Kündigung des Kulturabkommens beschlossen, sondern seine Erweiterung im Sinne der Einbeziehung aller Volksgruppen in Aussicht genommen".

– Der Kanzler habe nach dem Vortrag Genschers vorgeschlagen, dessen Bericht „zur Kenntnis zu nehmen".

– Die Luxemburger Papiere enthielten *nach Ansicht der CSU* „*viele* Ungereimtheiten, Naivitäten und politische Widersinnigkeiten, die das Gegenteil von dem herbeiführen würden, was erreicht werden soll".

Gegenüber der WELT stellte der Sprecher des Auswärtigen Amtes fest, Minister Genscher habe in der Kabinettssitzung über die Luxemburger Beschlüsse vorgetragen. Nach einer Diskussion des Kabinetts sei „beschlossen" worden, das Kulturabkommen auszusetzen und mit dem Ziel zu kündigen, es zu ändern. Außenminister Genscher habe gestern nachmittag mit Kanzleramtsminister Schäuble telefoniert. Dieser habe die Darstellung des Auswärtigen Amtes bestätigt.

Kritik am Flugverkehr mit Berlin

hrk. Berlin

Dem Ansturm von Berlin-Besuchern und von Geschäftsleuten scheinen die drei *alliierten* Fluggesellschaften Pan American, British Airways und Air France weiterhin nicht gewachsen zu sein. Umfragen der Industrie- und Handelskammer förderten eine Reihe kritischer Punkte zutage.

Die Fluggesellschaften erkannten *viele Wünsche der Wirtschaft an,* als sich jetzt IHK-Vertreter und Gesellschaften an einen Tisch setzten. Berlins Manager und ihre Gäste aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland verlangen vor allem eine bessere Verteilung der Flugzeiten auf der Hannover-Strecke, eine günstigere Morgenverbindung nach Köln/Bonn, bisher weitgehend fehlende Nachmittagsflüge vom politischen Zentrum Bonn zurück an die Spree, eine zufriedenstellende Abstimmung der Abflugzeiten zwischen BA und Air France auf der Düsseldorf-Route, weniger Verspätungen auf der Hamburg-Route.

Nach den Erklärungen der Experten, die die drei Gesellschaften zu der Gesprächsrunde entsandt hatten, sind grundlegende Verbesserungen im Berlin-Flugverkehr erst im Sommerflugplan 1986 zu erwarten. Als Grund für diese lange Verzögerung wiesen die Fachleute auf die „sehr komplizierte Einbindung des Berlin-*Verkehrs in die Europa- und Übersee*flüge" von PanAm und British Airways hin. Künftig sollen vor dem Inkrafttreten neuer Flugpläne aber jeweils die Sprecher der Berliner Wirtschaft und ihre Partner im übrigen Bundesgebiet nach ihren Wünschen gefragt werden.

US-Offizier in der „DDR" verhört

AFP, Washington

Zum zweitenmal innerhalb von kurzer Zeit ist es in der „DDR" zu einem Zwischenfall zwischen dort stationierten sowjetischen Soldaten und Angehörigen der US-Armee gekommen. Wie der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger im amerikanischen Fernsehen berichtete, wurde am 7. September bei Suhl in Thüringen ein US-Offizier in nicht gesperrtem Gebiet von Sowjetsoldaten festgenommen und erst neun Stunden später wieder freigelassen. Weinberger kritisierte diesen Vorfall und erinnerte bei dieser Gelegenheit an die „Ermordung" des amerikanischen Verbindungsoffiziers Arthur Nicholson am 24. März. Er warf den Sowjets vor, sie hätten ihr nach der Erschießung Nicholsons abgegebenes Versprechen nicht eingehalten, keine Gewalt mehr gegen Mitglieder der amerikanischen Militärmission anzuwenden.

Ein Washingtoner Regierungsbeamter vertrat jedoch die Ansicht, daß Weinberger die Angelegenheit vielleicht „überdramatisiert" habe. Der Beamte gab an, es sei nicht geklärt, ob sich der US-Lastwagen wirklich in einem Gebiet befunden habe, zu dem die Amerikaner freien Zugang hätten. Nach Angaben des Beamten wurde der US-Lastwagen durch den Rammstoß in einen Stacheldrahtverhau an einer Straße geschoben und verfing sich darin. Der zuständige sowjetische Kommandeur sei nach einiger Zeit erschienen und habe seinen Soldaten empfohlen, den Lkw aus dem Verhau zu befreien. „Der sowjetische Kommandeur hat sich ausdrücklich entschuldigt", berichtete der Beamte, der darüber hinaus Weinbergers Angabe bezweifelte, daß der US-Soldat neun Stunden lang festgehalten worden sei.

Aus der Union ein Vorstoß für Namibia

schw. Bonn

114 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag haben bisher *eine Erklärung unterschrieben,* in der die Bundesregierung auffordert wird, die Vier-Parteien-Konferenz in Namibia „in ihrem Bemühen um nationale Versöhnung zu unterstützen". Dieser Schritt ziele jedoch nicht auf die diplomatische Anerkennung der „Übergangsregierung der Nationalen Einheit" in Windhuk.

Die gegenwärtige Südafrika-Diskussion berge die Gefahr in sich, erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, daß der begonnene „Versöhnungsprozeß" in Namibia nicht genügend Unterstützung findet. Darum sollte er „unverzüglich" durch verstärkte *wirtschaftliche Zusammenarbeit* und Entwicklungshilfe unterstützt werden. Diese Hilfe ziele auch auf eine politische Anerkennung der „gemäßigten und friedlichen Kräfte" im Lande. Namibia könne auf diesem Wege vielleicht zu einem „Modell des friedlichen Zusammenlebens" in Afrika werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Pflimlin: Europa ist ein Stück weitergekommen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Als „in keiner Weise enttäuscht" vom Ergebnis der Ministerkonferenz in Luxemburg (vom 9. September) zeigte sich Europaparlamentspräsident Pierre Pflimlin in einem Gespräch mit der WELT in Verdun. Man sei im Gegenteil ein gutes Stück weitergekommen auf dem Wege zu einer schnelleren Entscheidungsfindung im Rat. Die Gegenwart von drei EG-Mitgliedern, die ursprünglich nicht mitmachen wollten zeige, daß niemand heute mehr vom Zug zu einer politischen Union abzuspringen wage. Pflimlin wies darauf hin, daß „die drei Präsidenten" (die Vorsitzenden des Rates, der Kommission und des Parlaments) in ihren regelmäßigen Zusammenkünften völlig einig in der Zielsetzung seien und alle auf großes Tempo drückten. In persönlichen Gesprächen sowohl mit Mitterrand als auch mit Kohl im Frühjahr habe er sich davon überzeugen können, daß zwischen Bonn und Paris ebenfalls völlige Einigkeit in dieser Frage bestehe.

Der 78jährige Parlamentspräsident war nach Verdun gekommen, um zwei ehemalige Frontsoldaten, den Franzosen Jean-Marie Martin und den Deutschen Walter Grüber, mit der von der Hamburger FVS-Stiftung verliehenen „Robert-Schuman-Medaille" auszuzeichnen. In seiner Rede vor dem Douaumont in Gegenwart des Stifters Alfred C. Toepfer sagte der ehemalige Ministerpräsident der IV. Republik und intime Freund Schumans: „In zwanzig Jahren wird die Technik einen größeren Sprung machen als in den 200 hinter uns liegenden. Wenn Europa dieses Wettrennen mitmachen will, muß es seine Institutionen verbessern und dem Tempo angleichen."

Im Streit mit Frankreich lenkt Lange vorerst ein

Mitterrand zieht Bilanz der Blitzreise in den Südpazifik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Präsident Mitterrand kann einen kleinen Erfolg seiner Pazifik-Diplomatie buchen. David Lange, der Premierminister Neuseelands, hat sich bereit erklärt, den „Krieg der Worte" mit Frankreich zu beenden und zu einem Gespräch mit Mitterrand über die französischen Atomversuche nach Paris zu kommen. Lange lehnte indes die Aufforderung Mitterrands, sich an Ort und Stelle in Mururoa von der Harmlosigkeit dieser Versuche zu überzeugen, ebenso ab, wie sein australischer Kollege Bob Hawke. Die australische Regierung bleibt, was die französischen Versuche angeht, bei ihrer nicht der Logik entbehrenden Beurteilung: Wenn die Versuche ungefährlich sind, warum macht Frankreich sie nicht auf eigenem Gebiet?

Mitterrand hatte am Sonntag abend zum Abschluß seiner 48-Stunden-Reise in den Pazifik im Fernsehen noch einmal den Willen Frankreichs bekräftigt, seine Präsenz in dieser Region ebenso aufrechzuerhalten wie seine Atombombenversuche in Mururoa weiterzuführen. Beides sei für seine Verteidung notwendig. Keiner der 3000 Menschen, die dort ständig arbeiten, sei in seiner Gesundheit durch Radioaktivität bedroht.

Der Präsident lud die Staats- und Regierungschefs des „Pazifischen Forums" (eines Zusammenschlusses aller Randstaaten gegen die Atomisierung des Süd-Pazifik) nach Mururoa ein, um sich, ebenso wie schon vorher eine Reihe von Wissenschaftlern ihrer Länder, von der Unschädlichkeit der Versuche zu überzeugen. Gleichzeitig bot er den Wissenschaftlern dieser Länder an, zusammen mit französischen Kollegen friedliche wissenschaftliche Programme in der Region durchzuführen. In etwa einem Monat werde Frankreich dazu konkrete Vorschläge vorlegen.

Zur Verstärkung der französischen Präsenz im Pazifik ordnete Mitterrand ferner die Gründung eines Zentrums für höhere Studien der französischen Sprache an. Sprache und Kultur Frankreichs müßten unter den Völkern des Pazifik stärker als bisher vertreten sein. „Dies wird gewünscht und erwartet, und es ist wichtig," sagte der Präsident. 300 000 Menschen dieser Region sind francophon, gegen 20 Millionen, die Englisch sprechen.

Deutlich war das Bemühen des französischen Staatschefs, den Konflikt mit Australien und Neuseeland zu beenden. „Frankreich hat keine Feinde im Pazifik," sagte er. „Es will lediglich seine Rechte respektiert wissen. Wer könnte sich, in Frankreich und anderswo, darüber wundern." Offenbar fühlte Mitterrand sich zu diesem versöhnlichen Ton gedrängt, nachdem seine in Mururoa gemachte Behauptung, jeder, der gegen die französischen Atomversuche sei, sei ein „Gegner" Frankreichs, in Neuseeland recht übelgenommen worden war.

Die Opposition hat Mitterrand in seiner Pazifik-Politik zugestimmt. Ex-Präsident Giscard d'Estaing bedauerte lediglich, daß der Staatschef Frankreichs Präsenz im pazifischen Neukaledonien leichtsinnig durch seine Unabhängigkeits-Offerte an Teile der dortigen Bevölkerung aufs Spiel gesetzt habe.

Wirtschaftsbosse Südafrikas über ANC enttäuscht

M. GERMANI, Johannesburg

Berichten der mosambikanischen Nachrichtenagentur Aim zufolge soll das Treffen zwischen Spitzenmanagern der südafrikanischen Wirtschaft und Hochfinanz und einer ANC-Delegation unter Leitung von deren Präsident Oliver Tambo mit stillschweigendem Einverständnis von Präsident Pieter Willem Botha geführt worden sein. Das behauptet der Johannesburger „Business Day" am Montag. Das Treffen fand im Jagdhaus des sambischen Präsidenten Kaunda statt. Wortführer auf südafrikanischer Seite war der Vorstandsvorsitzende der „Anglo-American", Gavin Relly. Teilnehmer waren Zac de Beer, ein weiterer Direktor dieser Firma, Tony Bloom, Direktor der Premier Milling, der Vorsitzende der Südafrika-Stiftung, Peter Sorour, sowie einige Chefredakteure.

Vor der Reise hatte Premier Botha die Absichten der Wirtschaftsleute kritisiert und sie „unklug und unloyal" genannt. Demgegenüber behauptet nun Aim mit Bezug auf „gut informierte Kreise" in Lusaka, der ANC sei von seinen Gesprächspartnern dahingehend unterrichtet worden, daß Botha grundsätzlich die Notwendigkeit eines Verhandlungsprozeßes unter Einschluß des ANC akzeptiere. Ein Sprecher des Präsidialamtes dementierte die Meldung. Botha lehne derartige Gespräche ab, solange der kommunistische ANC Gewalt unterstütze.

In der ersten Reaktion nach seiner Rückkehr ließ Gavin Relly seine Enttäuschung über die unnachgiebige Haltung des ANC anklingen. Die Organisation weigere sich, den bewaffneten Kampf aufzugeben oder auch nur zeitweise einzuschränken, sie sei nur mit einer totalen Änderung des Systems zufriedenzustellen.

Der ANC erklärte, bei einer Fortführung des bewaffneten Kampfes seien noch mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung unvermeidlich. Gleichzeitig bekräftigten ihre Sprecher die Absicht, gemäß der vor 30 Jahren gefaßten ANC-Charta, sämtliche Privatfirmen und Banken zu verstaatlichen. Ein Ende des bewaffneten Kampfes sei unmöglich. Die Vertreter der südafrikanischen Wirtschaft wurden aufgefordert, sich von der Regierung zu distanzieren. Übereinstimmung wurde nur bei der Frage der Entlassung Nelson Mandelas erzielt. Weitere Treffen gelten als wahrscheinlich.

Während die Gespräche von Lusaka von der progressiven Partei, die der „Anglo-American" nahesteht, unterstützt werden, lehnte die kleine „Neue-Republik-Partei" diese Kontakte ab. Louis Nel, stellvertretender südafrikanischer Außenminister, bezeichnete sie als nutzlos, da die Standpunkte der Regierung und des ANC nicht auf den gleichen Nenner zu bringen seien. Nel: „Der ANC will die Regierung gewaltsam stürzen, und wir werden das nicht zulassen."

Der Wahlsieger Palme muß sich stärker auf die Kommunisten stützen

Sensationeller Erfolg der Liberalen Volkspartei / Konservative zeigen sich verbittert

JOCHEN SCHILDE, Oslo

Olof Palme heißt der leicht angeschlagene Gewinner der schwedischen Reichstagswahlen. Zusammen mit den Kommunisten besitzt er im Reichstag eine Mehrheit von sieben Stimmen, muß sich aber bei einem Rückgang von 0,6 Prozent wesentlich stärker auf die politische Gemeinschaft mit den Kommunisten einlassen, die nur einen minimalen Rückgang von 0,5 Prozent zu verzeichnen haben. Der sozialistische Block wird 178 Sitze im neuen Reichstag erhalten, die Bürgerlichen werden mit 171 in das Parlament einziehen.

Trotz des für viele unerwarteten Rückgangs der konservativen Partei, Moderata Samlingspartiet, des schweren Verlustes der Bauernpartei „Centern", hat die bürgerliche Dreierkoalition durch den sensationellen Wahlerfolg der Liberalen Volkspartei gewonnen. Noch vor drei Jahren mußte die Volkspartei mit 5,9 Prozent der Stimmen mühselig die Hürde der Vier-Prozent-Klausel nehmen, jetzt bekam sie fast 15 Prozent. Zusammen sind die drei bürgerlichen Parteien stärker als die Sozialdemokraten.

Deshalb reagierte Olof Palme verärgert auf die Frage der WELT, ob der Einfluß der Kommunisten Schwedens Neutralität dienlich sei: „Wer nach dem Sieg unserer Partei eine derartige Frage stellt, verlangt von mir Spekulationen. Doch dazu bin ich nicht bereit. Unser Volk hat uns klar das Vertrauen ausgesprochen. Das verstehen auch die Kommunisten."

Palmes Optimismus scheint fraglich, denn der kommunistische Block ist im Gegensatz zu den letzten Reichstagswahlen von 1982 nun zum Zünglein an der Waage geworden. Damals hatten die Sozialdemokraten mit 163 Sitzen immerhin noch drei Stimmen mehr als die Bürgerlichen.

Sensationell ist jedoch an erster Stelle die Wiedergeburt der Liberalen Volkspartei unter ihrem dynamischen Führer Bengt Westerberg. Noch nie, so betont Schwedens anerkannter Soziologe Sören Holmberg, hat der Austausch eines Parteiführers soviel in der schwedischen Geschichte bedeutet wie der Wechsel von Ola Ullsten zu Bengt Westerberg. Vor drei Jahren hatten die Liberalen einen Sitzanteil von 21 Plätzen, nun, unter neuer Führung, werden sie mit 50 Sitzen in den Reichstag einziehen.

Damit ist einer Partei, deren Schwesterparteien in Westeuropa mühselig den Kampf ums Überleben führen – in Norwegen sind sie sogar bei den letzten Wahlen vor einer Woche ganz aus dem Parlament verschwunden –, das scheinbar Unglaubliche gelungen: Sie haben den liberal-konservativen Gedanken den sechs Millionen schwedischen Wählern, die ja ständig mit dem schwedischen Wohlstandsmodell des Sozialdemokraten Palme konfrontiert wurden und werden, wirksam und nachhaltig nahegebracht.



Bengt Westerberg hat allen Grund, gleich zweimal das V-Zeichen zu zeigen. Denn er ist der eigentliche Wahlsieger. FOTO: AP

Schwedens Liberale stehen in vielen Fragen den Konservativen viel näher als der Bauernpartei oder aber erst recht den Sozialdemokraten. Diese Annäherungspolitik nach rechts ist in erster Linie der Arroganz Olof Palmes den Bürgerlichen gegenüber zu verdanken.

„Solange Olof Palme die Sozialdemokratische Partei führt, werden wir", meint Bengt Westerberg, „keine Möglichkeit haben, mit ihm gemeinsam politische Entscheidungen zu treffen." Diese eindeutige Absage des einzigartigen Wahlsiegers an den kommenden Ministerpräsidenten zeigt deutlich, daß Olof Palme als Parteistratege auf lange Sicht in eine Sackgasse gelaufen ist.

Die Inanspruchnahme der Kommunisten kann Schwedens Außenpolitik belasten und den von Palme während des Wahlkampfes geforderten solidarischen Einsatz für Chile und Afghanistan auf alle Fälle für letzteres Land schwächen. Der Erfolg Bengt Westerbergs (42) liegt in erster Linie an seinem sympathischen, bescheidenen Auftreten.

Bereits wenige Stunden nach dem Wahlergebnis zeigten die bürgerlichen Partner wieder einmal die Schattenseiten ihrer so oft mißglückten Zusammenarbeit. Der „grand old man" der Konservativen, Gösta Bohmann, sagte der WELT: „Seit Beginn dieses Jahres hat Palme, haben die Gewerkschaften, haben die Massenmedien, uns und nur uns brutal und erbarmungslos angegriffen. Weder Bengt Westerberg noch die Bauernpartei haben uns in der Argumentation geholfen. Im Gegenteil, die Liberalen haben den Mund gehalten und sind im Lee mit uns mitgesegelt, während sie es nicht geschafft haben, den massiven Sturm abzureiten."

Die Verbitterung der Konservativen, die nach Meinungsumfragen sogar vor der Wahl bei 30 Prozent der Stimmen lagen, jetzt aber 12 Sitze verloren, ist verständlich. Obwohl ihr Wahlergebnis immerhin eines der besten ihrer Geschichte ist, haben sie es in erster Linie den oft widersprüchlichen Bemerkungen ihres Führers Ulf Adelsohn zu verdanken, daß sie 2,3 Prozent weniger an Stimmen bekamen. Unter anderem seine Bemerkung über die armen Negerlein in Südafrika hat ihm Palme in einem Land, das in seiner Hilfe für die Dritte Welt mit Norwegen an erster Stelle steht, die nötige mitmenschliche Argumentation geliefert.

Ulf Adelsohn hat zusammen mit dem Bauernführer Thorbjörn Fälldin, dem Hauptverlierer dieser Wahlen, die Möglichkeit verspielt, einmal Ministerpräsident zu werden. Die Mitte hat allerdings durch die Liberalen ihre Position stark gestärkt.

Fälldin scheint das Vertrauen seiner Wähler verloren zu haben. Gleichsam als Versuch einer Entschuldigung betont er: „Wir hätten im Wahlkampf die Frage der Umweltpolitik mehr berücksichtigen sollen. Diese Erkenntnis kommt nun zu spät."

Allerdings hat nun auch für Olof Palme wieder der politische Alltag begonnen. Ist er jetzt nicht gezwungen, sein berühmtes schwedisches Modell eigentlich drastisch zu beschneiden? Wich er im Wahlkampf geschickt Fragen nach finanziellen Einschränkungen aus, muß er nun Farbe bekennen. 70 Milliarden Schwedenkronen (100 Kronen = 34 DM) ist das Defizit der Sozialeinrichtungen. Allein im letzten Jahr mußten die Schweden 15 Milliarden Kronen im Ausland pumpen. Mit diesen düsteren Zahlen tritt Olof Palme vielleicht seinen härtesten politischen Weg an. Konnte sein großer Vorgänger Tage Erlander immer wieder mit Hilfe der Bürgerlichen in wichtigen sozialpolitischen Fragen rechnen, so hat Olof Palme diesen Weg abgeschnitten.

Der Steel-Partei fehlt es an Optimismus

REINER GATERMANN, Dundee

Mit zwei Meinungsumfragen innerhalb einer Woche auf dem Tisch, in denen der sozialdemokratisch-liberalen Allianz bei einer Unterhauswahl einmal der erste und einmal der dritte Platz prophezeit wird, begann am Montag im schottischen Dundee der Jahreskongreß der Liberalen Partei.

Ihrem Führer, David Steel, wird es in erster Linie darauf ankommen, bei seinen Delegierten ebenso viel Optimismus und Selbstvertrauen zu schaffen, wie dies seinem sozialdemokratischen Kollegen David Owen auf dessen Kongreß so vortrefflich gelang. Zudem muß Steel seine Partei auf einen eindeutigen Kooperationskurs mit den Sozialdemokraten einschwören – keine leichte Aufgabe.

Die Partei hat einen ausgeprägten föderalistischen Charakter nicht nur mit selbständigen Parteiorganisationen in England, Wales, Schottland und Nordirland, sondern auch mit starken lokalen Gruppen, die nicht selten mit ihren ausgefallenen Forderungen die Führung irritieren. Die breite, in der Lokal- und Regionalpolitik fest verankerte Basis ist Stärke und Schwäche der Liberalen Partei. Fiel es beim sozialdemokratischen Kongreß Owen leicht, einstimmige Unterstützung für eine enge Zusammenarbeit mit den Liberalen zu finden, protestierten in Dundee schon vor der Kongreßeröffnung einige Delegierte gegen ein Foto hinter dem Präsidiumstisch. Es zeigte die beiden Davids – Steel und Owen. Die Liberalen sind mit 105 000 Mitgliedern doppelt so stark wie ihr Partner; alles deutet auch darauf hin, daß sie bei einer Unterhauswahl mehr Sitze als die Sozialdemokraten bekämen. Damit, so die Vereinbarung, würde Steel an der Spitze der Allianz „erster unter zwei gleichen sein".

Im Gegensatz zu den Liberalen können einige Sozialdemokraten mit Regierungserfahrung aufwarten. Noch als Mitglieder der Labour Party war Owen Außenminister und Roy Jenkins Schatzkanzler. In Kreisen der Liberalen fürchtet man deswegen, man könnte bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung von dem sozialdemokratischen Partner in den Schatten gestellt werden.

Zu den Wirtschaftsfragen liegt ein gemeinsames Papier der beiden Parteien vor. Mehr als umstritten ist die Verteidigungspolitik, die auf dem Kongreß jedoch nicht diskutiert werden wird. Die Delegierten werden lediglich über das amerikanische SDI-Programm diskutieren. Keine Frage, daß der Antrag, wonach SDI abgelehnt wird, weil es „Entspannung und Abrüstung behindert, die NATO-Länder teilt, die Möglichkeiten einer Stärkung der konventionellen NATO-Verteidigung schwächt und gegen den ABM-Vertrag verstößt", eine große Mehrheit findet. Hier liegt man mit den Sozialdemokraten auf einer Linie.

Oman: Sultan Kabus geht es um die Abschreckung

Von C. GRAF BROCKDORFF

Der Sultan von Oman, Kabus Bin Said al Said, hat in einem Gespräch mit der WELT begründet, warum er für seine Luftwaffe das europäische Kampfflugzeug Tornado bestellt hat. Zugleich nahm er zu Problemen des Mittleren Ostens Stellung. Um dem Gespräch im Al-Alam-Palast in Muskat eine inoffizelle Atmosphäre zu geben, ließ er darum ersuchen, daß er nicht im Wortlaut zitiert werden möge.

Zur Bestellung von acht Tornado-Flugzeugen, die zu den teuersten Maschinen ihrer Art in der Welt gehören, sagte der 44jährige Monarch und absolute Herrscher des zweitgrößten Staates auf der arabischen Halbinsel, ihm gehe es darum, die Luftverteidigung des Landes zu stärken, wobei er insbesondere die sichere und friedliche Durchfahrt durch die Straße von Hormuz im Auge habe. Deshalb habe er sich für die Luftverteidigungsvariante „Tornado ADV" entschieden, wie sie in 165 Exemplaren auch für die britische Royal Air Force gebaut werde. Sie *unterscheidet sich* von der Luftangriffsvariante des Tornados dadurch, daß sie mit einem Spezialradar für den Luftkampf und mit Skyflash-Raketen für den Kampf Flugzeug gegen Flugzeug ausgerüstet ist.

Der Sultan ist davon überzeugt, daß er mit seiner kleinen Flotte von Jaguar-Jagdbombern eine ausreichend große Luftangriffsfähigkeit besitzt, um Angriffe gegen sein Land durch See- und Landstreitkräfte eines Gegners abzuwehren. Ihm gehe es um Abschreckung. Deshalb verfolge er den Kurs, seine kleinen Streitkräfte Schritt für Schritt weiter auszubauen, dabei aber immer auch darauf zu achten, daß Qualität vor Quantität stehe.

Wie ernst es ihm damit ist, unterstreicht er mit dem Hinweis darauf, daß schon jetzt omanische *Piloten und zukünftige* omanische Waffensystem-Offiziere, die den zweiten Platz im Tornado besetzen – eine Kategorie, die es in den einsitzigen omanischen Flugzeugen bisher nicht gegeben hat –, zu Ausbildungslehrgängen nach England geschickt würden. Dabei werde der erste Tornado nicht vor Ende 1987 an Oman ausgeliefert.

Zunächst seien acht Tornado-Maschinen bestellt worden. Wie es danach weitergehe, werde man sehen. Nichts werde überstürzt. Die Jäger sollen mit Hilfe von Tankflugzeugen stundenlang über dem 1700 Kilometer langen Staat patrouillieren können.

Bei dem Gespräch wird augenscheinlich, daß der Sultan als erster Soldat seines Staates auf die Erfahrungen zurückgreift, die er als junger Offizier in der britischen *Rheinarmee machte. Er ist* ein Produkt der strengen Militärakademie Sandhurst. Die Welt sieht er realistisch. Ausländische Militärbeobachter glauben, die Streitkräfte des Sultans seien die einzige arabische Truppe mit NATO-Standard.

Sultan Kabus befürchtet, daß der Krieg zwischen Iran und Irak sich noch lange hinziehen werde. Den irakischen Luftangriffen auf die iranische Ölverladeinsel Kharg mißt er keine durchschlagende Bedeutung zu. In die Enge gedrängt, könnte Iran versuchen, gegen die Schiffahrt im ganzen Golf vorzugehen. Vorübergehend könnte dann eine Krise entstehen. Von überragender Bedeutung sei, den Konflikt eingegrenzt zu halten.

Nicht immer vorteilhaft sei der natürliche Drang der amerikanischen Supermacht, sich wegen *ihrer enormen Kraft wie ein Bull*dozer nach vorne zu bewegen. Washington wäre gut beraten, sich in bestimmten Krisengebieten erst einmal bei Freunden zu erkundigen und deren Lagebeurteilung einzuholen. Im Fall des irakisch-iranischen Konflikts *habe* es das allerdings durch Entsendung des Vizepräsidenten George Bush getan. Er habe Bush damals geraten, sich aus der Sache herauszuhalten. Washington sei dem Rat gefolgt.

Sich selbst nennt Sultan Kabus einen gemäßigten Mann. Wenige Stunden vor dem Gespräch mit der WELT hatte er zum ersten Mal den soeben ernannten Botschafter der Volksrepublik Jemen empfangen, den Vetreter eines Staates, der bis 1975 mit Truppen und Waffen die marxistische „Befreiungsbewegung" in Omans Südprovinz Dhofar unterstützte – *in einem* der blutigsten Kriege, die je auf arabischem Boden stattfanden. Jetzt nimmt der Sultan diplomatische Beziehungen zum kommunistischen Jemen auf. Er tut das vor dem Hintergrund einer schlagkräftigen *kleinen* Armee, die abschrecken kann. Den Botschafter Jemens läßt der Sultan lieber in Kuwait residieren, der dort auch sein Land vertritt. Omans Botschafter in Jemen ist zugleich Botschafter in Saudi-Arabien mit Sitz in Riad.

Pessimistisch äußert sich der Sultan über Libanon. Er sehe kein baldiges Ende des Konflikts. Es gebe zu viele Leute, die durch Waffenlieferungen an die verschiedenen Parteien Millionen verdienten, sagt er mit einem *Unterton des Abscheus.* Erst wenn die kriegführenden Parteien einsähen, daß mit Blutvergießen nichts zu erreichen sei, könne man auf Frieden hoffen. Syrien könnte wohl Libanon besetzen und mit Gewalt vorerst Ruhe herbeiführen. Aber dabei würde Syrien sich übernehmen. Deshalb gehe er davon aus, daß Syrien zunächst Zurückhaltung übe.

Frieden im Konflikt der Araber *mit* Israel könne es geben, wenn man auf die vorsichtigen Initiativen König Husseins eingehe. Die Palästinenser müßten in den Friedensprozeß eingeschlossen werden. Zur Grundlage eines Friedens müsse aber auch gehören, *das Existenzrecht* Israels anzuerkennen. Solange andere arabische Staaten den König von Jordanien nicht eindeutig unterstützten, versetze man Israel in die Lage, die Situation für sich auszunutzen.

(SAD)

Vor allem im bayrischen Bergwald, auf dessen hohe Gefährdung auch der Deutsche Alpenverein mahnend hinweist, stellt der schonende Einsatz von Pferden mittlerweile einen wichtigen Beitrag zur Rettung des Baumbestandes dar. „Keine moderne Maschine", so Bayerns Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann, „kann im Wald ähnlich umweltschonend arbeiten wie das Pferd."

Kaltblüter als Schlepper-Ersatz

Von PETER SCHMALZ

Erstaunt bleiben die Wanderer am oberbayerischen Teisenberg stehen. Aus dem Schatten des dichten Bergwaldes dringt das Klirren von Pferdegeschirr, leise Zurufe sind zu vernehmen. Die Kniebundbehosten stützen sich auf den Wanderstock, blicken schärfer ins dämmrige Licht und glauben ein Bild aus vergangenen Tagen zu sehen.

Stämmige Pferde stapfen durch den Wald, ziehen schwere Stämme hinter sich. Umsichtig und sicher finden die schweren Kaltblüter ihren Weg im steilen Gelände zwischen den Bäumen und ziehen geduldig Stamm für Stamm zum Sammelplatz.

Den Wanderern erscheint die Szene wie ein Bild aus der Zeit, als auch bei den Waldarbeitern die Pferdestärken noch auf vier Hufen standen und nicht zu Hunderten gebündelt unter der Schlepperhaube dröhnten.

„Resl" und „Hans" hinterlassen keine schädlichen Abgase, fällt aber mal ein Roßapfel zu Boden, dann ist er sogar eine begehrte Düngung für den Waldboden. Und wo die schweren allradgetriebenen Schlepper häßliche Wunden in die Wurzeln der Bäume reißen, da gehen die Arbeitspferde drüber hinweg, ohne Spuren zu hinterlassen.

Zuschüsse von Vater Staat

Auf den ersten Blick ist der Pferde-Einsatz jedoch ein teurer Luxus: Für einen Festmeter Holz entstehen im Schnitt 20 Mark Unkosten, der Schlepper aber macht's für zwölf Mark. Werden aber die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nach einem Traktoreinsatz mitgerechnet, dann sind die Rösser rentabel. Davon ließen sich sogar die strengen Rechnungsprüfer überzeugen, die vor wenigen Wochen im Forstamt Siegsdorf bei Bad Reichenhall die Pferde-Unkosten unter die Lupen nahmen. Der Staat hilft bei der Betriebsgründung durch Zuschüsse mit: Für jedes Pferd werden 30 Prozent des Kaufpreises zugezahlt, der Zuschuß ist jedoch auf höchstens 2000 Mark je Pferd begrenzt. Für den Wagen werden maximal 1500 Mark zugeschossen. In den vergangenen Jahren wurde der Kauf von 185 Pferden und 76 Transportern durch den bayerischen Staat mit 370 000 Mark unterstützt.

Dieses Angebot haben vor allem Landwirte angenommen, die sich einen willkommenen Nebenverdienst erhofften. In den Staatsforsten, die ein Drittel des bayerischen Waldes und 54 Prozent des Bergwaldes umfassen, können inzwischen zehn Prozent der waldpfleglichen Holzrückungen mit Pferden durchgeführt werden.

Knapp die Hälfte des bayerischen Gebirgsraumes ist bewaldet. Wenn Landwirtschaftsminister Eisenmann meint, ein gesunder Bergwald sei zur Erhaltung der Landeskultur im Gebirge unverzichtbar, dann denkt er dabei auch an das für Touristen reizvolle Landschaftsbild der bayerischen Alpen.

Doch die unverzichtbaren Funktionen des Bergwaldes gehen weit darüber hinaus. Eisenmann: „Ohne seine ausgleichende Wirkung wären weite Teile der Gebirgsregion unbewohnbar und große Bereiche im Alpenvorland hochwassergefährdet." So dienen 63 Prozent dieser Waldfläche dem Schutz vor Erosion, Steinschlag, Rutschungen und Muren, 43 Prozent sind Lawinenschutzwald.

Immer wieder müssen die Forstarbeiter abgerutschte Hänge sichern. Dabei werden in gefährlicher Arbeit Pflöcke bis zu 60 Zentimeter in den Hangboden getrieben, die als Halt dienen für Querbalken. In den derart entstandenen Terrassen werden standortgerechte Bäume und Büsche gepflanzt: Purpurweiden auf trockenen Kiesböden, Latschen, Fichten, Weißtanne, Spitzahorn, Sandbirke, Rotbuche oder Winterlinde.

Das Saatgut ernten speziell ausgebildete Waldfacharbeiter, die in Bergsteigerausrüstung auf die bis zu 30 Meter hohen Bäume steigen und die Tannen-, Fichten- oder Kiefernzapfen pflücken und in Säcken sammeln. Für die gefährliche Arbeit, für die von der staatlichen Saat- und Pflanzenzuchtanstalt in Teisendorf 100 Männer ausgebildet sind, werden bis zu 120 Prozent Gefahrenzulage gezahlt.

Aus einem Zentner Fichtenzapfen werden 1,6 Kilo Saatgut gewonnen, aus einem Zentner Tannenzapfen sogar bis zu sieben Kilo. Ein Teil der Samen wird verkauft (das Kilo Fichtensamen bringt bis zu 1000 Mark), aus dem Rest werden Sämlinge gezogen. Um einen Hektar Berghang aufzuforsten, müssen 5000 junge Pflanzen gesetzt werden.

Touristen als Störfaktor

Forstdirektor Rudolf Dimpflmeier von *der staatlichen Pflanzenzuchtanstalt* sieht gute Chancen, den Bergwald entgegen den zahlreichen Unkenrufen zu retten. Die bewaldeten Gebirgsflächen haben in den vergangenen Jahren sogar trotz regionaler Eingriffe durch Lifte und Skiabfahrten zugenommen.

Sorgen bereiten den Forstleuten jedoch die Touristen, vor denen das Wild sich im Wald versteckt und im Winter statt im Tal nach Äsung zu suchen vor allem die jungen Bäume anfrißt, sowie die Kühe, die noch immer in großer Zahl zum Weiden in den Wald geschickt werden.

Auf 70 000 Hektar Gebirgswald liegen Weiderechte für 12 000 Rinder und 3500 Schafe. Die futtersuchenden Tiere verursachen erhebliche Tritt- und Verbißschäden. Seit Jahren bemüht sich der bayerische Staat, die privaten Weiderechte abzukaufen, doch die Bauern sind nur selten zu einem Verkauf bereit. Zum einen wollen sie vererben, was sie selbst geerbt haben, zum anderen wissen sie, daß das Gras im Wald einen weit höheren Energiewert besitzt als das Gras von der flachen Wiese, weshalb die im Wald weidende Kuh erheblich schneller Fleisch ansetzt.

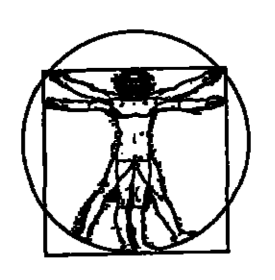
NOTIZEN

Chemikertreffen

Heidelberg (dpa) – Gegen ein „Zerrbild" der Chemie in Teilen der öffentlichen Meinung hat sich die Gesellschaft deutscher Chemiker (GdCh) zu Beginn ihrer Hauptversammlung in Heidelberg gewandt. Ihr Präsident, Prof. Heinz Staab, betonte, der Beitrag der Chemie zur Bewältigung der Zukunftsprobleme sei unverzichtbar. Staab appellierte an die Chemiker, sich klar von Mißbräuchen der Chemie zu distanzieren. Die GdCh habe deshalb schon im vergangen Jahr eine weltweite Ächtung chemischer Waffen gefordert.

Muskelschwund

Ulm (Kü.) – Die „Duchenne Muskeldystrophie", eine Krankheit, bei der es zu fortschreitendem Muskelschwund mit tödlichen Folgen kommt, kann in allernächster Zeit



mit gentechnischen Verfahren schon vor der Geburt nachgewiesen werden. Dies wird durch die Forschungen amerikanischer Wissenschaftler möglich, die das Gen, das für den Defekt verantwortlich ist, im menschlichen Erbgut lokalisiert haben. Sie berichteten darüber auf dem 14. Europäischen Muskelkongreß. Durch die neuen Untersuchungsmethoden können die Eltern schon vor der Geburt beraten werden.

Schrottplätze

Düsseldorf (DW.) – In den letzten Jahren sind in Nordrhein-Westfalen etwa 100 Schrottplätze im Rahmen von Überprüfungen geschlossen worden. Dies teilte jetzt Umweltminister Klaus Matthiesen mit. Von den derzeit bestehenden 950 Plätzen ist für die Hälfte das Genehmigungsverfahren inzwischen abgeschlossen. Dabei wurden zum Teil auch Bodenproben analysiert.



Blut ist ein ganz besonderer Saft" – und das nicht nur im metaphysischen Sinne. Millionen Menschen in der Bundesrepublik stellen sich jedes Jahr als Spender beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) zur Verfügung. Sie helfen damit, das Leben anderer zu retten. Nach dem Bekanntwerden der ersten Aids-Fälle stellt sich die Frage, wie eine Übertragung der Krankheit durch das Blut verhindert werden kann.

FOTO: SVEN SIMON

„Was machbar ist, wird gemacht"

Wie sich die Blutspendedienste vor einer Aids-Übertragung per Blutkonserve absichern

Noch vor dem Bekanntwerden der ersten Aids-Fälle in der Bundesrepublik haben die Blutspendedienste reagiert und Maßnahmen eingeleitet. Nach dem aktuellen Stand befragte die WELT Dr. Hans Lefèvre, den Leiter des Blutspendedienstes Münster des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Das Gespräch führte Dieter Thierbach.

WELT: Welche Vorsorge haben die Blutspendedienste getroffen, um die Übertragung von Aids durch Blutkonserven zu verhindern?

Lefèvre: Seit dem Frühjahr 1985 steht ein hochempfindlicher sogenannter „Elisa-Test" zur allgemeinen Verfügung, mit dem wir Antikörper gegen das Aids-auslösende Virus HTLV-III feststellen können. Dieser Test zeigt jedoch keine „Aids-Krankheit" an, sondern weist – im positiven Falle – nur darauf hin, das der Betroffene mit dem Virus in Kontakt gekommen ist. Mit diesem Test werden seit Mai dieses Jahres alle DRK-Blutspenden untersucht. Des weiteren werden Gerinnungspräparate, die aus Blutplasma hergestellt werden, hitzebehandelt. Das HTLV-III-Virus ist recht empfindlich. Es gibt starke Hinweise, daß durch Hitzebehandlung die Aids-Übertragung verhindert wird.

WELT: Wie viele Anti-HTLV-III-Tests sind bei Ihnen bisher positiv verlaufen?

Lefèvre: Beim DRK-Blutspendedienst Nordrhein-Westfalen sind von Mai bis Ende August dieses Jahres 191 009 Spender untersucht worden. Bei diesen sind bisher fünf Tests als positiv bestätigt worden. Einige Fälle sind noch nicht endgültig abgeklärt. Wir schätzen, daß unter 15 000 Spendern vielleicht ein einziger positiver Test verzeichnet wird. Blutkonserven mit positivem Testausgang werden, auch wenn sich das Testergebnis später nicht bestätigen sollte, sicherheitshalber vernichtet.

WELT: Ist eine Aids-Ausweitung über den Weg des Spenderblutes nicht mehr möglich?

Lefèvre: Man geht heute davon aus, daß mit dem Anti-HTLV-III-Test die allermeisten infektiösen Blutspender entdeckt werden können. Wieviel Personen infektiös sind, obwohl der Test negativ verlief, ist nicht bekannt. Das, was im Blutspendewesen zur Zeit machbar ist, wird auch gemacht. Das Risiko eines Blutempfängers, an Aids zu erkranken, war bisher schon äußerst gering und wird durch die getroffenen Maßnahmen noch viel, viel geringer.

WELT: Wieviel derartige Fälle sind bisher aktenkundig?

Lefèvre: Bisher ist erst ein Fall dem BGA bekannt geworden, bei dem eine Frau infolge einer Bluttransfusion an Aids erkrankt sein soll. Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Die Gefährdung des Gesundheitszustandes durch die etwaige Verweigerung einer Transfusion aus Angst vor Aids ist unvergleichbar höher einzustufen als eine tatsächliche Infizierung über eine Blutkonserve.

WELT: Das DRK beobachtet einen *Rückgang an Blutspenden. Hat das* Ihrer Meinung nach etwas mit der „Aids-Hysterie" zu tun?

Lefèvre: Wir hatten in den großen Ferien tatsächlich eine unübersehbare Spendermüdigkeit zu verzeichnen. Die Knappheit an Blutkonserven ging an unserem Institut so weit, daß wir uns entschlossen, einen Alarmruf an die Öffentlichkeit zu richten. Das hatte ein gutes Echo, denn im August sind die Spenderzahlen wieder deutlich angestiegen. Ob der Spendenrückgang mit der – wie Sie sagen – „Aids-Hysterie" zu tun hat, läßt sich schwer abschätzen.

WELT: Besteht „Aids-Gefahr" für Blutspender?

Lefèvre: Es erscheint mir ganz wichtig, daß jeder weiß, daß Blutspenden zu keinerlei Aids-Gefährdung des Blutspenders führt, da nur ein einziges Mal sterile Geräte bei ihm selbst verwendet werden. Es wäre eine zusätzliche Teufelei dieser so angsterzeugenden und heimtückischen Krankheit, wenn Menschen aus Blutmangel sterben müßten, weil andere sich aus fehlgeleiteter Angst vor Aids dem Blutspenden verweigern.

Von Anfang an dabei (9): Peter von Zahn, der erste TV-Auslandskorrespondent

Die Bilder aus dem Pferdestall

Als die Bundesrepublik mit dem Fernsehen Ernst machte, war ich Rundfunkkorrespondent in Washington und machte den Hörern daheim den Mund wäßrig mit meinen Schilderungen von der Revolutionierung des Lebens und der Politik in den USA durch ihre zweitausend Fernsehstationen.

Sollte man das in Deutschland nicht auch sehenden Auges miterleben können? Im Herbst 1955 besaß zwar erst ein Prozent der deutschen Haushalte einen Fernseh-Apparat, aber das würde sich schnell ändern. Ich begann, die Kneipen und die Wohnstuben daheim alle vier Wochen mit den „Bildern aus der Neuen Welt" zu erhellen.

Im Unterschied zu den Kollegen in den Funkhäusern, die sich alles selbst beibringen mußten, hatte ich Vorbilder und Lehrmeister in Hülle und Fülle. Ich nenne von jeder Kategorie nur einen:

Lehrmeister war Fritz Roland – ein junger Regisseur österreichischer Abstammung, der mir zeigte, daß die Kamera ein schweifendes und sich konzentrierendes Auge ist, dessen Beute man mit Schwung und Witz zurechtschneiden muß. Fritz Roland weiß es nicht, jedenfalls wissen es die Deutschen nicht, daß er zehn Jahre lang für das bildliche Ansehen Amerikas auf deutschen Mattscheiben gesorgt hat.

Stärkstes Vorbild in der journalistischen Arbeit war Edward R. Murrow, der Starreporter von CBS. Er hatte sich seine Sporen als Radiokriegsberichter verdient. Den amerikanischen TV-Dokumentarstil prägte er durch die Verbindung von Information mit Dramatik, Integrität mit Dynamik.

Ganz Amerika hing damals wochenlang am Fernseher und erlebte, wie der gefürchtete Senator McCarthy Jagd auf Andersdenkende machte und dabei die Grundfesten des politischen Systems zu erschüttern drohte. Es war das Fernsehen, das ihn groß gemacht hatte. Es war Edward R. Murrow, durch dessen Fernsehsendungen das Volk erkannte, daß dieser Kaiser McCarthy keine Kleider anhatte.

Murrow gab dem Wort das Gewicht zurück, das ihm die Filmversessenen im Fernsehen nehmen wollten. Er tat es ohne Floskeln. Als er seine Zuschauer zum ersten Mal in die Eingeweide eines Polaris-U-Bootes blicken ließ und im Abschußraum zwischen den Raketen stand, setzte er dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Marine nicht mit einem längeren Vorspruch zu, wie das die europäischen Reporter gern tun, wenn sie ihr eigenes Allwissen spüren lassen – („Man kann sich des Grauens nicht erwehren, wenn man die Fernwirkung von 16 Raketen über 1600 Seemeilen hinweg ins Auge faßt ...") – nein, Murrow fragte nur, als ob er nichts wüßte: „Admiral, wo sind wir hier?"

Das alles war zu lernen und noch einiges mehr. Meine Sendung wurde, wie es sich gehörte, in einem Stall geboren. Es war der Pferdestall einer ehemaligen Bierbrauerei zwischen Watergate und dem Außenministerium. Die Lage war fabelhaft, aber es regnete durchs Dach, und jedes Flugzeug über dem Potomac hinterließ seine eigentümliche Tonspur auf unseren Bändern. Abends teilten wir uns das Studio mit Jimmy Henson, der für eine Kaffeefirma etwas produzierte, was rund zwei Jahrzehnte später ein Welterfolg werden sollte: die Muppets. Als der Pferdestall einer Schnellstraße weichen mußte, baute ich ein kleines Warenhaus in Georgetown in einen Studio-Komplex um, über dessen Besitz die ARD noch heute glücklich ist.

Meistens aber karrten wir unser unhandliches Gerät kreuz und quer durch Nord- und Südamerika, von Alaska bis Argentinien. Da ich ein halbes Jahrzehnt lang der einzige deutsche Fernsehkorrespondent im Ausland war, gehörte mir die Welt, und ich machte Gebrauch von ihr.

Anders als meine geplagten Nachfolger auf dem Posten in Washington mußte ich nicht täglich einmal für die Satellitenübertragung anderthalb Minuten vor dem Weißen Haus strammstehen. Trotz abenteuerlich knapper Finanzen konnte ich mich einer systematischen Beschreibung und Analyse der Neuen Welt widmen – jeden Monat eine dreiviertel Stunde. Über amerikanische Regionen und Religionen, Freunde und Frauen, Kochkünste und Kunstkenner, Bankiers und Bettler, Träumer, Tänzer und Traumtänzer.

Außer und neben den „Bildern aus der Neuen Welt" waren die kurzen aktuellen Berichte für Funk und Fernsehen zu bewältigen. Da sie alle per Flugzeug nach Hamburg geschickt werden mußten, lief man immer Gefahr, veraltet und überholt zu sein, wenn das Band oder die Filmstreifen ankamen. Also hatte jede Sendung so durchdacht zu sein, daß sie auch am dritten Tag noch vor dem Fortschreiten der Ereignisse bestehen konnte. Diese Übung empfehle ich jüngeren Kollegen hiermit aufs wärmste.

Nach 1960 beschleunigte sich der Rhythmus zu zwei halben Stunden Fernsehen pro Woche und erweiterte sich der Berichts-Raum zur ganzen Welt. Die „Reporter der Windrose" begannen, ohne Netz auf dem Hochseil zu agieren. Aber das ist ein anderes Kapitel unserer Fernsehgeschichte ... PETER von ZAHN



Brachte die Neue Welt in die deutschen Wohnzimmer: Peter von Zahn FOTO: DIE WELT

Am 23. 9. berichtet Annette von Aretin von 1000 Gesichtern und Namen, die sie als Besetzungschefin beim Bayerischen Rundfunk im Kopf haben mußte.

KRITIK

Wien und seine Unterwelt

Als Fachmann, als Kriminalbeamter im österreichischen Polizeidienst im Range eines Obersten, hat Leo Maier sich immer über Kriminalfilme geärgert. Weder sammle der Kripochef persönlich am Tatort Spuren, noch fänden Verbrechen vorwiegend bei Reichen und in Villen statt. Zudem arbeite die Polizei zumeist am Schreibtisch. Als Autor der Tatort-Folge **Nachtstreife**, verfaßt unter dem Pseudonym Leo Frank, versuchte der Fachmann, seine Kritik in die dramaturgische Wirklichkeit umzusetzen.

Zumindest in zwei Punkten hielt er sich an die eigene Kritik: Der Film spielte im Wiener Prostituierten- und Rauschgifthändlermilieu, und der leitende Kriminalbeamte (Kurt Jaggberg) hantierte nicht persönlich mit Kamera und Fingerabdruck-Pulver. Aber Arbeit hauptsächlich im Büro?

Die Pluspunkte zuerst: Das fremde und farbige Milieu ebenso wie eine durchgängig spannende Handlung, die gelegentlich auch nicht auf stille Töne verzichtete, ließ keine Langeweile aufkommen. Der vermutlich nicht einmal jedem Österreicher verständliche Argot Wiener Vorstädte verstärkte das Gefühl des Exotischen.

Ob in der Alpenrepublik Kriminalbeamte sich gegenüber den Opfern der Rauschgiftsucht als einfühlsame Sozialhelfer verhalten, darf bezweifelt werden. Immerhin greifen auch sie (im Wortsinn) hart zu, wird ein Polizist im Milieu angeschossen, wie hier demonstriert.

Unter dem Strich blieb ein Kompromiß zwischen den Postulaten des Autors als Fachmann und der Forderung nach neunzig Minuten mehr oder minder ununterbrochener Spannung. Immerhin: Im Gegensatz zu manchem anderen Tatort war „Nachtstreife" wenigstens kein Schlafmittel. HENK OHNESORGE

Pingpong im Scheinalltag

Zur „Tatort"-Zeit im Ersten Programm servierte das ZDF eine Stunde lang Zuckerwatte: in dem (aus welchen Gründen auch immer so genannten) „Special" **Mütter und Töchter** in den „Vier heiteren Geschichten mit prominenten Schauspielerinnen und ihren Töchtern" ging es weniger um die scheindramatischen Fälle, sondern mehr um die Frage : Kann die Müttergruppe dem schauspielerischen Ansturm der Töchter standhalten? Antwort: Sie kann es ohne weiteres.

Interessant wäre es natürlich gewesen, wenn sich Gisela Uhlen, Nadja Tiller, Rosemarie Fendel und Ellen Schwiers – alle seit langem erfolgreiche Theaterstars mit unterschiedlich starker Klatsch-Publicity – mit ihren Töchtern über ihre persönlichen Beziehungen und die Bewältigung eventueller Konflikte ausgelassen hätten.

Statt dessen spielten sie lediglich vier unterschiedlich schwache Klischeefiguren. Die eine durfte über ihre (von einem Orthopäden geschiedene) Tochter schockiert sein, die andere sich als Ehediplomatin darstellen, die dritte als heimlich Liebende leiden, die vierte schließlich mußte sich vor dem Liebesbegehren eines verheirateten Vorgesetzten in Sicherheit bringen. Das war, alles in allem, doch arg dürftig, was da zur besten Sonntagssendezeit an „Problemen" gewälzt wurde.

Es war Schein-Alltag, Modenschau, Boulevard-Komödie und Familien-Pingpong ohne tiefere Bedeutung. Alle Mütter bewegten sich in gehobenen Kreisen, die Töchter zeigten Niveau, und vom wirklichen Leben war kaum ein Hauch zu spüren. Es ist das alte Leiden der Fernsehunterhaltung: Nur nichts Neues, denn Opas Kino-Erben sind allemal noch Zeitvertreiber. GÜNTER RUDORF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Gesundheit
Frauenfragen beantwortet beim Weltkongreß für Gynäkologie
Moderation: Wolbert Schnieders
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Schön war die Zeit
Das gesprengte Korsett oder die Lust am Körper
12.05 Kontraste:
Moderation: Joachim Braun
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Schöner Schein
Im kosmetischen Alltag auf den Spuren der Schönheit
Im Mittelpunkt dieses Films von Walter Harrich und Danuta Harrich-Zandberg: die Psychologie des schönen Gesichts. Was ist Kosmetik eigentlich, was ist denn Schönheit, und warum schminken sich Frauen? Kosmetik, daß heißt „ordnen und schminken". Es bedeutet, sich verwöhnen und sich verwöhnen zu lassen, sich pflegen abseits des Alltagstrubels.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Werner und Zini
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Michael-Schanze-Show
Mit dabei Audrey Landers, Star der „Dallas"-Serie und aufstrebendes Showtalent aus den USA, sowie Gigliola Cinquetti, der gerade ein überzeugendes Comeback auf dem San-Remo-Festival gelang. Umrahmt wird die Show von den temperamentvollen Dougie Squires Dancers aus London.
21.00 Panorama
Prozeßbericht: „Heino" gegen Heino / Prozeßbericht: Deutsches Gericht stellt Hexerei fest / Wie kommt Glykoldiäthylen in Pieroths Wein? / „Spudok": Ein Landkreis wird überwacht / Kohl und die freien Stellen
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
Luther Gillis schlägt wieder zu
Thomas Magnum ist schrecklich überlastet. Ausgerechnet in dieser Situation überrascht ihn Higgins mit der Mitteilung, daß er seine Hilfe braucht. Es handelt sich um einen Fall von Erpressung, der weit in die Vergangenheit zurückreicht.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Leitung: Dieter Zilligen
Im Bücherjournal sind unter anderem diesmal folgende Themen vorgesehen: Ein Kurzporträt der 82jährigen Marguerite Yourcenar, ein Roman von Martin Walser und ein Bericht über den wiederentdeckten japanischen Schriftsteller Yukio Mishima, der seinem Leben 1970 durch Harakiri ein Ende setzte. Außerdem wird Hoimar von Ditfurths neues Buch „So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen" vorgestellt, in dem sich der Wissenschaftsjournalist Gedanken über die durch Umweltzerstörung und Krieg bedrohte Menschheit macht.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
Mit Michael Sauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Finanzprobleme
Mit Eva Pflug, Karl Michael Vogler, Willy Semmelrogge u. a.
Regie: Michael Mackenroth
Wie so viele überlegen Susanne und Werner Diering, wie sie sich von der Last ihrer Schulden befreien könnten. Originellerweise beschließen sie, eine Bank zu überfallen. Der Coup gelingt, die Polizei tappt im dunkeln. Nur der Nachbar der Dierings, ein pensionierter Polizist, scheint da was zu ahnen.
19.00 heute
19.30 Die Fahrten des Odysseus
Italienischer Spielfilm (1954)
Mit Kirk Douglas, Silvana Mangano, Jacques Dumesnil u. a.
Regie: Mario Camerini
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Walter Treser: Ein Mann setzt aufs teure Auto – Extravaganz als Schlüssel zum Markt / Eltern ohne Job: Wie Kinder Arbeitslosigkeit erleben – Erste Ergebnisse eines Dortmunder Forschungsprojektes / Tip: Hauskauf – Über den Umgang mit Maklern; dazu eine Glosse mit Ernst H. Hilbich
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Geistige Heilung – was ist dran? Am 25. 8. und 1. 9. 1985 hat das ZDF in zwei Sendungen „Probe aufs Exempel" über vier Patienten berichtet, die von einem geistigen Heiler ohne persönlichen Kontakt über eine Entfernung von 500 Kilometern behandelt wurden. Die Fernbehandlung und ihre Ergebnisse haben viele Fragen aufgeworfen, wie zum Beispiel nach der Wirkungsweise des Heilers und dem Standpunkt der Schulmedizin zu dieser wissenschaftlich nicht anerkannten Heilweise. Unter der Leitung von Ingeborg Thomé und Karl Schnelting diskutieren u. a. Eugen Biser, Ordinarius für christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie, München, Dr. Veronica Carstens, Dr. Helmuth Klotz, Vizepräsident der Bundesärztekammer, und Freddy Wallimann, geistiger Heiler
Anschl. heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Olrik Breckoff aus Saudi-Arabien: Die neue Hauptstadt
20.45 Rückblende
Vor 100 Jahren gestorben: Carl Spitzweg
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Der Kandidat – Johannes Rau
22.15 Drei vor Mitternacht
Versaut die Bundeswehr unsere Jugend?
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Penkefitz Nr. 5
5. Folge: Frank sucht eine Lehrstelle
19.00 Filmmagazin
Die Geburt der „Kinder des Olymp"

HESSEN
18.30 Penkefitz Nr. 5
19.05 Formel Eins
Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Was wird aus Zypern?
Auslandskorrespondent Peter Dudzik aus Tel Aviv
21.15 Glaube, Liebe, Hoffnung
Fernsehspiel nach Ödön von Horvath
Mit Gertraud Jesserer
Regie: Franz Peter Wirth
22.20 Unsere Stimmen sind wie Vogelstimmen
Ansichten von einem thailändischen Dorf
23.35 Schach dem Weltmeister
WM in Moskau (3)
0.05 Nachrichten

SÜDWEST
19.30 Die Sprechstunde
Unfälle auf dem Schulweg
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in Wangen/Allgäu
Nein danke, ja bitte – Was wird aus den Grünen?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Mein Bruder ... ein Lump
Amerikanischer Spielfilm (1962)
23.00 Avanti! Avanti!
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Es gibt immer ein Morgen
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Regie: Douglas Sirk
20.20 S. Y. Sea Cloud
Luxus unter Segeln
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Herbst – Ispo '85
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Europa als Herausforderung
23.20 Rundschau



SAT 1

13.30 Perrine
Neue Hoffnung
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Samantha ferngesteuert
15.00 Black Beauty
Wenn Vater verreist
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Ein feiner Hauswirt
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Jim Horn und die Nachbarin
18.00 Alle meine Lieben
Hund zugelaufen
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Heiße Grenze
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Robert Mitchum u. a.
Regie: Robert Parrish
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Die Indizienmörder
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Bretter, die die Welt bedeuten
Englischer Spielfilm (1962)
Mit Judy Garland u. a.
Regie: Ronald Neame
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Kokain-Report I
Grünes Blatt – Weißes Gift
Koka-Anbau und Kokain-Herstellung in Südamerika
Von Brian Moser
20.30 Ringstraßenpalais
Eine Wiener Familiengeschichte in 24 Teilen von Hellmut Andics
1900. Im Ringstraßenpalais hat sich einiges geändert. Der Baron Baumann ist schon vor einigen Jahren gestorben. Franz und Johanna gehören jetzt zur alten Generation. Als auch Pospischil stirbt, hinterläßt er seinen Aktienanteil einem großen Unbekannten.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karichen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Die Geliebte des anderen
Franz.-ital. Spielfilm (1970)
21.55 RTL-Spiel
22.08 Wie geht's?
22.25 Zeichentrick für Erwachsene
22.35 Wetter
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Poincaré und Versailles

„Leserbrief: Poincaré"; WELT vom 9. September

Sehr geehrte Redaktion,

von Herrn Curt Riess weiß ich, daß er anregende, gescheite Bücher geschrieben und in Leserzuschriften manchmal die Dinge zurechtgerückt hat.

Über die lange Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges scheint Herr Riess jedoch wenig zu wissen. Sicher war Poincaré nicht der Alleinentscheidende in der französischen Politik, aber seine politische Stellung war viel stärker und dauerte viel länger als die eines Tirpitz, der im Laufe des Krieges kaltgestellt wurde. Erst recht belanglos waren die politischen Phantasien der Alldeutschen, die niemals Eingang in die amtliche deutsche Politik fanden.

Die Mächte der Tripleallianz hatten sehr klare territoriale Erwerbungen im Auge, die beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche gar keine. Während Deutschland und Großbritannien sich in der Julikrise 1914 um Vermittlung bemühten, damit der Friede erhalten blieb, unternahm Frankreich gar nichts. Im Gegenteil, Poincaré stärkte bei seinem Staatsbesuch in St. Petersburg der russischen Kriegspartei den Rücken. Frankreich war es auch, das vor dem Deutschen Reich mobil machte, obwohl es kein Geheimnis war, daß dies den Krieg bedeutete. Von einem „Einfall" 1914 in Frankreich sollte man nicht sprechen; solche Überfälle ohne Kriegserklärung wurden erst unter Hitler die Mode. In früheren Zeiten bemühte man sich, die Form zu wahren.

Schief ist auch der Ausdruck „Annexion" Elsaß-Lothringen 1871, es sei denn, Herr Riess benutzt dieses Wort für alle Gebietsveränderungen nach Kriegen. Der Frankfurter Friede 1871 war in höfischer Form zustande gekommen zwischen zwei im Grunde gleichwertigen Partnern, von denen der eine nur das Pech gehabt hatte, militärisch zu unterliegen. In Versailles 1919 sah es anders aus: Da stand Deutschland nicht nur als Verlierer, sondern auch als Verfemter da. Da wurde gründlich annektiert. Daß dazu nicht das ganze Rheinland gehörte, lag nicht an Poincaré, sondern an den Bedenken der Angelsachsen. In Frankfurt wurde 1871 verhandelt, in Versailles diktiert nach dem Motto Clemenceaus „Die Stunde der Abrechnung ist gekommen".

Erfreulich ist, daß über diese Dinge langsam Gras gewachsen ist und das gute deutsch-französische Verhältnis heute nicht mehr dadurch beeinträchtigt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Hanike,
Berlin 26

*

Ich schätze Herrn Riess durchaus als einen Journalisten, der manches Interessante, insbesondere über Filme und Filmgeschichte, geschrieben hat; anderen Älteren wird es ebenso gehen.

Herr Riess ist aber kein Historiker, und er sollte daher seine einseitigen und stets deutschfeindlichen Auslegungen der deutschen und europäischen Geschichte besser unterlassen.

Si tacuisses – oder, anders ausgedrückt: Schuster bleib bei deinem Leisten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F.-W. v. Seydlitz-Kurzbach,
Ulm/Donau

*

Hiermit beenden wir die Diskussion (d. Red.).

Anspruch, nicht Geschenk

„Sozialer Haushalt"; WELT vom 6. September

Sehr geehrte Herren,

bei aller Sachlichkeit in der Berichterstattung finde ich es äußerst bedauerlich, daß sich im Sprachgebrauch der Medien eine Formulierung breitgemacht hat, die allgemein den Eindruck suggeriert, als würde die Bundesregierung mit dem „Bundeszuschuß" aus dem Bundeshaushalt den Versicherten und Leistungsempfängern der gesetzlichen Rentenversicherung ein „Geschenk" machen. Es darf doch festgehalten werden, daß es sich hier um die „Erstattung" der sogenannten Fremdleistungen der gesetzlichen Rentenversicherungen handelt. Diese sollen bei jährlich ca. 50 Milliarden Mark liegen, sind also mit 180 Milliarden Mark für vier Haushaltsjahre knapp abgedeckt.

Man hat allerdings noch nie etwas darüber gelesen (gehört oder gesehen schon gar nicht), mit welchen Milliarden die öffentlichen Hände etwa den Beamtenpensionen und den Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes „unter die Arme greifen"!

Wir haben natürlich allen Grund, dieser Regierung für die straffe Haushaltsführung zu danken. Eine Haushaltsführung, die unter anderem dazu beiträgt, daß der oben genannte Erstattungsbetrag nicht mehr „Manövriermasse" im Sozialhaushalt ist. Wie es Punkte im Sozialhaushalt gibt, die nach meinem Verständnis keiner besonderen Betonung bedürfen, da selbstverständlich; ich denke zum Beispiel an die Kriegs- und Wehrdienstopferversorgung.

Auch die Geldwertstabilität, eine Teuerungsrate von rund zwei Prozent, ist durchaus lobenswert und wird meines Erachtens breiter wahrgenommen, als Herr Gillies (29. 8. 85) es einschätzt. Renten und Löhne erscheinen auch sicher wertvoller, aber mehr statistisch! In der Praxis sind es eben nicht nur einige Produkte, die teurer werden und den Normalbürger an der Statistik zweifeln lassen, weil er feststellen muß, daß er offenbar nicht „der" Durchschnitt ist.

Was nützen im übrigen alle Sparsamkeiten, wenn zum Beispiel in Hamburg alles wieder durch eine entsprechende Gebührenpolitik abgeschöpft wird (Gas, Wasser, Strom, Verkehrsmittel, selbst neu erfundene Gebühren). Per saldo stellt man dann fest, daß unter dem Strich weniger steht, trotz Geldwertstabilität und prächtigem Sozialhaushalt. Als Schatzmeister einer (Rentner-)Familie kann man nicht einfach zurücktreten, sondern muß bei der Stange bleiben und einschränken.

Mit freundlichen Grüßen
Siegrid Bosse,
Hamburg 90

Wort des Tages

„Das Wichtigste zum Schreiben sind die Hände, nämlich die, die man davon läßt ..."

Johann Nestroy, österreichischer Bühnenautor (1801–1862)

Eklektizist?

„Ein Truthahn von den Wikingern"; WELT vom 29. August

Sehr geehrter Herr Pörtner,

ich war erfreut, den Namen Lothar Malskat mal wieder gedruckt zu lesen, und noch dazu in einem Blatt von hohem Niveau, großer Auflage und weitem Verbreitungsgebiet. Es ist leider natürlich, daß die Erwähnung dieses Namens in einer Artikelserie über „Fälschungen" stattfindet. Die rein historische Darstellung, soweit sie das Bekanntwerden dieses Mannes betrifft, entspricht in etwa den Tatsachen.

Aber darüber hinaus scheinen Sie seinen Lebensweg nicht verfolgt zu haben. Es ist nämlich keineswegs ein Geheimnis, daß Herr Malskat so an die 20 Jahre schon nicht mehr auf seiner Insel im Deepenmoor lebt. Jedes Lübecker Telefonbuch hätte Ihnen dieses Wissen vermitteln können.

Ich kann und will Ihnen nicht unterstellen, daß eine künstlerische Bewertung von Gemälden zumindest nicht zu den Schwerpunkten Ihres journalistischen Könnens gehört. Aber ganz zweifellos muß ich Ihren urteilswertigen Ausführungen über die „echten Malskats" entnehmen, daß Sie solche zumindest nicht in ausreichender Zahl gesehen haben können.

Zugegeben: Das wäre auch heute gar nicht so einfach, da viele Jahre keine Ausstellungen mehr stattgefunden haben. Sollten Sie aber die Bereitschaft haben, mal nicht über den „Fälscher", sondern über den „Künstler" Malskat zu berichten und dafür seine echten Werke tatsächlich studieren wollen, so gilt mein Angebot: Besuchen Sie mich einmal. Ich kann Ihnen an die zwei Dutzend Originale und eine Vielzahl ausgezeichneter Drucke zeigen.

Mich würde wirklich interessieren, ob Sie dann noch Ihre Wertung als „genialer Eklektizist" aufrechterhalten können. Denn laut Spemanns Kunstlexikon (1905!) sind Eklektiker solche Maler, welche ohne die Kraft einer eigenen tieferen Begabung die Vorzüge anderer Schulen und Meister in sich zu vereinen streben. Und das steht im Gegensatz zum letzten Satz Ihres Artikels, in dem Sie ja von Malskat-Bildern sprechen, die sehr wohl eine eigene Handschrift verraten. Also müssen Sie wissen, daß kein Künstler ohne Orientierung an Vorläufern auskommen kann.

Aber Eklektizisten sind nur die nachgiebigen Naturen, die dem Einfluß einer dominierenden Lehrerpersönlichkeit erliegen, indem sie sich in sklavischer Nachahmung verlieren oder eine zu schwach ausgeprägte Eigenindividualität aufweisen. Solange man aber Malskats aus vielen anderen und ähnlichen mühelos herausfindet und auch auf Anhieb identifizieren kann, darf man von Eklektizismus nicht reden.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Joseph Kann,
Bad Reichenhall

Nicht der erste

„Gesundet durch den Schimmelreiter"; WELT vom 11. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Artikel wird Paul von Heyse als Deutschlands erster Nobelpreisträger für Literatur, 1910, erwähnt.

Dieses ist leider nicht richtig. Bereits im Jahre 1908 wurde dem gebürtigen Ostfriesen Rudolf Eucken der Nobelpreis für Literatur verliehen.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Detering,
Emden

Personalien

EHRUNGEN

Vom bulgarischen Patriarchen **Maxim** erhielt **Heinz-Joachim Held**, Präsident im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Kirchliches Außenamt) und Vorsitzender des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, den Kyrill und Methodius-Orden, die höchste Auszeichnung der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche.

*

Der Schauspieler ***Horst Tappert*** ist für Verdienste um die Freundschaft zwischen Deutschland und Italien geehrt worden. Für den auch in Italien großen Erfolg der Fernsehserie „Derrick" bekam Tappert in Circeo die goldene Statuette der Zauberin Circe, die die Vereinigung für deutsch-italienische Freundschaft alljährlich in dem Badeort, 100 Kilometer südlich von Rom, vergibt. Die gleiche Auszeichnung erhielt auch der Bürgermeister von Berlin, **Heinrich Lummer**. Nach den Worten des Präsidenten der Vereinigung, **Gino Ragno**, hat Derrick-Tappert für das Verständnis zwischen Deutschen und Italienern „mehr getan als die Regierungen der letzten 20 Jahre". Im vergangenen Winter wurden die alten „Derrick"-Folgen in Italien jeden Abend gesendet. Als die Serie eingestellt wurde, weil alle Folgen „verbraucht" waren, gab es Tausende von Protestbriefen der Zuschauer.

*

Am Dienstag wird **Otto Wolff von Amerongen**, einer der wichtigsten deutschen Wirtschaftsmanager, mit der Ehrendoktorwürde der Universität Jena ausgezeichnet. Von Amerongen, Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, gehört seit geraumer Zeit zu den bevorzugten Gesprächspartnern von Staats- und Parteichef **Erich Honecker**. Vor **Otto Wolff von Amerongen** erhielt bereits der Krupp-Vorsitzende ***Berthold Beitz*** – zugleich Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees – die Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald. Als gebürtiger Pommer (aus Zemmin) ist Beitz mit dieser Stadt besonders verbunden und hilft, wie es heißt, vor allem der Greifswalder Universitätskinderklinik durch Spenden. Als erster Politiker der Bundesrepublik bekommt der langjährige ehemalige FDP-Politiker **William Borm** am 25. September die Auszeichnung eines „Doktors honoris causa" der juristischen Fakultät der Universität Leipzig.

AUSWÄRTIGES AMT

Die Regierung von Trinidad und Tobago hat **Joachim-Richard Vogel** das Agrément als außerordentlichem und bevollmächtigtem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Port-of-Spain erteilt. Vogel, geboren 1936 in Berlin, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften 1962 in das Auswärtige Amt ein. Er war zunächst in der Zentrale und an den Auslandsvertretungen in Santo Domingo und Chicago tätig. Nach einer weiteren Verwendung im Auswärtigen Amt leitete er das Generalkonsulat in Recife und wurde danach als ständiger Vertreter des Generalkonsuls in Hongkong eingesetzt. Seit 1982 ist er Generalkonsul in Houston.

*

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia hat **Steffen Rudolph** das Agrément als außerordentlichem und bevollmächtigtem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu erteilt. Rudolph wurde am 12. Januar 1940 in Adelsberg geboren. Nach dem Studium der Philosophie und einer Tätigkeit im Schuldienst trat er 1968 in den Auswärtigen Dienst ein. Im Anschluß an die Laufbahnprüfung wurde er an den Botschaften in Sanaa und Budapest eingesetzt. Nach einer anschließenden Tätigkeit im Auswärtigen Amt war er ständiger Vertreter des Botschafters in Kingston. Seit 1981 leitet Rudolph die Ausbildung für den gehobenen und mittleren Dienst des Auswärtigen Amts.

BERUFUNG

Professor Dr. **Dieter Gallwitz** von der Universität Marburg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Molekularbiologie am Zentrum für Molekulare Biologie Heidelberg (ZMBH; Fakultät für Biologie) erhalten.

NACHRICHTEN

Rummenigge verlor

Mailand (sid) – Durch eine 1:2 (0:0)-Niederlage bei Atalanta Bergamo verlor Inter Mailand, Klub des deutschen Fußball-Nationalspielers Karl-Heinz Rummenigge, die Tabellenspitze. Hellas Verona, wieder mit Hans-Peter Briegel, verlor ebenfalls bei US Avellino mit 1:3 (1:0).

Jupp Derwall an der Spitze

Istanbul (sid) – Ex-Bundestrainer Jupp Derwall steht nach dem dritten Spieltag der türkischen Fußball-Liga mit Galatasaray Istanbul an der Tabellenspitze. Der Pokalsieger feierte mit einem 2:1-Heimerfolg über Denizlispor bereits den dritten Sieg.

Weltcup: Drei Absagen

London (dpa) – Die britischen Stars Sebastian Coe (800 m) und Steve Cram (1500 m) sagten den Leichtathletik-Weltcup in Canberra (4. bis 6. Oktober) wegen Verletzungen ebenso ab wie der 10 000-m-Olympiasieger Alberto Cova (Italien). Als Ersatz starten: Druppers (Niederlande), Abascal (Spanien), Mei (Italien) und Rousseau (Belgien).

Audi in Führung

Hongkong (sid) – Nach der ersten Etappe der Rallye Hongkong–Peking führt der Finne Hannu Mikkola mit seinem schwedischen Beifahrer Arne Hertz. Auf einem Audi Quattro Sport hat der Ex-Weltmeister nach fünf Wertungsprüfungen einen Vorsprung von 1:20 Minuten auf Juha Kankkunen/Fred Gallagher (Finnland/England) auf einem Toyota Celica Turbo.

Schuster schoß Ausgleich

Barcelona (sid) – Der frühere Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster rettete mit seinem zweiten Saisontor dem spanischen Meister FC Barcelona ein 2:2 (1:2) im Heimspiel gegen FC Osasuna. Barcelona hat jetzt 4:4 Punkte.

Gregor Braun Dritter

Medellin (sid) – Radprofi Gregor Braun belegte beim internationalen Bahn-Meeting im kolumbianischen Medellin in der 4000-m-Einzelverfolgung den dritten Platz. Im Punktefahren wurde Braun Vierter.

Golf: Ruland siegt

Dortmund (GAB) – Mit einem Sieg von Rita Ruland (Bad Wörishofen) und dem zweiten Titelgewinn nach 1982 von Frank Schlig (Hubbelrath) endeten in Dortmund die Nationalen Deutschen Golfmeisterschaften. Das Endspiel gewann die 45 Jahre alte Rita Ruland mit 1 auf gegen die 17jährige Annette Gehlen (Dortmund). Frank Schlig besiegte Andreas Riß (Ofterschwang) erst in der Endspielverlängerung nach vier Extra-Löchern auf dem 22. Grün.

ZAHLEN

TENNIS

Bundesliga, Gruppe 1, zehnter Spieltag: Ravensburg – Hamburg 2:7, Hannover – Neuss 4:5, Leverkusen – München 2:7. – Abschlußtabelle: 1. Neuss 10:0, 2. München 6:4, 3. Hannover 5:5, 4. Leverkusen 4:6, 5. Hamburg 3:7, 6. Ravensburg 2:8. – Gruppe 2: Karlsruhe-Rüppurr – Stuttgart 5:4, Essen – Amberg 2:7, Bamberg – Großhesselohe 7:2. – Abschlußtabelle: 1. Amberg 9:1, 2. Bamberg 7:3, 3. Karlsruhe-Rüppurr 7:3, 4. Stuttgart 3:7, 5. Essen 3:7, 6. Großhesselohe 2:8.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 0, 1, 1, 1, 0, 1, 1, 2, 2, 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 6, 22, 29, 33, 35, 43, Zusatzspiel: 15. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 3, 4. – Rennen B: 34, 31, 35. (Ohne Gewähr).

MOTORSPORT / Formel 1 befindet sich in der Zwickmühle – WELT-Analyse zur Situation vor dem Grand Prix von Kyalami: Wer startet und wer nicht

Prost nicht nach Südafrika, um Weltmeister zu werden?

KLAUS BLUME, Bonn

„Zwei Finger breit fehlen Alain Prost noch zum Weltmeistertitel, doch der Weg dazu führt nur über Südafrika", schrieb gestern die in Paris erscheinende Zeitung „Libération". Zur Situation: Der Franzose Alain Prost führt nach dem Formel-1-Rennen von Belgien in der Weltmeisterschaftswertung mit 16 Punkten Vorsprung vor dem Italiener Michele Alboreto. Noch drei Rennen stehen nun aus: Am 6. Oktober in Brands Hatch (Grand Prix von England), am 19. Oktober in Kyalami (Grand Prix von Südafrika) und am 3. November in Adelaide (Grand Prix von Australien).

Würde das Rennen in Südafrika abgesagt, wären Prosts Chancen, erster französischer Formel-1-Weltmeister zu werden, überaus günstig. Wenn Prost bereits in Brands Hatch zwei Punkte mehr erreicht als Alboreto, wäre sie geradezu ideal: Dann wäre er nämlich vorzeitig Weltmeister und die Rennen von Südafrika und Australien nur noch von untergeordneter Bedeutung.

Ob der Grand Prix von Südafrika überhaupt stattfinden kann, und wenn, ob er gewertet wird, das ist fraglich. Auch dann, wenn der internationale Automobil-Sportverband FISA anderer Meinung ist und wenn den Fahrern mit Sanktionen gedroht wird, die nicht fahren wollen oder gar nicht fahren dürfen. Wie die Situation in der Drei-Klassen-Gesellschaft der Formel 1 – Top-Teams, Mittelklasse, Unterklasse – derzeit aussieht, wer nach Südafrika gehen kann und wer nicht, das listet die WELT auf:

Top-Teams, McLaren-Porsche: Die französische Regierung hat an die französischen Teams und Fahrer appelliert, nicht in Südafrika zu starten. McLaren-Star Alain Prost ist Franzose. Wenn es notwendig sein sollte, nach Südafrika zu gehen, wird er es tun: Prost will Weltmeister werden. Teamkollege Niki Lauda wird sich nach seinem Unfall in Belgien vorerst nicht mehr in einen Rennwagen setzen. Sponsor Mansour Ojjih: „Er kommt erst in zwei, drei Jahren wieder."

Ferrari: Nur Michele Alboreto wird am Start sein. Der Schwede Stefan Johansson wird dem Aufruf seiner Regierung folgen und daheim bleiben.

Brabham: Weil der Brasilianer Nelson Piquet entsprechend einem brasilianischen Dekret nicht in Südafrika fahren darf, wird nur der Schweizer Marc Surer dabeisein. Teamchef Ecclestone erwägt aber, gerade in Südafrika anstelle Piquets den farbigen Amerikaner Willi T. Ribbs einzusetzen, der schon im vorigen Winter in Kyalami Testfahrten für Brabham absolvieren sollte.

Williams: Teamchef Frank Williams will sich als ehemaliger britischer Geheimdienst-Offizier strikt daran halten, was ihm die Regierung in London vorschlägt. Das gilt auch für seinen zweiten Fahrer, den Engländer Nigel Mansell. Seine Nummer eins, der finnische Ex-Weltmeister Keke Rosberg, wird in Südafrika nicht dabeisein.

Lotus: Weil der französische Staatskonzern Renault nicht in Südafrika starten wird, kann auch der Renault-Service dort nicht arbeiten. Lotus, mit Renault-Motoren bestückt, ist aber darauf angewiesen. Der brasilianische Lotus-Fahrer Ayrton Senna (Sieger in Portugal und Belgien) wird nicht starten.

Von den zweitklassigen Teams Tyrrell, Alfa Romeo, Toleman, Arrows, Renault und Ligier werden die beiden französischen Rennställe und Tyrrell in Südafrika fehlen. Renault, der Staatskonzern, wurde dazu von Sportminister Calmat verpflichtet. Guy Ligier wiederum ist ein enger Freund des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand. Er will ihn nun bitten, in Südafrika starten zu dürfen, um Verlusten von rund 300 000 Mark vorzubeugen, die sonst entstehen würden. Die Sache hat nur einen Haken: Bisher hat Mitterrand für Guy Ligier kraft seines Amtes und Einflusses stets alles getan, um dessen kränkelnden Rennstall am Leben zu erhalten. Nun wäre also Ligier an der Reihe, um sich erkenntlich zu zeigen. – Im Falle Tyrrell ist ein Start hinfällig, weil Motorenlieferant Renault in Südafrika nicht antritt.

Bei den unterklassigen Teams RAM, Osella, Minardi, Force-Lola und Zakspeed spielen politische Erwägungen im Hinblick auf das Rennen in Südafrika keine Rolle. Zakspeed wird fehlen, weil noch keine Übersee-Starts geplant sind. Die Budgets von Osella und RAM wiederum sind fast erschöpft, der Südafrika-Trip in Frage gestellt. Für Force-Lola mit dem amerikanischen Sponsor Beatrice-Food ist Südafrika nur dann von Wert, wenn auch weltweit im Fernsehen übertragen wird.

Nach der jetzigen Situation kann das Rennen in Kyalami allenfalls mit zwölf, vielleicht auch nur mit neun Autos stattfinden. Die FISA will auch dann starten. Allerdings drohen dem Rennen dann andere Gefahren. Formel-1-Veranstaltungen leiden nämlich in letzter Zeit – wie der Große Preis von Belgien – unter Zuschauerschwund. Man ist deshalb mehr denn je auf die weltweite Übertragung durch das Fernsehen angewiesen, um die Sponsoren ins günstigste Bild zu setzen. Die Trefferquote ist dabei noch immer hoch: Rund 800 Millionen Zuschauer verfolgen via Bildschirm die größte Show der Welt, was der Konstrukteursvereinigung FOCA jeweils 15 Millionen Mark einbringt. Doch wer überträgt ein Rumpfrennen aus Südafrika?

GOLF / Dank Langer Siegesserie der Amerikaner im Ryder-Cup gestoppt



Zwölf strahlende Sieger: Das europäische Ryder-Cup-Team mit der Trophäe. Zweiter von links ist Bernhard Langer, der wesentlich zum Sieg beitrug FOTO: AP

Jacklin jubelte mit Tränen in den Augen: „Wir schrieben Geschichte"

sid, **Sutton Coldfield**

Bernhard Langer reckte seine linke Hand in den Himmel, lächelte breit und nahm die Ovationen der 50 000 Zuschauer entgegen. Ein fulminanter erster Schlag am 14. Loch, der nur um Millimeter sein Ziel verfehlte, war ein wichtiger Baustein zu einem historischen Sieg: Der 28 Jahre alte Anhausener lochte im Aufeinandertreffen gegen Hal Sutton mit dem zweiten Schlag problemlos ein und verhalf im britischen Sutton Coldfield damit Europas Golfern im 26. Ryder-Cup zu einem 16,5:11,5-Erfolg über die Profis der USA. Später jubelte Bernhard Langer: „Einmal mußten wir es doch schaffen." Skeptisch gewesen waren sie dennoch bis zum Schluß. Der europäische Team-Kapitän Tony Jacklin meinte: „Golf ist eine verrückte Sache, da muß man bis zum letzten Ball zittern."

In einer Saison der Demütigungen gab es nach den Triumphen von Langer (Masters) und dem Briten Sandy Lyle (British Open) eine weitere bittere Niederlage für das erfolgsverwöhnte US-Golf.

Es war erst der vierte Ryder-Sieg der Europäer – bis 1979 bestand das Team der „Alten Welt" ausschließlich aus Briten und Iren –, seitdem der Weizenhändler Samuel Ryder 1927 die Trophäe gestiftet hatte, und der erste seit 1957. „Wir haben Golfgeschichte geschrieben", jubelte der europäische Teamkapitän Tony Jacklin, Tränen in den Augen, „die Jungens haben sich wirklich toll geschlagen." Und er bespritzte in Siegerlaune sein Team mit Champagner.

„Die Jungens", das waren die zwölf besten Golfer Europas, nominiert nach der Geldrangliste, die wie immer ohne einen Pfennig Honorar gegen die Stars von Übersee antraten. Wie immer auch nach dem Lochspiel-Modus, im Kampf Mann gegen Mann oder Paar gegen Paar, in dem die Zahl der gewonnenen Löcher, nicht die Anzahl der Schläge zählt. „Es ist allein eine Ehre, hier mitzuspielen, der Sieg ist aber unbeschreiblich", strahlte Bernhard Langer, der bei diesem alle zwei Jahre stattfindenden Vergleichskampf bereits 1981 und 1983 dabei war. „Ich denke, daß ich auch einen guten Teil dazu beigetragen habe. Zumindest im letzten Spiel hat alles optimal geklappt. Schade nur, daß ich kein As geschlagen habe, das wäre die Krönung gewesen."

In der erfolgreichsten Saison seiner Karriere gewann der blondschöpfige Bayer in Sutton Coldfield zwei seiner fünf Spiele, siegte gegen Sutton sowie mit dem Briten Ken Brown gegen die US-Profis Ray Floyd und Lanny Wadkins, spielte zweimal unentschieden und verlor nur ein Match an der Seite des formschwachen Briten Nick Faldo. Vor allem die Spanier bildeten den Rückhalt der europäischen Mannschaft, wobei José-Maria Canizares als einziger Spieler ohne Niederlage blieb.

Die Amerikaner zeigten sich als schlechte Verlierer. „Eigentlich haben die Zuschauer hier einen Ruf als faire Sportsleute", beklagte sich Hal Sutton, „davon habe ich hier nichts gemerkt. Die Fans waren unmöglich und haben uns ständig verbal angegriffen." Der amerikanische Team-Kapitän Lee Trevino schwächte allerdings ab: „Die Spieler haben gewußt, was sie erwartet. Als Profi muß man damit fertig werden."

STAND ● PUNKT

Steve Ovetts Zweitauflage

Es war am letzten Freitag im August. Steve Ovett, einst umjubelter Weltstar der internationalen Leichtathletik, stand in der Lobby des Brüsseler Hotels „Hyatt Regency", unbehelligt und mit suchendem Blick. Da war niemand mehr, der ihm den roten Teppich zum Einlaufplatz ausrollte. Sein Auftritt im Stadion war entsprechend: Unbemerkt im Pulk laufend, erreichte er das Ziel. Schweißüberströmt, mit kalkweißem Gesicht, ausgepumpt.

Steve Ovett am Ende?

So schnell läßt sich der 30jährige aus Brighton nicht unterkriegen. Am Sonntag gewann Ovett in der Londoner Innenstadt die Westminster-Meile, ein Straßenrennen über 1609 Meter, mit gehörigem Vorsprung vor dem Star dieses Sommers, Weltrekordler Steve Cram.

Dem war die Niederlage Fingerzeig genug – auch wenn die Saison nun zu Ende ist. Gegen Ovett so klar zu verlieren, das müsse man ernst nehmen, sagte der Weltmeister. Deshalb werde er auch nicht, wie geplant, in den Urlaub gehen, sondern unverzüglich mit dem Wintertraining beginnen. „Denn Ovett", so Cram, „ist immer noch ein hungriger Mann."

Und Ovett? Der erinnerte sich an seine Glanzzeiten vor Jahren, als er Rekord auf Rekord lief und gemeinsam mit Sebastian Coe die Gagen in schwindelerregende Höhen trieb. „Das war es mal wieder, wie immer", beschied er die Reporter.

Doch dann sprach er davon, im nächsten Jahr große Ziele anzupeilen, bei den Commonwealth-Spielen in Edinburgh und den Europameisterschaften in Stuttgart.

Das entschlüpfte ihm nicht nur in der Euphorie der Stunde, das hatte Hand und Fuß. Denn Steve Ovett, der große Meilenläufer, hat noch eine zweite Karriere im Sinn: die als Langstreckler. Dafür haben ihm die Ärzte nun grünes Licht gegeben, und seit Sonntag läuft der Countdown.

Auch für die Zweitauflage seines erfolgreichen Buches „Ovett", die nun erscheint. Wer wollte das nicht lesen? Schließlich nähert er sich laufend dem Ziel, zur laufenden Legende zu werden.

K. Bl.

FUSSBALL / Heute schon Start im Europapokal

Uerdinger Betriebsausflug mit Frauen nach Malta

dpa/sid, **Düsseldorf**

Die sechs Bundesliga-Klubs stehen in dieser Saison in den drei europäischen Pokal-Wettbewerben besonders unter Erfolgszwang. Im UEFA-Wettbewerb droht eine Reduzierung der Zahl deutscher Teilnehmer, wenn der 1. FC Köln, Borussia Mönchengladbach, Werder Bremen und der Hamburger SV frühzeitig ausscheiden sollten. Hier gilt es, den ramponierten Ruf der vergangenen Jahre wieder aufzupolieren.

Nicht nur sportlich gilt es für den europäischen Fußball, wieder zu neuem Ansehen zu gelangen. Die Toten von Brüssel mahnen nämlich immer noch, obwohl das Spektakel Europapokal weitergeht. Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hofft, daß alle Beteiligten aus den schrecklichen Vorfällen beim Landesmeister-Finale Juventus Turin gegen den FC Liverpool am 29. Mai dieses Jahres gelernt haben. So geht dem Veranstalter die Sicherheit in dieser Saison über alles. In erster Linie sind die Klubs von der UEFA für die erste Runde heute und morgen angewiesen worden, den Alkohol-Ausschank in den Stadien restlos zu unterbinden.

Englands Vereine bleiben wegen der Ausschreitungen der Liverpool-Anhänger in Belgien erstmals Zuschauer. Mindestens zwei Jahre soll die Sperre dauern. Nicht wenige bedauern dies, denn dadurch hat der Wettbewerb an Attraktivität verloren.

● Für den deutschen Pokalsieger Bayer Uerdingen wird seine Europacup-Premiere beim FC Zurrieq auf Malta heute nachmittag zu einer Art Betriebsausflug. Mit der Mannschaft flogen auch die Frauen der Spieler und Honoratioren der Stadt auf Kosten des Klubs mit. „Die erste Runde werden wir mit einem Minus abschließen", meint Manager Reinhard Roder. So wird schon fest mit der zweiten Runde gerechnet. Trainer Feldkamp, der nur auf den immer noch verletzten Raschid verzichten muß, erklärte: „Wir müssen einfach weiterkommen."

● Schwerer wird die erste Runde für Meister Bayern München, der bei Gornik Hindenburg (Zabrze) antreten muß – einem Team, das allein sieben Spieler der polnischen Nationalmannschaft stellt, die sich vor einer Woche durch ein 0:0 gegen Belgien die Weltmeisterschafts-Teilnahme in Mexiko sicherte. Trainer Udo Lattek kann morgen vermutlich auch den Dänen Sören Lerby einsetzen.

● Die Verantwortlichen des Hamburger Sportvereins grübeln vor dem UEFA-Cup-Start morgen abend bei Sparta Rotterdam über die schier unerklärliche Sturm-Schwäche in Auswärtsspielen. Lediglich Mittelfeldspieler Wolfgang Rolff schoß bislang ein Tor auf gegnerischem Platz. Trotz der fehlenden Durchschlagskraft des Angriffs in fremden Stadien setzt Trainer Ernst Happel auf Offensive: „Ich halte nichts davon, beim Gegner knapp zu verlieren, um dann zu Hause alles klarzumachen."

● Der 1. FC Köln muß sein Heimspiel gegen den spanischen Tabellen*dritten Sporting Gijon morgen ohne* Torjäger Klaus Allofs und Verteidiger Dieter Prestin bestreiten. Prestin erlitt im Bundesligaspiel gegen München eine Knieverletzung und fällt für drei Wochen aus. Allofs hat seinen Muskelfaserriß zwar auskuriert, sein Einsatz erscheint Trainer Hannes Löhr aber noch zu riskant. Damit bleiben Kölns Sorgen unvermindert groß. An Einnahmen aus dem Europapokal sind bereits 800 000 Mark einkalkuliert – dafür müßte die Mannschaft *mindestens* die dritte Runde erreichen.

● In ihrem 99. Spiel in einem europäischen Wettbewerb möchte sich Borussia Mönchengladbach am Mittwoch gegen die Gäste von Lech Posen ein Torpolster zulegen. „Wir legen ein 2:0 vor – mindestens", behauptete Mittelfeldspieler Uwe Rahn. Doch auch Trainer Jupp Heynckes plagen Personalprobleme. Neben den verletzten Krauss, Hannes und Frontzeck fällt vielleicht noch Stürmer *Hans-Jörg Criens aus*, der eine Bänderdehnung am Knöchel erlitt.

● Bei Werder Bremen war vor dem Hinspiel der ersten Runde am Mittwoch weniger vom Gegner Tschernomorets Odessa als vielmehr von Anreise und Unterkunft am Schwarzen Meer die Rede. Die gecharterte Aeroflot-Maschine startet nicht, wie vorgesehen, von Bremen, sondern von Hannover, und von dem fest gebuchten Hotel in Odessa wurden die Bremer in eine bessere Jugendherberge umquartiert.



Honeckers Vorschlag „nicht akzeptabel“

● Fortsetzung von Seite 1

Abrüstung“ gewürdigt. Interessant ist der Absatz, in dem auf die Zielsetzung des Honecker-Schreibens an den Bundeskanzler hingewiesen wird: „Mit dem Brief Erich Honeckers an Bundeskanzler Helmut Kohl ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland direkt angesprochen. Damit wird die Kernfrage der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten berührt. Als Kernfrage bezeichnen manche Bonner Politiker die sogenannten menschlichen Erleichterungen. Was aber bringt den Menschen die größte Erleichterung? Aus Geschichte und Gegenwart ergibt sich, daß die alles übergreifende Frage die Sicherheit des Friedens und der konkrete Beitrag der beiden deutschen Fragen hierzu ist. Ein gefestigter Frieden, eine Rückkehr zur Entspannung würde alle Menschen vom schrecklichen Alpdruck der Kriegsgefahr befreien und sie aufatmen lassen.“

Der Text der jüngsten „DDR“-Veröffentlichung zeigt, daß die SED-Spitze nicht auf die menschlichen Probleme in dem geteilten Deutschland eingehen, dafür aber konkret die Frage der C-Waffen zum zentralen Punkt im Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin hochstilisieren möchte. Dabei wird auch auf Ängste und Empfindlichkeiten im Westen Deutschlands gesetzt. So heißt es in dem Kommentar: „Wie in Washington verlautet, bereiten die USA zunächst im geheimen einen neuen NATO-Nachrüstungsbeschluß vor, dieses Mal zur Einführung zur neuen binären chemischen Waffen.“

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, erklärte, die Vorschläge der „DDR“ und der Tschechoslowakei seien „nicht akzeptabel“. Eine chemiewaffenfreie Zone würde keine zusätzliche Sicherheit bringen, sondern zusätzliche Probleme bei der Frage der Überprüfbarkeit aufwerfen und damit die Genfer Verhandlungen über ein weltweites überprüfbares Verbot chemischer Waffen unterlaufen. Es sei ein „einmaliger und erstaunlicher Vorgang“, daß der Bundesregierung offiziell Vorschläge vorgelegt würden, die in ähnlicher Form bereits als Vereinbarungen zwischen der SPD und der SED veröffentlicht worden seien.

Deng entfernt Gegner aus der Parteispitze

Politbüro fast halbiert / 131 Altfunktionäre müssen gehen

DW. Peking

Chinas einflußreichster Politiker Deng Xiaoping hat schon vor der *morgen beginnenden nationalen Delegiertenkonferenz* der KP Chinas einen bedeutenden politischen Sieg errungen und sich dabei einer Reihe von hartnäckigen Gegnern seines pragmatischen Reformkurses in der Parteispitze entledigt. Wie die amtliche *Nachrichtenagentur Xinhua* meldete, akzeptierte das Zentralkomitee der Partei gestern auf einer Plenarsitzung in Peking die schriftlichen Rücktrittsgesuche von 131 Mitgliedern und Kandidaten des 1982 gewählten ZK sowie zugeordneter *Kommissionen. Unter den Ausscheidenden* befinden sich zehn Mitglieder des Politbüros – fast die Hälfte des 24 Personen umfassenden obersten Führungsgremiums der Partei.

Prominentestes Opfer ist der seit Jahren schwerkranke Marschall Ye Jianying (88). Überhaupt ist mit insgesamt drei Marschällen und drei anderen Militärs im Generalsrang die alte Garde der Streitkräfte, die dem Reformkurs Dengs skeptisch bis ablehnend gegenüber stand, von dem Revirement am stärksten betroffen. Unter den abtretenden Mitgliedern des Politbüros sind außer Ye auch die Marschälle Xu Xiangqian und Nie Rongzhen sowie die Generäle Li Desheng, Wei Guoqing und Zhang Tingfa. Das Ausscheiden der Generäle Li (69) und Zhang (67) zeigt, daß nicht nur das Alter den Ausschlag gab. Denn General Yang Shangkun behält seinen Sitz im Politbüro, obwohl er wie Deng schon 81 Jahre alt ist. Yang gehört zu den getreuen Anhängern Dengs im Zentralen Militärausschuß der Partei, dessen Vorsitz Deng sich als einziges offizielles Amt vorbehalten hat. Der Rücktritt des Generals Zhang Tingfa gab Parteikennern Rätsel auf: Mit „nur“ 67 Jahren galt er in Peking als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Verteidigungsminister Zhang Aiping. Dieser gehört zu den zurückgetretenen ZK-*Mitgliedern wie auch der Oberkommandierende* der Marine, Liu Huaqing. „Deng hat offenbar bekommen, was er wollte – er ist all die alten Streitrösser losgeworden“, sagte ein westlicher Diplomat.

Sein Parteiamt abgeben mußte auch der stellvertretende Staatspräsident Ulanhu: Der 79jährige Mongole war der einzige Vertreter einer ethnischen Minderheit im Politbüro. Die als Widersacherin Dengs geltende Witwe des früheren Ministerpräsidenten *Zhou Enlai*, die 81jährige Deng Yingchao, tritt ebenfalls ab. Außerdem stellen 37 Mitglieder der von Deng geleiteten Beraterkommission und 30 Mitglieder des Partei-Kontrollausschusses ihre Ämter zur Verfügung.

Politische Beobachter sehen in der überraschend hohen Zahl ausscheidender Spitzenfunktionäre des Politbüros im Alter zwischen 69 und 88 Jahren einen weiteren Beweis dafür, daß die Machtstellung des Triumvirats von Deng, Parteichef Hu Yaobang und *Ministerpräsident Zhao Ziyang*, die 1978 die Politik der wirtschaftlichen Modernisierung und der Öffnung nach Westen eingeleitet hatten, kaum noch angefochten wird. Die Entfernung von 64 der 344 Mitglieder und Kandidaten des ZK ebnet Deng den Weg, die freigewordenen Posten mit jüngeren Politikern seines Vertrauens zu besetzen.

Marschall Ye, das älteste Mitglied der Führung, wird von vielen Beobachtern als Integrationsfigur für die Gegner Dengs eingeschätzt. Der Sohn eines reichen Kaufmanns, der seine Jugend teilweise in Singapur verbrachte, absolvierte eine chinesische Militärakademie und vervollkommnete seine militärische Ausbildung in der Sowjetunion, in Frankreich und in Deutschland. Im Jahr 1935 organisierte der Militärtaktiker Ye gemeinsam mit dem Oberbefehlshaber Zhu De den legendären „Langen Marsch“ der Roten Armee Mao Zedongs, der die Kommunisten aus der Umklammerung der von Tschiang Kaischek geführten Nationalisten 10 000 Kilometer weit nach Norden führte. Im Zweiten Weltkrieg bekämpfte Ye als Stabschef die Japaner und diente später als Verbindungsoffizier zu Nationalchinesen und Amerikanern. In den 70er Jahren war Marschall Ye Verteidigungsminister und amtierte zwischen 1978 und *1983 als* Parlamentspräsident und damit faktisch als Staatsoberhaupt.

Auf der Parteikonferenz, zu der morgen rund tausend Delegierte in Peking zusammentreten, sollen die personellen Veränderungen in den Führungsgremien der Partei gebilligt werden. Die Konferenz soll auch die Richtlinien für den siebten Fünfjahresplan (1986 bis 1990) verabschieden.

Gorbatschow tritt als „starker Führer“ auf

25 britische Staatsangehörige aus der UdSSR ausgewiesen

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Das ihm vom Westen voreilig auf*geklebte Etikett von* „Liberalismus“ und „Auflockerung“ gab ein falsches Bild: Der sowjetische KP-Chef Michail Gorbatschow trat jetzt mit kompromißloser Härte auf, als er am Wochenende die Ausweisung von 25 britischen Staatsangehörigen aus der Sowjetunion anordnete. Er reagierte damit spiegelgleich auf die Aktion der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die 25 enttarnte sowjetische Spione aus Großbritannien auswies. Ausgelöst wurde diese Aktion, nachdem der angebliche Chef der KGB-Residentur in London, Botschaftsrat Oleg Gordijewski (46), übergelaufen war.

Erstaunen und Befremden hat dieser rigorose Gegenschlag bei den westlichen Diplomaten in Moskau ausgelöst. Zwar war man auf sowjetische Gegenmaßnahmen gefaßt gewesen, doch hatte man sie weder in diesem Ausmaß noch in dieser Schnelligkeit erwartet. Gorbatschow übertrifft mit dieser Aktion noch den einst so gestrengen Parteichef Andropow. Als 1983 der französische Präsident Mitterrand 47 sowjetische Spione des Landes verwies, verzichtete dieser nämlich auf „Vergeltungsmaßnahmen“ mit dem Hinweis, die Beziehungen zu Paris nicht gefährden zu wollen. Und selbst 1971 bei der spektakulären Ausweisung von 105 Sowjets aus Großbritannien reagierte Moskau seinerzeit im Gegenzug „nur“ mit der Ausweisung von 18 britischen Staatsangehörigen. Um so ernüchternder wirkt nun die Handlungsweise Gorbatschows. In informierten westlichen Kreisen sieht man seine heftige Reaktion im Zusammenhang mit dem anstehenden Gipfeltreffen mit US-Präsident Reagan. Der KP-Chef will als „starker“ Führer einer östlichen Großmacht auftreten, der keine Prestigeverluste zu akzeptieren bereit ist.

Am Wochenende wurde der britische Botschafter in Moskau, Sir Bryan Cartlege, ins sowjetische Außenministerium zitiert. Dort teilte man ihm mit, daß 18 Angestellte seiner *Botschaft, darunter elf Diplomaten* sowie fünf britische Korrespondenten und zwei Firmenvertreter wegen einer „mit ihrem Status unvereinbaren“ Tätigkeit die Sowjetunion verlassen müssen. Damit reagierten die *Sowjets auf das britische Vorgehen*, und zwar nicht nur in der Anzahl und der für die Ausreise gestellten Frist von drei Wochen, sondern auch mit der benutzten Standardformel, mit der landläufig Spionagetätigkeit umschrieben wird. Der britische Botschafter protestierte heftig, verurteilte das sowjetische Vorgehen als „völlig ungerechtfertigten und nachtragenden Akt der Vergeltung“. Doch die Sowjetunion zeigt sich kühl, gibt sich wenig Mühe, diese Maßnahmen *als reinen Vergeltungsakt zu* kaschieren. In der Sonntag-Ausgabe der „Prawda“ hieß es lakonisch unter der Überschrift „Im Außenministerium der UdSSR“, man habe den britischen Botschafter darauf hingewiesen, daß auf britischer Seite die Verantwortung für die negativen Folgen dieser Aktion läge. Und weiter: „Die Provokation gegen eine Reihe von sowjetischen Repräsentanten in Großbritannien, gegen die böswillige Beschuldigungen vorgebracht wurden und die des Landes verwiesen wurden“, diese Provokation verfolge „nur ein Ziel, die Atmosphäre der sowjetisch-britischen Beziehungen zu vergiften“ und trage politischen Charakter. Im übrigen, so heißt es weiter, habe „man schon mehrmals auf die unerlaubte Tätigkeit britischer Repräsentanten in der UdSSR hingewiesen und Maßnahmen angedroht. Aber die Tatsachen zeigen, daß diese ihre Tätigkeit fortgesetzt haben.“

Niemand rechnet nach den jüngsten Vorfällen derzeit in Moskau noch damit, daß der neue sowjetische Außenminister Edward Schewardnadse noch in diesem Jahr nach London reisen wird. Er wollte einer Einladung folgen, die sein Vorgänger Andrej Gromyko im vergangenen Jahr angenommen hatte. Als erste Konsequenz aus diesem getrübten Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Großbritannien hat der Schottland-Minister George Younger jetzt seine Teilnahme an der Reise einer Handelsdelegation in die sowjetische Hauptstadt abgesagt.

Alfonsin: Argentinien wird Schulden zahlen

Gedanken an Moratorium abgelehnt / Vortrag beim DIHT

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg kann nach *Ansicht des argentinischen Staatspräsidenten* Raúl Alfonsin als Beispiel für die Bewältigung der tiefgreifenden Wirtschafts- und Strukturkrise nicht nur in seinem Land, sondern in ganz Lateinamerika dienen. Bei der Begrüßung durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu Beginn eines dreitägigen Staatsbesuches sagte Alfonsin gestern in Bonn, der „Wohlstand, den Europa erreicht hat, geriet jenen zum Vorteil, und nicht etwa zum Nachteil, die dazu beigetragen haben, ihn zu erreichen“. Man müsse sich fragen: „Warum kann das nicht auch für den Wohlstand gelten, den Lateinamerika zu erreichen in der Lage wäre?“

In einer Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) zeichnete der argentinische Präsident ein schonungsloses *Bild* der in den Jahren der Militärdiktatur zerrütteten Volkswirtschaft seines Landes. Alfonsin erinnerte daran, daß es erste Aufgabe gewesen sei, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte von Grund auf wiederherzustellen. „Der *uneingeschränkte Versuch der Wiederaufwertung* würde von einem Volk, das trotz all des Erlittenen seine moralischen und geistigen Fähigkeiten und seine Begeisterung für ein friedliches, demokratisches und zivilisiertes Zusammenleben sich bewahrt hatte, *begeistert aufgenommen*.“

Mit dem im Juni begonnenen Wirtschaftsplan versuche Argentinien nun, die Voraussetzungen zu schaffen, um seinen auswärtigen Verpflichtungen nachkommen zu können, *die sich derzeit auf rund 48 Milliarden* Dollar beliefen. Zwar sei die Auslandsschuld das Hauptproblem seines Landes, es „spiegelt aber nicht den gesamten Umfang der argentinischen Notsituation wider“. Das Wirtschaftswachstum Argentiniens in den 60er Jahren sei im folgenden Jahrzehnt unterbrochen worden. 1984 sei das Bruttoinlandsprodukt auf den Stand von 1974 gesunken.

Argentinien sei entschlossen, seinen Auslandsverpflichtungen nachzukommen, sagte Alfonsin und erteilte damit allen von anderen lateinamerikanischen Politikern geäußerten Absichten eine Abfuhr, die Schuldenrückzahlung auszusetzen oder gar ganz zu streichen. Diese Tilgung sei aber nur möglich, wenn die Exportkapazität ausgeweitet werde, um die notwendigen Devisen zu erwirtschaften.

Die heutige Verschuldung der lateinamerikanischen Länder könne nicht allein diesen Staaten angelastet werden, sie beruhe auf Vorgängen in der Vergangenheit, die sowohl von den Schuldnern als auch von den Gläubigern zu verantworten seien. Er gehe deshalb davon aus, daß „sowohl die Lösung des Schuldenproblems als auch die des wirtschaftlichen Wachstums“ durch „gemeinsame Verantwortung“ herbeigeführt werden müsse. Dazu gehöre unter anderem, „daß die Gläubigerländer Handelsdefizite akzeptieren, um unseren Produkten Zugang zu ihren Märkten zu verschaffen“. Ohne die Europäische Gemeinschaft direkt zu nennen fügte Alfonsin hinzu, eine Bewältigung dieses Problems sei ohne Aufhebung der „protektionistischen Handelspraktiken nicht möglich“.

Der Präsident, dessen Partei (UCR) in der Vergangenheit stets die Rolle des Staates in der Wirtschaft betont hatte, machte deutlich, daß er im Rahmen des neuen Wirtschaftsplans seiner Regierung (WELT v. 16. 9.) den privaten Investitionen Vorrang vor den öffentlichen einzuräumen gedenke. In Argentinien hätten in den vergangenen Jahren staatliche Investitionen die privaten Investoren ersetzt. Er sei entschlossen, dieses Verhältnis „umzukehren“. Ausländische Investitionen seien für den Technologietransfer und die Erweiterung der Exportkapazität von immenser Bedeutung. Seine Regierung werde daher die „gegenwärtige Politik beibehalten, keinen Unterschied zwischen Unternehmen mit nationalem oder ausländischem *Kapital zu* machen“.

Heute kommt Alfonsin mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich *Genscher, Finanzminister Gerhard* Stoltenberg, Wirtschaftsminister Martin Bangemann und dem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Warnke sowie mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt zusammen. Vor seinem Abflug am Mittwoch wird Alfonsin ein längeres Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl führen.

Heilige Kuh

J. Sch. (Paris) – Aus den Tarifverträgen ist die Preis-Lohn-Indexierung inzwischen auch in Frankreich verschwunden. Seit zwei Jahren richten sich die Lohnerhöhungen grundsätzlich nach den Preis-Stabilisierungszielen der Regierung. Da sie nicht ganz erreicht wurden, verblieben Kaufkraftverluste. Dies hat wesentlich zur Verminderung der Inflationsrate beigetragen.

Der gesetzlich garantierte Mindestlohn, der „Smic", ist dagegen auch real weiter gestiegen. Früher wurde er als garantierte unterste Grenze alle drei Monate der Inflation automatisch angepaßt. Dazu kommt seit Anfang 1970 ein im Ermessen der Regierung stehender „Wachstumszuschlag", der auch meist verteilt wurde.

Den Smic von derzeit 26 Franc je Stunde (8,50 DM), der für etwa 1,6 Millionen Arbeitnehmer der effektive Lohn ist, will jetzt der Arbeitgeberverband (Patronat) weitgehend entschärfen, ohne ihn aber formell zu beseitigen. Seine Forderung heißt: keine Intervention des Staates, Aufhebung der Indexierung und flexible tarifvertragliche Anwendung entsprechend den Unternehmensergebnissen.

Die Regierung dagegen will am Smic „nicht rühren", hat Premierminister Fabius ausdrücklich bekundet. Allerdings hat auch sie schon für Teilzeit- und Jugendbeschäftigung unter dem Smic liegende Löhne zugelassen. Seine weitere Durchlöcherung sollte also möglich sein – falls die Gewerkschaften von der Vorstellung abrücken, daß der Smic eine „Heilige Kuh" ist.

Messe nach Maß

dos. – Die Europäische Werkzeugmaschinen-Ausstellung EMO, die heute von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber in Hannover eröffnet wird, steht unter günstigen Vorzeichen. Vor allem die deutschen Werkzeugmaschinen-Hersteller haben allen Anlaß, optimistisch zu sein. Der Grund: Die Branche, die jahrelang zu den Stiefkindern der konjunkturellen Entwicklung zählte, erlebt derzeit einen Auftragsboom. Die Bestellungen erreichen Dimensionen, die so manches Unternehmen überfordern. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß nunmehr über Kapazitätserweiterungen und Neueinstellungen nachgedacht wird. Die Gunst der Stunde – lange Lieferzeiten bei hoher Auslastung – wollen die Unternehmen zudem nutzen, um auch bei den Preisen zweifellos vorhandenen Nachholbedarf zu kompensieren. Selbst die japanische Konkurrenz, die lange Zeit als existenzbedrohend angesehen wurde, hat ihren Schrecken verloren. Vom technischen Standard her gesehen, so heißt es, seien die Japaner deutlich unterlegen. Die EMO ist der ideale Ort, um auch dafür den Beweis anzutreten.

INTERNATIONALES WÄHRUNGSSYSTEM / Vor der Jahreskonferenz des IWF

Große Sorge wegen der wachsenden Außenverschuldung Washingtons

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die wachsende Außenverschuldung der USA, deren Folgen für die übrige Welt und die davon ausgehende Gefährdung des Währungssystems werden nach Einschätzung internationaler Währungsexperten im Mittelpunkt der diesjährigen Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) stehen, die in der zweiten Oktoberwoche in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfindet. Denn in diesem Thema, so heißt es, stecke viel mehr Brisanz als in der Verschuldungsproblematik der Dritten Welt.

Die Vereinigten Staaten werden mit einem nach den jüngsten Prognosen auf gut 120 Milliarden Dollar geschätzten Leistungsbilanzdefizit in Kürze zum größten Schuldner der Welt werden. Die Finanzierung des mit dem hochdefizitären Staatshaushaltes zusammenhängenden Leistungsbilanzdefizit funktioniert zwar dank hoher US-Zinsen und des Vertrauens in die US-Wirtschaft und damit in den Dollar noch reibungslos. Doch wird es für sehr bedenklich gehalten, daß ausgerechnet die reichste westliche Industrienation ein so riesiges Volumen internationalen Kapitals von den Märkten absaugt. Den USA wird vorgeworfen, daß sie mit dieser Politik ihrer weltwirtschaftlichen Verantwortung nicht gerecht würden; zu einem Land mit so hoher Wirtschaftskraft gehöre die klassische Rolle eines Kapitalexporteurs, der auch mit Direktinvestitionen den Wohlstand in der Dritten Welt fördere.

Die internationale Kritik setzt vor allem an Washingtons defizitärer Budgetpolitik an. Denn deren Finanzierung und die des vom deficit spending angeheizten Wirtschaftsbooms war wegen unzureichender Ersparnis im Lande nur durch Rückgriff auf Auslandskapital möglich. Dadurch wurde der Dollarkurs hochgetrieben mit der Folge, daß eine Importschwemme und nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte ein riesiges Loch in die Handels- und Leistungsbilant gerissen haben.

Man schließt zwar nicht aus, daß Washington den Spieß umdreht und protektionistische Praktiken Japans und der EG- Agrarpolitik für die außenwirtschaftliche Schieflage der USA mitverantwortlich machen wird. Doch wäre dem entgegenzuhalten, daß dies mit dem Wechselkurs des Dollars als Ursache des Ungleichgewichts nichts zu tun hat. Damit würden die Europäer auch argumentieren, wenn sie von Washington zu einer expansiveren Wirtschaftpolitik mit dem Ziel eines Abbaus der Ungleuchgewichte gedrängt werden sollten.

Neben Japan steht vor allem die Bundesrepublik mit ihrem Leistungsbilanzüberschuß, der für dieses Jahr auf annähernd 40 Milliarden Mark geschätzt wird, im Rampenlicht. Unter den Ländern, die im Handel mit den USA Überschüsse erzielen, steht die Bundesrepublik jedoch erst an elfter Stelle. Im Übrigen kann sie darauf verweisen, daß ihre Wirtschaft bereits stärker wächst als die amerikanische.

Als Problem wird die zunehmende amerikanische Auslandsverschuldung unter zwei anderen Apsekten betrachtet. Einmal wegen der starken Abhängigkeit der führenden Weltwirtschaftsmacht von ausländischer Finanzierung, zum anderen wegen der Kurzfristigkeit der Auslandsschulden. Zwar hat der zeitweilige Kurssturz des Dollars von 3,47 auf 2,75 DM nicht den zuvor befürchteten Verlust des Vertrauens in die USA und ihre Währung ausgelöst und nicht den Kapitalstrom in die Vereinigten Staaten abrupt unterbrochen.

Doch dürfe man sicht nicht darauf verlassen, daß internationales Kapital auch in Zukunft unbegrenztes Vertrauen in die USA setze, wenn Washington nicht ernsthaft an die Lösung der Haushaltsprobleme, der Hauptursache für die anderen Schwierigkeiten herangehe, so warnt man in Finanzkreisen. Vor allem wegen der Kurzfristigkeit der US- Auslandsschulden sei die Gefahr einer Destabilisierung der Märkte mit negativen Folgen für das gesamte Währungssystem der westlichen Welt noch nicht gebannt.

KONJUNKTUR

Junge Unternehmer: Die Lage hat sich verbessert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik hat an Stärke gewonnen. Er strahlt auch auf den Arbeitsmarkt aus. Dies ist die Quintessenz der halbjährlichen Konjunkturumfrage des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) bei überwiegend mittelständischen Firmen.

Die kontinuierliche Verbesserung der Ertragssituation und die maßvolle Lohnentwicklung führen nach Meinung des BJU, der die Umfrage seit 1977 durchführt, dazu, daß die jetzige Konjunktur zwar flacher als früher verläuft, jedoch länger anhält. „Der Aufschwung ist nicht in die Jahre gekommen", betonte Günter Jucho, der BJU-Bundesvorsitzende. 26,3 Prozent der befragten Unternehmer wollen ihre Belegschaft ausweiten. Nur 14,8 Prozent würden eine Verringerung erwägen.

Der Auslastungsgrad der Kapazitäten sei rasant gestiegen. Vor zwölf Monaten habe er bei nur 82,8 Prozent, vor sechs Monaten bei 84,6 Prozent gelegen. Jetzt belaufe er sich auf 88 Prozent. Daher planten knapp 30 Prozent der Befragten eine Ausweitung ihrer Investitionen. Nicht mehr Rationalisierungen stünden im Vordergrund, sondern Kapazitätserweiterungen (25,4 Prozent). Vor einem halben Jahr waren es 18,6 Prozent.

Heute rechneten 26,1 Prozent der befragten Unternehmer mit weiteren Gewinnsteigerungen, nur mehr 18 Prozent mit Rückgängen. Vor einem halben Jahr hätten noch die pessimistischen Einschätzungen überwogen. Der Verband erwartet, daß der positive Trend auch über die nächsten sechs Monate anhalten wird.

Daß sich die Entwicklung nicht stärker auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat, führt Jucho darauf zurück, daß wegen der verkrusteten Strukturen auf dem Arbeitsmarkt der Wille zu Neueinstellungen gebremst werde. Als Relikt wertet der Verband die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Da sie Neueinstellungen verhinderten, sollte der Arbeitsminister darauf verzichten, Tarifverträge auch für nicht organisierte Unternehmen und Arbeitnehmer als verbindlich zu erklären. Habe es 1968 nur 173 solcher Verträge gegeben, so seien es 1984 schon 577 gewesen. Zwar sei dieser Anteil an der Gesamtzahl der Tarifverträge nicht hoch; die praktische Bedeutung der Erklärung sei aber wesentlich größer.

Nach einer Schätzung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft würden rund 20 Prozent aller Arbeitnehmer durch solche Erklärungen in ihren Arbeitsbedingungen reglementiert. 66,5 Prozent der betroffenen Betriebe hätten sich für eine Aufhebung oder restriktive Handhabung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung ausgesprochen. Jucho: „Wir haben einen Sockel von Arbeitslosen, die sehr wohl Arbeit bei Existenzgründern und bei wachsenden Kleinunternehmen finden würden, das Tarifkartell verbietet jedoch eine Unter-Tariflohn-Einstellung."

Pazifisches Becken

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Trotz des Exportbooms der vergangenen Jahre hat sich das Schlagwort von der Vernachlässigung des Pazifischen Beckens gehalten. Sicher, es wird nicht mehr so häufig gebraucht wie noch zu Beginn der achtziger Jahre, als verstärkt über neue Absatzmärkte als Ersatz für die der Industriestaaten nachgedacht wurde, in denen der Verkauf deutscher Produkte wegen der allgemeinen Konjunkturschwäche lahmte.

Trotzdem hat sich dieses Vorurteil festgesetzt, obwohl es an einem Maßstab für eine solche Behauptung fehlt. Die Feststellung, daß die USA und Japan auf diesen Märkten, die sich in der Tat bis in das letzte Jahr hinein dynamischer als andere Räume entwickelt hatten, stärker repräsentiert sind, reicht wohl kaum. Immerhin ist die Bundesrepublik in dieser Region, die nicht vor der Haustür liegt, in der Regel die Nummer drei.

Überdies wird zunehmend gefragt, ob es überhaupt sinnvoll ist, beim Pazifischen Becken von einem einheitlichen Wirtschaftsraum zu sprechen. Es handelt sich doch um eine sehr heterogene Region. Es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Länder einmal zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenwachsen werden.

Und mit einem pazifischen Gemeinschaftsbewußtsein, von dem der japanische Ministerpräsident Nakasone vor einigen Monaten gesprochen hat, ist das auch so eine Sache. In vielen Ländern ist doch mit der verstärkten Präsenz der Japaner auch eine Aversion gegen sie einhergegangen. Seit einigen Monaten stehen die Europäer wieder höher im Kurs. Sie werden als Gegengewicht zu Japanern und Amerikanern gesehen. Die wirtschaftliche Erholung in der EG hat dazu beigetragen.

Der deutsche Warenverkehr mit diesen Ländern hat sich im vergangenen Jahr beispielsweise doppelt so dynamisch entwickelt wie der gesamte deutsche Außenhandel. Der Export nach Japan ist auch in der ersten Hälfte dieses Jahres rascher gestiegen als die Gesamtausfuhr. Die Lieferungen nach China haben sich verdoppelt.

In den Blickpunkt sind in jüngster Zeit die Asean-Staaten gerückt, zumal da über die Chancen und Risiken im Japan-Geschäft seit Jahren diskutiert und China als Sonderfall mit erheblichen Möglichkeiten behandelt wird. Überdies weisen die sechs Staaten der südostasiatischen Staatengemeinschaft eine mittelständische Wirtschaftsstruktur auf, die sich als Partner anbietet. Denn nach einer Untersuchung, die das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hatte, läßt sich in der Bundesrepublik ein zusätzliches Potential für die Zusammenarbeit im wesentlichen nur im mittelständischen Unternehmensbereich mobilisieren.

Neben den großen Entfernungen und den Sprachbarrieren kommt erschwerend hinzu, daß auch die Asean alles andere als eine Wirtschaftsgemeinschaft ist. Die Staaten wickeln nur knapp ein Viertel ihres Außenhandels untereinander ab, bei Fertigwaren ist dieses noch weniger. Es gibt noch erhebliche Handelsbarrieren, und jedes Land verfolgt seine eigene, nicht mit den anderen Partnern abgestimmte Entwicklungsstrategie.

Beim Ausbau der Beziehungen dürfte zunächst der Handel im Vordergrund stehen. Als Einstieg bietet sich die Zusammenarbeit mit einem der spezialisierten Handelshäuser an. Als nächste Stufe könnte an eine eigene Repräsentanz – in welcher Form auch immer – gedacht werden. Investitionen werden auch künftig dem Handel folgen. Sie dienen in erster Linie der Absicherung des Absatzes. Bei den deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern lag das Schwergewicht bisher auf Lateinamerika. Südostasien weist in jüngster Zeit höhere Zuwachsraten auf.

Gerade den mittelständischen Unternehmen fällt es allerdings nicht leicht, mit der Strategie der Japaner mitzuhalten. Sie haben einen längeren Atem, nehmen zum Einstieg in einen Markt Geschäfte mit, die sich nicht rechnen und sich allenfalls in einigen Jahren auszahlen. Trotzdem können sich die Erfolge deutscher Firmen auch in dieser Region sehen lassen, obwohl der deutsche Handel nun einmal sehr stark auf die EG und die anderen Industriestaaten ausgerichtet ist.

Viele Firmen haben für den Rückgang ihrer Exporte in die Opec-Staaten Ersatz in anderen Regionen gefunden. Das Japan-Syndrom ist überwunden. Die eigene Wettbewerbsfähigkeit wird nicht länger in Frage gestellt. Dazu haben sicherlich die Wechselkursentwicklungen der letzten Jahre beigetragen, aber nicht nur. Niedergeschlagen hat sich das nicht nur auf den traditionellen Märkten, sondern eben auch in Fernost. Die gegenwärtigen konjunkturellen Schwierigkeiten dieser Länder, die auch auf den Handel ausstrahlen, können das nicht verdecken.

AUF EIN WORT



„Man denkt unwillkürlich an den Begriff der mittelbaren Täterschaft, wenn man erfährt, daß das Land Nordrhein-Westfalen durch eine beabsichtigte Kürzung der Finanzzuweisung die Gemeinden dazu zwingen wird, das verlorengegangene Geld bei der Wirtschaft über die Erhöhung der Gewerbesteuer-Erhebung wieder hereinzuholen, praktisch also die Wirtschaft zu schröpfen."

Dr. Heinrich Altekamp, Hauptgeschäftsführer der IHK Münster
FOTO: DIE WELT

EG-Finanzminister beraten Haushalt

dpa/VWD, Luxemburg

Die EG-Finanzminister kommen heute in Luxemburg zusammen, um in erster Lesung über den Haushaltsentwurf der Gemeinschaft für 1986 zu beraten. Das neue Budget wird infolge des Beitritts von Spanien und Portugal ein deutlich höheres Gesamtvolumen als der Haushalt 1985 aufweisen. Der den Finanzministern vorliegende Vorentwurf der EG-Kommission sieht ein Gesamtvolumen von 35 Mrd. ECU (77,8 Mrd. DM) vor. Dies bedeutet eine Steigerung von 23 Prozent gegenüber dem Haushalt 1985. Für die alte Zehnergemeinschaft würde der Steigerungssatz nur die Hälfte betragen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Brüssel verhandelt mit sechs Ländern aus Mittelamerika

WILHELM HADLER, Brüssel

Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und sechs mittelamerikanischen Staaten (Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua, El Salvador, Panama) haben gestern in Brüssel begonnen. Es soll sich an den Vertrag mit den Asean-Staaten anlehnen und zu einer parallelen Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden regionalen Staatengruppierungen beitragen.

Über die Grundlagen des Abkommens hatten die Außenminister der EG und Zentralamerikas bereits vor einem Jahr auf einer Konferenz in Costa Rica Einigkeit erzielt. Der EG-Ministerrat hat im Juli 1985 in seinem Verhandlungsmandat für die Brüsseler Kommission den Willen zum Ausdruck gebracht, die gegenwärtige Entwicklungshilfe der Gemeinschaft „in substantieller Weise" aufzustokken und das EG-Angebot im Rahmen des Systems der allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer zu verbessern. Über die Details dieser Zusagen geht es bei den Vertragsverhandlungen.

Die mittelamerikanischen Länder wollen auf eine zahlenmäßige Festlegung der EG-Hilfe dringen. Auch im Hinblick auf die Einfuhrerleichterungen der Gemeinschaft wünschen sie sich Präzisierungen. So möchten sie sicherstellen, daß die EG die Einfuhr von Tabak, Kaffee, Kakao und Bananen begünstigt. Diese Forderung ist schwer zu erfüllen, da dadurch die privilegierten Beziehungen der Gemeinschaft mit den assoziierten Staaten in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP-Länder) gefährdet würden.

Eile ist jedenfalls geboten, denn für November ist bereits ein zweites Ministertreffen anberaumt worden. Bei dieser Gelegenheit soll das neue Abkommen möglichst unter Dach und Fach sein.

PRIVATE KRANKENVERSICHERER

Die Pflegesätze sind weniger stark gestiegen

SABINE SCHUCHART, Köln

Der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV), Köln, registriert bei den Pflegesätzen für Privatversicherte in Krankenhäusern eine Kostendämpfung. Im Zeitraum September 1984 bis August 1985 seien die Privatpflegesätze mit einem Plus von 3,2 Prozent erstmals seit 1980 geringer angestiegen als die allgemeinen Pflegesätze mit plus 4,5 Prozent, berichtete Verbandsdirektor Christoph Uleer.

Dies sei darauf zurückzuführen, daß seit Beginn dieses Jahres die Doppelzahlung von Arztkosten durch Privatpatienten dadurch eingeschränkt worden sei, daß vom Privatpflegesatz ein Arztkostenabschlag von fünf Prozent vorgenommen werde. Allerdings mutmaßt der PKV, daß einige Krankenhäuser den Abschlag bei den Plegesätzen über eine Zuschlagserhöhung für Ein- und Zweibettzimmer kompensiert haben. Mit einer Zunahme um 5,3 und 6,2 Prozent sei dieser Zuschlag im Zeitraum 1984/85 überhöht angestiegen.

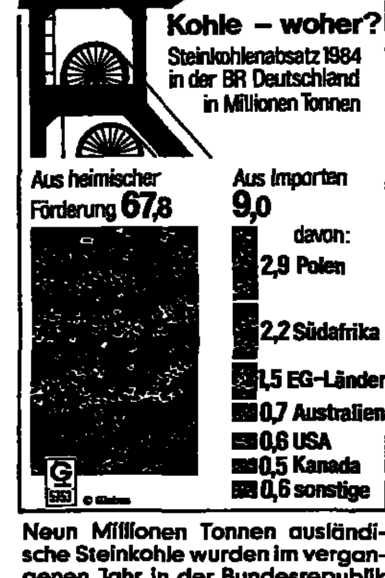
Neue Kostenschübe befürchtet der PKV, wenn die in Pflegesatzverhandlungen nicht einig gewordenen Partner in Zukunft kostenlos an die in den einzelnen Bundesländern einzurichtenden Schiedsstellen herantreten dürften und daurch der Druck zur Einigung in den Pflegesatzverhandlungen entfiele. Besonders eine Umwälzung der Verfahrenskosten auf die Mitglieder in den Schiedsstellen wäre dem Verband – er ist stimmberechtigtes, aber nicht anrufberechtigtes Mitglied in den Schiedsstellen – ein Dorn im Auge.

Nur durch eine „kräftige" Verfahrensgebühr – bestehend in einer Mindestgebühr von 10 000 Mark und 25 Mark pro Bett – seien ständige kostenaufwendige Verfahren vor den Schiedsstellen einzuschränken, erklärte Uleer. Verfahrensgebühren seien bisher aber nur in Bayern und Nordrhein-Westfalen vorgesehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hoher Auftragseingang in der Textilindustrie

Frankfurt (dpa/VWD) – Die deutsche Textilindustrie verzeichnete in den Sommermonaten einen kräftigen Auftragsanstieg vor allem aus dem Ausland. Wie der Gesamtverband der Textilindustrie in Frankfurt mitteilte, waren die Auftragseingänge im Juli um zwölf Prozent höher als vor einem Jahr. Nach Abzug der Preissteigerungen ergab sich immerhin noch ein Plus von neun Prozent. Der Wert der Bestellungen aus dem Ausland hat im Berichtsmonat um 20 Prozent und damit doppelt so stark zugenommen wie die Inlandsaufträge, die um zehn Prozent stiegen. Für die ersten sieben Monate 1985 meldete der Textilverband jedoch nur ein preisbereinigtes Auftragsplus von 1,5 Prozent. Die Produktion nahm gleichzeitig real um 0,5 Prozent zu.



Neun Millionen Tonnen ausländische Steinkohle wurden im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik abgesetzt. Davon stammte mehr als die Hälfte aus zwei politisch instabilen Ländern: aus Polen und Südafrika. Die Bezüge aus diesen Staaten stellen jedoch nur sechseinhalb Prozent des deutschen Bedarfs dar. QUELLE: GLOBUS

London begibt Anleihe

London (fu) – Die britische Regierung hat eine Anleihe in Höhe von zwei Mill. Dollar aufgenommen, um die offiziellen Wärungsreserven des Landes aufzufrischen. Mit dem auf diese Weise geliehenem Geld werden die britischen Währungsreserven auf den Stand von 1982 und damit auf rund 9,6 Mrd. Dollar gebracht. Die zwei Mrd. Dollar werden mit der Plazierung einer Anleihe mit variablem Zins am internationalen Kapitalmarkt aufgenommen.

Stabile Preise

Köln (dpa/VWD) – Mit allgemein guten Geschäftsergebnissen und einem stabilen Preisgefüge endete am Sonntag die internationale Messe Kind und Jugend in Köln. Wie die Kölner Messegesellschaft am Montag mitteilte, gab die Mehrzahl der rund 550 Aussteller aus 26 Staaten dem Verlauf der dreitägigen Messe gute Noten. Der Besuch, mehr als 10 000 Fachinteressenten aus 48 Ländern, habe sich um fünf Prozent erhöht.

IWF-Kredite für Marokko

Washington (VWD) – Der Internationale Währungsfonds hat Kredite an Marokko in Höhe von insgesamt 315 Mill. Dollar bewilligt. 115 Mill. Dollar dienen zum Ausgleich der rückläufigen Exporteinnahmen des Landes. Ein Beistandskredit über 200 Mill. Dollar wird in Raten bis 1987 ausgezahlt und soll die wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen Marokkos unterstützen. Außerdem nahm der Fonds die Pazifik-Insel Tonga als 149. Mitglied auf.

Genuß ohne Reue

Hamburg (JB) – Eine Aktion besonderer Art veranstaltet die Hanseatische Wertpapierbörse am 24. September. Während der offiziellen Börsenzeit werden an diesem Tag „Reeperbahn-Genuß-Scheine" emittiert und gehandelt. Der Erlös aus dem Handel dieser „Wertpapiere", deren Emissionspreis 20 DM beträgt, ist für die Aktion Sorgenkind bestimmt. Aufträge zum Kauf der in Mehrfabdruck hergestellten Sammlerstücke nehmen alle Hamburger Banken bis zum 23. September entgegen. Aufträge an auswärtige Institute werden sicher auch entgegengenommen und nach Hamburg weitergeleitet, meint das „Emissionskuratorium." Der „Reeperbahn-Genuß-Schein" verspreche im Gegensatz zur Hamburger Amüsiermeile Reeperbahn nicht nur viel, sondern halte es auch, heißt es im Emissionsprospekt.

OECD

Kapitalmärkte stark beansprucht

J. Sch. Paris

An den internationalen Kapitalmärkten wurden nach Angaben der OECD im August 27,9 Mrd. Dollar aufgenommen gegenüber 19,6 Mrd. im Vormonat und 14,5 Mrd. Dollar für einem Jahr. In den ersten acht Monaten nahm die Beanspruchung auf 247 (196) Mrd. Dollar zu. Das Anleiheangebot erreichte bis da hin mit 108 Mrd. Dollar schon fast das Volumen des ganzen letzten Jahres (112 Mrd. Dollar). Im August lag der Anteil der OECD-Länder an den gesamten Ausleihungen bei 74 Prozent. Sechs Länder (USA, Frankreich, Großbritannien, Schweden, Japan und Kanada) nahmen jeweils mehr als eine Mrd. Dollar auf, die Entwicklungsländer 52 Mrd. Dollar.

AUSSENHANDEL / Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann unterzeichnete Vereinbarung in Bagdad

Irak will Schulden durch Öllieferungen tilgen

dpa/VWD, Bagdad

Irak will einen Teil seiner Schulden gegenüber der Bundesrepublik mit Öl begleichen und die Bundesregierung wird beim Verkauf dieses Öls assistieren. *Darauf einigten sich Bundeswirtschaftsminister* Martin Bangemann und der irakische Industrieminister Subhi Yassin Khudair auf der dritten Tagung der deutsch-iraki*schen Wirtschaftskommission in Bagdad.* Vorerst geht es dabei um rund 280 Mill. DM, die am 1. Oktober fällig geworden wären, und die Irak auf andere Weise nicht bezahlen kann. *Hierauf sollen 1985 noch 50 Mill. DM* durch Öllieferungen abgetragen werden, im kommenden Jahr weitere 115 Mill. DM.

Es handelt sich dabei um etwa *300 000 Tonnen Öl. Wie Bangemann* im Deutschlandfunk erläuterte, muß die staatliche irakische Ölverkaufsorganisation mit einer privaten Firma oder Firmengruppe einen Ölliefervertrag abschließen. Die Bundesregierung werde beim Zustandekommen des Geschäfts jedoch ihre guten Dienste anbieten. Irak verpflichtete sich im Gegenzug, beim Preis flexibel zu sein. Die verbleibenden 115 Mill. DM sollen 1986 von Irak bar bezahlt werden. Für den Fall, daß das Geschäft nicht zustande kommen sollte, vereinbarten beide Seiten erneute Verhandlungen.

Die Absprache soll nach Auskunft aus Delegationskreisen keine Signalwirkung für die Begleichung weiterer Verbindlichkeiten haben. 1986 werden nochmals Zahlungen von ungefähr 1 Mrd. DM fällig. Insgesamt sind derzeit Lieferungen und Leistungen deutscher Firmen an Irak im Wert *von 9 Mrd. DM durch Hermes-Bürg*schaften des Bundes abgesichert. Wie Bangemann weiter erklärte, werde die Bundesregierung auch weiterhin Geschäfte mit Irak mit Hermes-Bürgschaften absichern.

Die Vereinbarung über die Zahlungsmodalitäten war der schwierigste Teil der zweitägigen Gespräche, zu denen Bangemann an der Spitze einer Delegation mit Vertretern deutscher Firmen und Banken nach Bagdad gekommen war. Die Zahlungsprobleme Iraks sind aufgrund sinkender Einnahmen aus dem Ölgeschäft im Zusammenhang mit dem andauernden Golfkrieg mit Iran entstanden. Mit 165 Mrd. Barrel (159 Liter) verfügt das Land nach Saudi-Arabien und Kuwait über die dritthöchsten Ölreserven der Opec. Vor Jahren förderte Irak täglich 3,5 Mill. Barrel Öl.

Der Golfkrieg veränderte alles. Die Ölförderung ging auf 1,2 Mill. Barrel zurück, weil sie nicht mehr außer Landes gebracht werden konnte. Das Land verschuldete, wobei es keine verläßlichen Informationen über die Höhe des Schuldenberges gibt.

Der deutsche Export erreichte 1982 mit 7,6 Mrd. DM einen absoluten Spitzenwert. Bei deutschen Einfuhren in *Höhe von 563 Mill. DM* schloß die Handelsbilanz zugunsten der Bundesrepublik mit einem Überschuß von mehr als 7 Milliarden. Danach ging es steil bergab. 1984 sackten die *Ausfuhren auf knapp 2,5 Mrd. DM* ab.

Die Bundesrepublik gab inzwischen den Platz eins der wichtigsten Lieferländer Iraks an die Türkei ab. Die deutschen Unternehmen warten jetzt auf die Nachkriegszeit. Noch zählt die bundesdeutsche Botschaft in Bagdad 153 deutsche Firmen, die im Zweistromland die Stellung halten. Sie hoffen jetzt darauf, daß sich nach Ende des Krieges das ölreiche Land rasch wieder erholen und seine ehrgeizigen Investitionspläne fortführen wird.

MOBIL OIL / Kein Rückzug vom deutschen Markt

Neue Strukturen für Konzern

JAN BRECH, Hamburg

Die Befürchtungen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), daß bei der Mobil Oil AG, Hamburg, im Zuge einer Reorganisation „mehrere hundert Arbeitsplätze" verloren gehen könnten, sind vom Vorstand der Gesellschaft zerstreut worden. Gleichzeitig werden auch Gerüchte dementiert, nach denen die Mobil Oil sich langfristig ganz vom deutschen Markt zurückziehen wolle. In einem Brief an die Mitarbeiter bestätigt der Vorstandsvorsitzende Herbert C. Lewinsky allerdings, daß über neue Organisationskonzepte nachgedacht werde. Mobil müsse die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessern, wenn trotz der anhaltenden Strukturkrise in der Ölbranche erfolgreich weitergearbeitet werden soll.

Das noch nicht im Detail feststehende Konzept wird nach Angaben von Lewinsky drei Grundempfehlungen enthalten. Einmal soll es künftig eine *organisatorische Trennung zwischen* den Sparten Mineralölverarbeitung und -vertrieb sowie der Exploration und Produktion von Erdgas und Rohöl geben. Beide Geschäftsbereiche werden durch *die Zuordnung* von bisher bei der Zentrale liegenden Funktionen verselbständigt. Die Funktionen der Zentrale sollen sich auf solche Gebiete beschränken, die notwendig sind, um die Ergebnisse beider Sparten zusammenzufassen.

Zum anderen sieht die Mobil die Einführung von Profit-Center in der Verarbeitung und dem Vertrieb von Mineralölprodukten vor. Dabei sollen die drei Bereiche Brennstoffhandel (Mobil und Haniel), Schmierölhandel und Versorgung der Raffinerien gebildet werden. Die Arbeiten an dem *Konzept werden nach* Angaben *von* Lewinsky Ende Oktober abgeschlossen und dann mit den zuständigen Betriebsratgremien beraten.

TORNADO / Kompensationsgeschäft sichert auch deutsche Arbeitsplätze

Saudis verstoßen gegen eine Opec-Regel

fu./sz. London

Das größte Waffengeschäft in der Geschichte Großbritanniens, nämlich die Lieferung von 48 Tornado-Kampf*flugzeugen, Hawk-Trainings*jets beziehungsweise leichten Kampfflugzeugen und den dazugehörigen Waffensystemen einschließlich verschiedener Raketen- und Bombensysteme an Saudi-Arabien für rund drei Mrd. Pfund oder gut 11,5 Mrd. DM, dürfte zu einer erheblichen Belastung für die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) werden. Denn wie es inzwischen in London heißt, wird etwa die Hälfte des Auftragswertes in Form von Öllieferungen bezahlt.

Solche Öl-Bartergeschäfte werden von der Opec *als gegen ihre eigenen* Interessen gerichtet verurteilt und sind ihren Mitgliedern untersagt worden. Erst vor gut einem Jahr hat Saudi-Arabien an den Welt-Ölmärkten für Furore gesorgt, als es in einem Öl-Bartergeschäft 35 Mill. Barrel Rohöl (ein Barrel = 159 Liter) im Wert von rund 10 Mrd. Dollar für den Kauf von zehn Jumbo-Jets vom Typ Boeing 747 abgab.

Damals führte das plötzliche Mehrangebot von Öl auf einem ohnhin schon übersättigten Markt zu einem Ölpreis-Kollaps und zu einem Sondertreffen der Opec-Minister, die daraufhin ihren Mitgliedern Öl-Swapgeschäfte untersagten.

Dagegen kommt der Saudi-Auftrag für den Luft- und Raumfahrtkonzern British Aerospace, der den Tornado zusammen mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Airitalia baut, genau zur rechten Zeit. Mit dem Auslaufen der Produktion von insgesamt 809 Tornados für die britische, deutsche und italienische Luftwaffe im Jahre 1989 hätte sich ein gut dreijähriges Loch bis zum Beginn der Produktion *des gerade erst beschlossenen neuen* europäischen Kampfflugzeuges aufgetan. Dies hätte die zumindest vorübergehende Entlassung von rund 5000 Mitarbeitern im Werk Warton zur Folge gehabt. An dem britisch-saudiarabischen Geschäft werden auch rund 200 deutsche Firmen mit etwa 27 000 Beschäftigten partizipieren. Denn die Komponentenfertigung für den Tornado ist innerhalb der britisch-deutsch-italienischen Gemeinschaftsproduktion nach dem „Single-Source"-Prinzip aufgeteilt. Das heißt, jeder Partner in dieser Zusammenarbeit baut seine Baugruppe für alle Flugzeuge, egal in welchem Land sie dann schließlich montiert werden.

*Hauptauftragnehmer auf der deut*schen Seite für den Tornado ist MBB Messerschmitt-Bölow-Blohm, Ottobrunn. Dieser Konzern ist allein zuständig für die Entwicklung, Ferti*gung und Ausrüstung des Rumpfmit*telteils des Kampfflugzeugs und hat unter anderem die Konstruktionsverantwortung für so wichtige Systeme wie Flugsteuerung, Fahrwerk oder Kraftstoffsystem. Am Bau des Triebwerks ist auf deutscher Seite die MTU Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München, beteiligt. Für die Bewaffnung des Tornados ist für das Gesamtprogramm allein die zur Nürnberger Diehl-Gruppe gehörende Mauser-Werke Oberndorf GmbH zuständig.

Zucker: EG-Minister noch nicht einig

Ha. Luxemburg

Nach den Milch- und Getreidebauern müssen sich in der EG nun auch die Erzeuger von Zuckerrüben auf erhebliche Einkommensverluste einstellen. Möglichst noch vor dem 1. November soll der Agrarministerrat über eine Anhebung der Produktionsabgabe für Zucker befinden, da die Kostenneutralität der Brüsseler Zuckermarktordnung seit einiger Zeit nicht mehr gewährleistet ist.

Bei ihrer ersten Aussprache in Luxemburg fanden die Landwirtschaftsminister gestern erwartungsgemäß noch keinen gemeinsamen Nenner. Vor allem die großen Produzentenländer (Frankreich und Bundesrepublik) fühlten sich durch die Vorschläge der EG-Kommission nicht gerecht behandelt.

Die EG-Behörde will trotz der anhaltenden Baisse auf dem Weltzuckermarkt an den bisherigen Quoten für die europäischen Erzeuger nichts ändern, dafür jedoch die Beteiligung der Produzenten an den Kosten für Lagerung und Exporterstattungen drastisch erhöhen.

NAMEN

Ernst Kaufmann, Gründer und Beiratsvorsitzender der Unternehmensgruppe EKA Ernst Kaufmann KG Möbelwerke in Neustadt an der Aisch, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

Dr. **Willi Wiesenkämper**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Industrieverbandes Kunststoffbahnen e. V. (IVK), Frankfurt, wurde am 16. September 60 Jahre.

Heinrich W. Heyer, scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Präsidium der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) e. V., Köln, aus.

Alfons Cojaniz und **Ludwig Staender** wurden mit Wirkung vom 1. Oktober in die Vorstände beziehungsweise Geschäftsführungen der Veba Wohnstätten AG, Westdeutsche Wohnhäuser AG und Veba Wohnungsbau GmbH, berufen. **Horst Schievelbusch, Rolf Strohmeyer** und **Friedhelm Thiemann** wurden per 1. Oktober 1985 zu Generalbevollmächtigten ernannt.

Peter Dinkelacker, Vorstandsmitglied und Großaktionär der Dinkelacker Brauerei AG, Stuttgart, wurde am 15. September 60 Jahre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bayreuth: Nachl. d. Adam Thaufelder; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Karl-Heinz Ludwig Ruschin; SAPP-Wohnbau GmbH; Transformatorenfabrik Rudolph Laver vorm. Paul Bouveron GmbH; Röhren- u. Sanitär Handel Plitzkow u. Schröter GmbH; Detlev Radtke; Firdes Avci; Nachl. d. Karl Neß; **Bremen:** MHG Marketingges. f. Haus- u. Grundbesitz mbH & Co. KG; **Burgwedel:** Medialand Ges. f. Unterhaltungselektronik mbH, Isernhagen; **Düsseldorf:** Klaus Jürge Pahnke, Monheim; Nachl. d. Wilhelm Laumann; ISI Import-Export GmbH; **Duisburg:** R & Z Holzarbeiten u. Holzhobby GmbH i. Liquidation; Antoinetta Quartesan; **Essen:** „Eigentumswohnung" Wohnungsbauges. mbH i. Liquidation; **Frankfurt:** Harald Raab; Nachl. d. Wolfgang Moes; **Fritzlar:** Margit Michel geb. Kolb, Zwesten; **Hamburg:** Bauregie Hamburg-Ost GmbH; **Hannover:** Interprojekt Finanz Ges. mbH; Sunnyline GmbH Deutschland; **Köln:** Eberhard & Wrede Feineisenbau-Schmiede GmbH; **Krefeld:** Alentex GmbH; Nachl. d. Sophie Maria Holz geb. Oelhausen; Nachl. d. Wolfram Nikolaus Weis; **Montabaur:** Manfred Wengenroth, Winnen; **Neustadt:** Karl-Heinz Randow; **Walsrode:** Nachl. d. Walter Kursawe, Essel; **Wolfenbüttel:** Josef Herborn, Tischlermeister.

Konkurs beantragt: Albstadt: Alfred Friederich GmbH, Albstadt-Ebingen.

Vergleich eröffnet: Leer: Textilhaus Ahlers OHG, Ostrhauderfehn.

GILDEMEISTER / System-Technik gewinnt an Bedeutung

Preise mit Nachholbedarf

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der größte deutsche Werkzeugmaschinen-Hersteller, die Gildemeister AG in Bielefeld, wird zwar den angestammten Tätigkeitsbereich nicht vernachlässigen. Das Unternehmen, das nach eigener Darstellung rund 30 Prozent der deutschen Produktion von Mehrspindelautomaten repräsentiert, will sich aber in noch stärkerem Maße auf die System-Technik konzentrieren.

Gildemeister-Vorstandssprecher Horst Göhren erklärte im Vorfeld der heute in Hannover beginnenden Europäischen Werkzeugmaschinen-Ausstellung EMO, bereits jetzt entfielen 38 Prozent des Gesamtumsatzes (1984: 449 Mill. DM) auf Engineering-Projekte. Dieser Anteil soll im laufenden Jahr bei einem erwarteten Umsatz von 540 Mill. DM auf gut 50 Prozent steigen. Der umfassenden Beratung von Anwendern komme immer größere Bedeutung zu.

Göhren verweist darauf, daß 75 Prozent aller Gildemeister-Produkte in den beiden letzten Jahren neu entwickelt wurden. Speziell mit diesen Maschinen und Automationskomponenten ließen sich gute Preise erzielen. Dagegen werde bei traditionellen Werkzeugmaschinen noch immer ein Nachholbedarf sichtbar. Derzeit versuche die Branche, angesichts der hohen Auslastung (90 Prozent) und verlängerter Lieferzeiten (acht Monate) den Spielraum zu nutzen. Göhren spricht von notwendigen Preiserhöhungen in Höhe von fünf bis zehn Prozent.

Auch bei herkömmlichen Werkzeugmaschinen, so Göhren, mache Gildemeister Fortschritte. Der Anteil elektronisch gesteuerter Standardmaschinen in diesem Bereich liege mittlerweile bei 25 Prozent. Göhren beurteilt die weiteren Aussichten auch für das eigene Unternehmen zuversichtlich, wenngleich im laufenden Jahr dies in der Bilanz noch nicht in gewünschtem Maße zum Ausdruck kommen wird. Die derzeit gute Konjunktur dürfte aber mindestens noch bis Herbst 1986 anhalten. Göhren bekräftigte die Absicht, auch künftig mit Pittler eng zusammenzuarbeiten. Mit den neuen Eigentümern, der hessischen Unternehmerfamilie Rothenberger, herrsche darüber Konsens.

VERSICHERUNGSMAKLER / Branchensorge

Konkurrenz der Banken

K.-H. STEFAN, Hamburg

Besorgt beobachtet man beim Verein Deutscher Versicherungs-Makler e. V. (VDVM) die Aktivitäten der Kreditinstitute am deutschen Versicherungsmarkt, erklärte Versicherungsmakler Reiner Hamm in Hamburg. Die Makler müßten, so Hamm, der wachsenden Konkurrenz der Banken mit sorgfältiger Beobachtung und entsprechender Aufklärung der Kunden begegnen. Obwohl die Banken auf diesem Gebiet branchenfremd und ohne Fachkompetenz seien, „engagieren sie sich im Versicherungsgeschäft in zunehmendem Maße".

Vielfach diene als Einstieg der Abschluß von Lebensversicherungen in direktem Zusammenhang mit der Gewährung von Hypotheken oder langfristigen Darlehen. So kooperieren beispielsweise in Hessen, wie Hamm weiter berichtete, die Raiffeisen- und Volksbanken mit der R & V-Lebensversicherung mit der praktischen Auswirkung, daß die Hypotheken mit dem Abschluß einer Lebensversicherung gekoppelt werden.

Bei der richtigen und im Einzelfall zweckmäßigen Altersvorsorge biete der Versicherungsmarkt heute eine breite Palette von individuellen Lösungsmöglichkeiten mit enormen Leistungsunterschieden. Daher seien Vergleichsangebote sowie Beratung durch Fachleute unverzichtbar. Diese grundsätzlichen Voraussetzungen hätten aber die Banken nicht zu bieten. Um so unbeschwerter würden sie in für sie fachfremde Marktsegmente der Versicherer einbrechen.

Mittlerweile betätigen sich die Kreditinstitute auch noch, so Hamm, in den Sparten Sach-, Unfall- und Kfz-Versicherungen. Und die Bankverbindung würde dazu benutzt, sozusagen am Schalter, also ohne Risikoanalyse vor Ort, auch alle Versicherungen zu verkaufen. „Unsere Befürchtung ist, daß die Aktivitäten der Banken aus dem Bereich der betrieblichen Versicherungen übergreifen." Diese Entwicklung könnte dazu führen, daß die Einflußnahme auf breiter Basis – beispielsweise auch bei Geschäftskrediten – ausgeübt wird.

IAA '85 Die WELT berichtet von der Automobilausstellung **IAA '85**

Die 51. IAA ist eine der technisch anspruchsvollsten Ausstellungen. An keinem Stand fehlen Modelle von Katalysatoren und Hinweise auf deren Arbeitsweise. Die Informationsstände der Auto- und Kfz-Teile-Hersteller sind umlagert. Auch die Diskussionen um die Umweltbelastungen finden verstärkt statt, wenn auch das Publikumsinteresse daran, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, nicht gerade überwältigend ist.

Das Auto in der Umweltdiskussion

Der schwarze Peter" ging eindeutig an Franzosen und Italiener. Ihnen warf die Mehrheit der Teilnehmer an einer Podiumsdiskussion „Auto und Umwelt – Perspektiven der europäischen Umweltpolitik" im Rahmen der IAA als langsamste eines europäischen Geleitzuges vor, das Tempo im aktiven Handeln für die Umwelt zu bestimmen. Politiker und Autohersteller hatten in der Diskussion eindeutig die besseren Karten. Der teilnehmende Franzose, Christian Hue de la Colombe aus dem Ministerium für Außenhandel, machte auch gar nicht erst den Versuch, der Kritik zu begegnen.

Auch dem Hinweis des Daimler-Entwicklungs-Chefs Rudolf Hörnig, man habe in Brüssel zuviel Rücksicht auf die von dem Pariser Ministerialen beschworene „Behutsamkeit" genommen, wurde nicht widersprochen. Hörnig: „Die Technik ist auch in Frankreich vorhanden, nur man läßt die Techniker nicht." Er hoffe, daß sich nicht dieselben Auseinandersetzungen wiederholen, wenn es um die schadstoffarmen Nutzfahrzeuge geht. Einig war sich die Runde darin, daß der unzureichende EG-Kompromiß in der Abgasfrage besser sei, als es ein deutscher Alleingang gewesen wäre.

Der zweite Ausländer in der Runde, der Umweltexperte aus dem österreichischen Bundeskanzleramt Erich Haas, widersprach der Freude über den Kompromiß. Die EG-Grenzwerte seien schlicht unbrauchbar, zumal die von den Regelungen betroffenen Wagen der 1,4- bis 2-Liter-Klasse kaum eine Änderung der Umweltbelastung brächten. Das Land ohne nennenswerte Autoindustrie sieht mit Blick auf Holzwirtschaft und Fremdenverkehr, auf den Wald als Schutz vor Lawinengefahr und Luftfilter ganz andere Sorgen. Es glaubt aber entgegen der „verwässerten EG-Lösung", eigene Maßnahmen (Tempolimit und schärfere amerikanische Abgasgrenzwerte) starten zu sollen. Haas wies auch auf die bescheidene Entwicklung des Bleifrei-Tankstellennetzes in südlichen Ländern hin.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernd Schmidbauer verteidigte den EG-Kompromiß, forderte aber gleichzeitig eine schnelle Anpassung der Abgassonderuntersuchungen (ASU) an den Stand der Technik. Er wünschte sich auch von der Autoindustrie mehr Informationen darüber, welche Autos welchen Baujahres umrüstbar und mit bleifreiem Benzin benutzbar sind, dazu Hilfen bei der Kaufentscheidung für schadstoffarme Autos.

Der Forderung des SPD-Abgeordneten Harald B. Schäfer, bald bleihaltiges Benzin zu verbieten und die unbestreitbaren Fortschritte zu nutzen, hielt Schmidbauer das Steuersplitting für die Mineralölsteuer auch bei Euro-Super entgegen, um – EG-rechtlich problematisch – verbleite Treibstoffe nicht verbieten zu müssen.

Als „nachdenkenswert" (Schäfer) und „sehr erfreulich" (Hörnig) wurde die Anregung des Münsteraner Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Holger Bonus aufgenommen, die Kfz-Steuer nicht nach Hubraum, sondern nach dem Grad der Abgasentgiftung progressiv und aufkommensneutral zu staffeln. Also: höhere Steuern für überhöhte Abgaswerte, Entlastung als Kaufanreiz für schadstoffarme Autos. Das soll für Neuwagen ebenso gelten wie für die Umrüstung von Altwagen.

HARALD POSNY

Neoplan in den USA bis 1986 ausgelastet

Die Gottlob Auwärter GmbH & Co., Stuttgart, die Omnibusse der Marke „Neoplan" herstellt, ist mit ihren beiden US-Werken bis zur Jahresmitte 1986 ausgelastet. Wie die Geschäftsleitung in Frankfurt mitteilte, liegen Bestellungen für rund 1500 Linienbusse vor. Nennenswerte Fortschritte habe auch das Werk in Berlin gemacht und inzwischen 173 Neoplan H 208 ausgeliefert.

Das Bauprogramm in Berlin ist inzwischen um das Modell H 210 erweitert worden. Auch im Werk in Ghana werden in diesem Jahr wieder rund 80 Fahrzeuge gebaut. Im Werk Pilsting habe sich die Linienbusfertigung „sehr gut eingefahren". Auwärter verfügt jetzt über sechs gleich ausgelegte Produktionsbetriebe, keiner größer als 600 Mitarbeiter. Zur IAA hat das Unternehmen, das in diesem Jahr sein 50jähriges Bestehen feiert, das Programm um zwei Modelle erweitert.

Das Familienunternehmen, das seinen Umsatz im vergangenen Jahr auf rund 650 (620) Mill. DM ausweiten konnte, ist zuversichtlich, 1985 die „Erfolgskurve" fortsetzen zu können. Das 1983er Ergebnis sei bereits überschritten, hieß es hierzu. Bis zum Jahresende werden etwa 1500 (1848) Omnibusse die Fließbänder verlassen haben, 1986 sollen es etwa 1900 Einheiten werden. Die Gruppe beschäftigt gut 2500 Mitarbeiter. (VWD)

Fernweh lockt ins Wohnmobil

Das Auto wird 1986 genau 100 Jahre alt, das älteste noch erhalten gebliebene Camping-Motorfahrzeug zählt immerhin 65 Jahre. Die amerikanische Camping Car Company, St. Louis, bot 1920 einen Umbausatz für die legendäre Ford-Tin-Lizzy an. Nach zweistündiger Montage konnten sechs Personen in dem Camp-Car Platz nehmen. Allerdings: Nur vier von ihnen konnten in den aufklappbaren Betten dieses Fahrzeugs schlafen.

Die Version, die in den Vereinigten Staaten vertrieben wurde, konnte sich schon damals sehen lassen: Stangeneis-Kühlschrank, Ofen, Klapptisch, Wasserbehälter und eine komplette Campingausrüstung waren im Preis von 735 Dollar enthalten. Das Fahrzeug selbst kostete nur 295 Dollar. Der hohe Preis für dieses Komfortgefährt dürfte damals vom Kauf eher abgeschreckt haben.

Heute, 65 Jahre später, rollen etwa 200 000 zugelassene Motorcaravans über deutsche Straßen, und nicht nur hier. Motor-Caravaning, ganz zu schweigen vom Fahren mit motorlosem Wohnwagen als Anhänger, ist heute nicht nur Urlaubsspaß, es ist zugleich Lebensphilosophie breiter Bevölkerungsschichten: Unabhängigkeit, Freiheit, Ungezwungenheit. Und die Sahara ist dabei das fernste Ziel nicht.

Anfang Juli 1969, so der Verband Deutscher Wohnwagenhersteller (VDWH), gab es 4839 Wohnmobile in der Bundesrepublik, nach jährlichen Steigerungsraten zwischen 15 und 35 Prozent sind es heute 143 000. Wie in anderen Bereichen gibt es auch hier eine Dunkelziffer, so daß wahrscheinlich erheblich über 60 000 selbst ausgebaute und nicht umgeschriebene Exemplare und die nur für den Urlaub ausgebaute Exemplare hinzukommen dürften.

Obwohl die Reiselust der Deutschen, auch die der Motor-Caravaner, ungebremst ist, die wirtschaftlichen und umwelt-administrativen Verunsicherungen haben auch in diesem Bereich Spuren hinterlassen. Im letzten Jahr wurden etwa 16 000 Motorcaravans für rund 800 Mill. DM hergestellt, davon wurden 7010 in der Bundesrepublik neuzugelassen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren es 5118 (plus 2,3 Prozent). Mit 4800 Stück bringt die Klasse 2001 bis 4000 Kilogramm das Gros der Neuzulassungen. Dies freilich liegt an der „willkürlich durch Gesetz gezogenen Grenze von 2,5 Tonnen", heißt es beim Verband der deutschen Wohnwagenhersteller.

Motorcaravan-Fans brauchen in Sachen Abgasregelung für ihre Fahrzeuge keine Sorge zu haben. Die nach Hubraum besteuerten Motorcaravans bis 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht, die schadstoffmindernde Einrichtungen haben, werden Pkw steuerlich gleichgestellt. Unter diese Steuerbegünstigung fallen vor allem Diesel-Fahrzeuge. Das jedoch müssen die Fahrzeughalter selbst bei der zuständigen Zulassungsstelle eintragen und beim Finanzamt umschreiben lassen.

HARALD POSNY

RIEDEL

Entwicklung weiter günstig

dos, Seelze

Die zum Hoechst-Konzern gehörende Riedel-de Haën AG, Seelze, erwartet für 1985 wiederum ein gutes Ergebnis. Nach Angaben des Vorstands hat sich die positive Geschäftsentwicklung des ersten Halbjahres in den Folgemonaten fortgesetzt. Der gestiegene Absatz und die gute Auslastung der Kapazitäten, so heißt es, haben dazu geführt, daß der Ertrag im ersten Halbjahr über dem der gleichen Vorjahreszeit lag.

Im Berichtszeitraum stieg der Umsatz um 8,2 Prozent auf 167 (154) Mill. DM. Besonders erfolgreich sei das Geschäft mit anorganischen und organischen Chemikalien sowie mit Fotofarbstoffen und Leuchtpigmenten verlaufen. Der Exportanteil verringerte sich wegen des stärker gestiegenen Inlandsgeschäfts auf 58,6 (59,1) Prozent. Infolge der günstigen Entwicklung hat Riedel die Belegschaft gegenüber dem Vorjahr um 50 auf 1376 Mitarbeiter aufgestockt. Die Investitionen, in den ersten sechs Monaten 5,1 Mill. DM, werden im weiteren Jahresverlauf erheblich ansteigen, wobei Kapazitätserweiterungen im Vordergrund stehen.

MBB-Beteiligung an neuer Fokker-100

dpa/VWD, Hamburg

Der deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) wird sich offiziell am Bau des 100sitzigen niederländischen Düsenverkehrsflugzeugs Fokker-100 beteiligen. Einen entsprechenden Vertrag haben MBB und die Fokker-Flugzeugwerke gestern unterschrieben. MBB wird einen Bauanteil von 35 Prozent an dem Kurz- und Mittelstreckenjet übernehmen.

Die Fokker-100 gilt als Nachfolgemodell der F-28, deren Produktion eingestellt wird und von der 228 Stück verkauft worden sind. An der Produktion dieses Jets war MBB auch beteiligt. Für die Fokker-100 (Stückpreis 48 Mill. DM), die 1987 im Liniendienst eingesetzt werden soll, liegen bis jetzt 38 Festbestellungen und 31 Optionen vor. In der deutschen Luftfahrtindustrie wird der Vertrag auch als ein Schritt auf dem Wege zur stärkeren Zusammenarbeit der Fokker-Werke mit dem europäischen Airbus-Konsortium betrachtet.

Aktien wieder aufwärts

Sonderbewegungen sorgten für Geschäftsbelebung

DW. – Trotz der Börsenschwäche in New York am vergangenen Wochenende setzte sich gestern eine freundliche Tendenz durch. Dafür sorgten wieder Kaufaufträge aus dem Ausland. Der wiedererstarkende Dollar scheint anregend gewirkt zu haben. Noch mehr ins Gewicht fiel aber die positive Konjunkturbeschreibung der Bundesbank. Das ermutigte auch den Berufshandel, seine an der Freitagbörse stark reduzierten Positionen wiederaufzubauen. Belebt wurde der Aktienhandel durch interessante Sonderbewegungen.

Als bemerkenswert wurde empfunden, daß die BASF-Aktien trotz der bevorstehenden Bezugsrechtnotierung sich im Rahmen der Gesamttendenz um etwa 2 DM befestigen konnten. Als Bezugsrechttaxen waren zeitweise Preise um 1,80 DM zu hören. Kräftig erholt haben sich Commerzbank-Aktien, wo dem Vernehmen nach ein Verkaufsauftrag über 840 000 Stück ausgelaufen sein sollen. Diese sollen angeblich vom Banco Hispano stammen, der sich an der Commerzbank über eine Optionsanleihe beteiligt hatte. Einen Teil der Sonderbewegungen begründeten die Börsianer mit Anlagekäufe der im Gründung befindlichen englischen Fonds für deutsche Spezialwerte. Darauf soll der Kursanstieg bei Schering, Nixdorf, PKI, Linde und möglicherweise auch BMW zurückzuführen sein. Auslandskäufe waren bei Siemens zu beobachten, wo der Kurs um rund 8 DM heraufgesetzt worden ist. Im Maschinenbaubereich taten sich IWKA-Aktien mit einem Anstieg von knapp 10 DM hervor.

Frankfurt: Mainkraft befestigten sich um 20 DM, Buderus um 10 DM und IWKA um 9 DM. Riedel de Haen sanken um 24 DM, Aesculap sanken um 4,20 DM und Degussa gaben um 5 DM nach.

Düsseldorf: Bilfinger verminderten sich um 10 DM, Bonner Zement um 2 DM und Dyckerhoff St. um 2 DM. Heinrich erhöhten sich um 5 DM, Hochtief zogen um 10 DM an und Mauser befestigten sich um 2 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten sich um 4 DM, Hapag Lloyd und Phoenix Gummi lagen jeweils um 2,50 DM fester. NWK-Vz. lagen unverändert. HEW gingen mit minus 0,50 DM aus dem Markt.

Berlin: Kempinski zogen um 15 DM, Bergmann um 6 DM, Berliner Elektro um 4,50 DM und Engelhardt um 4 DM an. Detewe schwächten sich um 16 DM ab. Dt. Hypobank Berlin gaben um 3,50 DM und Berthold um 2,50 DM ab.

München: Aigner zogen um 8 DM an, Agrob um 3 DM und Audi um 10 DM. Binding sanken um 10 DM, Cassella um 4 DM und Hutschenreuther gaben um 6 DM nach.

Stuttgart: Zeag erhöhten sich um 15 DM, Esslinger konnten sich um 10 DM und IWKA um 6 DM verbessern. Schubert und Salzer zogen um 5 DM an. Württembergische Feuer sanken um 25 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 215,85 (215,17)
WELT-Umsatzindex: 3917 (3551)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		16.9.	13.9.
H	Aach M Best. 10	1604	1620
H	Aach. M. Vers. 7	760bB	757B
D	Aach. Rück. 9	2520	2520
D	Asrag *4	460T	460
M	Ack-Gögg. 6	130,9	128,5bG
H	Adca 5	136	138
D	Adler 9	305G	305G
F	Adt 0	34bG	34bG
F	AEG-Telef. 0	144,9	142
D	AEG-Kabel 9	279	279
S	Aesculap 9	450	450,5bG
F	AGAB 5	122	122
D	Agrippina *0	1520	1480
M	Agrob *0	178	175bG
M	dgl. Vz.* 0	154bB	154bG
M	Aigner 9	218	212bG
M	Akt. Kaufb. *18	1110B	1110B
H	Agiv 10	338G	344
H	Albingia 8	988	990B
D	Alexanderw. 0	108	108G
Hn	Allerthal*0	1528	1528
	Allg.Re.**6,3	3890bB	3800bG
	dgl.NA**6,3	3380bB	3390G
	dgl.33%E.&3	4795	4795
	Allianz Leb. 9	6150	6150
	Allianz V. 11	1498	1500
	Altmeiler St. 8	280G	285G
	dgl. Vz. 9	211,9	212
	Altana 10	376	379,5
	Andreae-N.Z. 0	137	136
	Asko 10	1161	1150
	Audi NSU 2	711bG	710G
	Augsb. Kg. 1,5	124bB	122bG
	Badenwerk 6	150,9	147
	Bd.Württ.Bk. 11	535T	510T

		16.9.	13.9.
H	Br.H.Hypo 10+1	373,5	373G
Hn	Brech.Jute *0	120,3	120
H	Breitenb.-C. *28	620G	620G
H	Br. Straßb. *0	450T	420T
H	Br. Vulkan 0	78,8	78,8
H	Br. Wollk. 7	175	174,5
F	BBC 6	266	265,2
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	130G	129G
D	Buderus *12,6	380G	380G
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980G
B	Bgl.Brh.Rov. *0	350G	350bG
S	Calw D. **18	700bG	700G
F	Cassella *15	589,9	587
F	Ceag 0	181	178,5
F	Chem. Vw. *16	483	483
D	Colonia 5	440	435
D	Commerzb. 6	220,5	213,5
D	Cobl. Reste <0 RM	17,4T	18,2T
D	Conc. Chem. 4,5+3	335G	335G
B	Conc. Spinne *0	400T	405T
D	Contigas 7,5	367	365
D	Conti Gummi 5	155,5	154,5
D	Dahlb. St. 7,65	237	235
D	dgl. Vz. 14,55	395G	395
S	Daimler 10,5	983	984
M	Deckel AG 0	173bG	185,5
D	Dt. Atl. Tel. 10+1	460G	460G
H	Doag 5	365	365
D	Dt. Babcock St. 3	178	179
D	dgl. Vz. 3,5	176	176
F	Dt. Bank 12	592,5	587
D	Dt. Centrboden 12	635	660T
D	Dt. Conti Rück 0	3800G	3800G

		16.9.	13.9.
M	En. Oberfr. 6	300B	300bG
M	En. Ostb. 6	219	219,5
H	Elbrath 0	90	88
B	Engelhardt 7	218	214
D	Enka 7,5	385	385
M	Erlus 10	335bB	335bB
M	Erste Kulmb. 9	1270bG	1270G
S	esbi *0	–	–
S	Essl. Masch. *6	440G	430G
M	Esterer **10	570G	570bG
D	Farb. Liqu. <RM 0	7,9	7,9
F	Flachglas 9	265	265
D	Ford *19,36	850T	850T
B	Forst. Ebn. *4 %	4300T	4300T
M	Fr. Oberl. Wk. 5	238bG	234
F	Frankf. Hypo 12	700	700
F	Frankona R. 8	450bG	450bG
F	dgl. NA 5	435B	435B
F	dgl.50 % E. 2,5	340T	330T
F	Fuchs Petrol Vz. 0	163	165
H	Gestetn. Bk. 3	152G	152G
M	Gehe *5	136,9	138bB
D	Gels.wasser 4,5	164,8	164
D	Gerresh. Gl. 5	145	145,5
F	Gestra 7	188,5	188
D	Glöckm. 0	95	95
D	Girmes 0	163,5	159
D	Glas & Sp. *11	245T	245T
D	Goldschm. 8	203	205,5
M	Glw. Frk. *9	242bB	250TB
F	Grünzw. H. 0	102bB	102,4
H	Guano *8	525B	525B
D	GHH St. 3	195,2	191
D	GHH Vz. 3	179	181

		16.9.	13.9.
S	Hohner *6	174	175
H	Holsten-Br. 6	243	243
F	Holzmann 10	491	495,5
D	Horten 4	195	193
B	Hw. Kayser *12	279G	279G
D	Hussel 8	385	384
M	Hutschenr. 9+1	317	318bG
H	Hypo Hbg. 10+2,5	501G	500
D	IKB 7,5	236,8	236,8
S	IWKA 3	317	311
M	Isar-Amper 7,5	355bG	353
D	Isenbeck 4,75	168G	168G
H	Jacobsen *8	450G	450G
H	Jute Bremen 4	275	270B
D	Kabelmetal 5	146	148
D	Kali Chemie 12	–	475
D	Kali u. Salz 8	379	374,5
D	Karstadt 7	265	265,5
D	Kaufhof 6,5	299	297
B	Kempinski 5	345	330T
D	Keramag 2,5	150bG	153
F	KSB 6,5	214	216
F	dgl. Vz. 7,25	208,5	205,5
Hn	KWS 7,5	490	500
D	KHD 9	310	310
D	Klöckner-Wk. 0	75,6	74,5
D	Koch-Adler 8+2	305	305
D	Köln-Düssel. *16	530G	527G
D	Köln. Rück. *18	1480	1630
B	Kötitzer *0	1290G	1290G

Toronto

	16.9.	13.9.
Abitibi Price	–	20,625
Alcan Alu.	35,375	35,375
Bk. of Montreal	30,25	30,375
Bk. of Nova Scotia	13,25	13,125
Bell Cda Enterprises	42	42,25
Bluesky Oil	3,75	3,75
Bow Valley Ind.	15,5	15,625
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	13,75	13,75
Cdn. Imperial Bk.	37,375	37,375
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,375	27,5
Cdn. Pacific Ltd.	17	17
Cominco	12,75	12,625
Coseka Res.	2,95	3
Denison Mines	11,625	11,75
Dome Petroleum	2,85	2,84
Domtar	18,5	18,625
Falconbridge Ltd.	18,75	18,75
Great Lakes Forest	–	17,5
Gulf Canada	19,75	19,875
Gulfstream Res.	1,22	1,2

Brüssel

	16.9.	13.9.
Arbed	1700	1635
Brux. Lambert	1940	1940
Cockerill Ougrée	208	206
Ebes	2990	2975
Gevaert	4050	3990
Kredietbank	9150	–
Pétrofina	6140	6110
Soc. Gén. d. Belg.	1850	1840
Sofina	7750	7700
Solvay	5430	5290
UCB	5160	5110
Index	2432,74	2425,08

Hongkong

	16.9.	13.9.
China Light + P.	15,5	15,4
Hongkong Land	6,25	6,3
Hongk. + Sh. Bk.	7,25	7,35
Hongk. Teleph.	8,45	7,8
Hutch. Whampoa	26,9	22,99
Jard Matheson	12	12,1
Swire Pac. + A +	24,6	24,6

Singapur

	16.9.	13.9.
Cycle + Car.	3,28	3,26
Cold Storage	2,7	2,7
Dev. Bk. of Sing.	4,96	4,94
Fraser + Neave	–	5,75
Kl. Kepong	2,11	2,11
Mal. Banking	5,65	5,65
Nat. Iron	2	2
OCBC	7,9	7,9
Sime Darby	1,74	1,75
Singapur Land	2,15	2,12
Un. Overs. Bank	3,36	3,38

Sydney

	16.9.	13.9.
ACI		
Ampol. Explor.	2,79	2,8
Bridge Oil	2,8	2,8
Brok. Hill. Prop.	2,6	2,6
Coles	7,16	7,16
CRA	4,05	4,12
CSR (Theiss)	5,54	5,58
Metals Expl.	3,18	3,18
MIM-Holdings	0,45	0,45
Myer Emporium	2,65	2,68
North Broken Hill	3,44	3,5
Oakbridge	2,45	2,45
Peko Wallsend	1,27	1,3
Poseidon	4,82	4,88
Thomas Nat. Tr.	4	4,15
	2,18	2,18
Waltons Bond	0,46	0,45
Westpacific Banking	4,75	4,75
Western Mining	3,88	3,9
Woodside Petr.	1,3	1,31
Index	965,10	963,20

Optionshandel

Frankfurt: 16. 9. 85

1744 Optionen = 91 100 (97 600) Aktien,

davon 384 Verkaufsoptionen = 19 450 Aktien

Verkaufsoptionen: AEG 10-120/20,5, 10-130/10,9, 10-140/5,2, 10-150/2,3, 1-130/16, 1-140/10, BASF 10-211/12, 10-230/3, 10-231/2, 1-220/10,7, 1-230/13, 1-240/10, 1-241/9,5, 1-250/8, 1-260/4, Bayer 10-200/12, 10-220/5, 10-221/4,4, 10-230/2, BBC 10-240/25, 1-260/21,2, Bay. Hypo 1-410/12, BMW 10-440/60, 10-450/49, 10-487,50/13, 10-510/1, Commerzbk. 10-171,75/47,25, 10-181,75/38, 10-187,75/31,2, 10-191,75/27,25, 10-197,75/22, 10-200/20,8, 10-207,75/11,25, 10-210/9, 10-230/3,6, Conti 10-140/18, 10-147/8,4, 10-150/9, 10-157/4,8, 10-160/3, Daimler 1-1000/52,25, 4-100/30, 4-1040/70, 4-1150/10, Dt. Babcock St. 1-180/7,5, Dt. Babcock Vz. 1-180/9, Deutsche Bk. 10-478/112, 10-590/10, 10-600/7,1, 10-610/6, 10-620/3,9, 1-550/80,5, 1-600/28, 1-620/18, Dresdner Bk. 10-270/5, 1-280/13, GHH St. 10-180/15,6, 4-180/23, GHH Vz. 4-190/12,4, Hoechst 10-220/3,9, Hoesch 10-130/2,4, 10-180/5, Karstadt 10-213/53,85, 10-230/38, Kaufhof 10-270/21, Klöckner 10-65/10, 10-70/4,7, 10-75/2, Lufthansa St. 10-225,50/5, Lufthansa Vz. 10-205,50/24, 10-215,50/15, 1-225,50/16,5, MAN 4-190/17, Mercedes 1-830/78, 4-1000/25, Metallges. 1-300/15, Mannesmann 10-166/33, 10-170/43,4, 10-180/33, 10-190/29, 10-192/23, 10-200/18,5, 10-206/13, 10-210/11, 10-220/5, 10-230/2,4, Nixdorf 10-550/32,5, Preussag 1-300/7, RWE St. 1-200/11,6, 1-210/7, RWE Vz. 1-200/7, ... 10-118,25/15,25, 10-130/5,4, Veba 10-211/22, 10-221/12, VEW 10-140/10, 1-150/9,5, VW 10-285/46, 10-300/41, 10-306/36, 10-310/32, 10-315/26, 10-320/23, 10-325/20, 10-345/10, 10-350/5, Alcan 10-80/2,2, 1-65/3, 4-80/8,9, Chrysler 1-100/13,5, General Motors 1-210/13, IBM 4-400/30, Norsk Hydro 10-38,4/2,5, 10-40/1,5, 1-40/5, Philips 10-45/1,3, 1-45/4,5, Sony 4-50/3, Xerox 1-180/5, Verkaufsoptionen: AEG 1-130/2,9, 1-140/5,6, 4-130/3,5, 4-140/8, BASF 10-220/1,05, 1-220/3,6, Bayer 10-220/2, 1-220/3,2, Bay. Hypo 1-380/9, BMW 1-450/5, Bay. Vereinsbk. 10-380/5, Commerzbk. 10-210/2, 1-210/4, Conti 10-150/1,8, 1-150/3,5, Daimler 10-930/14, 1-930/7,4, 4-500/9, Deutsche Bk. 10-570/1,6, 10-580/4, 1-570/10, Dresdner Bk. 10-270/4,1, 1-280/6, GHH St. 1-180/2, GHH Vz. 1-180/2, Hoechst 4-210/2,6, 4-230/5,5, Hoesch 1-120/2, 4-120/4, Kaufhof 4-280/11, Klöckner 10-70/1, 1-70/2, 4-70/3,2, Lufthansa St. 1-220/8, Mannesmann 1-210/3, 1-220/6, Preussag 4-270/8, Siemens 10-550/2,8, 10-580/4,8, 1-630/5, 1-540/7,2, Thyssen 1-130/4,5, VW 10-320/1,2, 10-330/4, 10-340/8, 1-300/2,35, General Motors 4-200/16,8, 4-210/23,8.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.9.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

Devisenmärkte

Nach den ernüchternden Zahlen vom Freitag zeigte sich der US-Dollar am 16. 9. in einer recht widerstandsfähigen Verfassung. Unter 2,90 bildete sich eine gute Unterstützungszone heraus. Es ergab sich ein Wiederanstieg bis 2,9176. Nach der amtlichen Notiz von 2,9156 bröckelte der Kurs auf 2,9100 ab. Die Euro-Dollar-Zinssätze gaben heute um bis zu 3/16 Prozentpunkte nach. Plus- und Minuskorrekturen hielten sich bei den übrigen amtlichen Währungen in etwa die Waage. Die Peseta notierte mit 1,691 historisch tief. US-Dollar in: Amsterdam 3,2770; Brüssel 59,0900; Paris 8,8850; Mailand 1490,03; Wien 20,4500; Zürich 2,4032; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,3290; Pfund/DM 3,875.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 16.9.: In D-Mark 2,22836 (Parität 2,24184); in Dollar 0,76623 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 16.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Dollarbereich stellte sich am 16. September eine gewisse Zinsentspannung ein, so daß die Deports deutlich geringer gehandelt wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84–0,84	2,77–2,67	5,50–5,30
Pfund/Dollar	0,37–0,35	1,04–1,01	1,82–1,77
Pfund/DM	3,00–1,80	7,20–3,80	13,0–11,5
FF/DM	22–6	55–31	102–86

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.9.: Tagesgeld 4,45–4,55 Prozent; Monatsgeld 4,55–4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16.9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 16.9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,08.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee in den vorderen Sichten schwächer und in den entfernteren Sichten fester notierte, ging Kakao fester aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	13.9.	12.9.
Sept	278,50	280,50
Dez.	290,75	293,25
März	298,50	301,00

Weizen Winnipeg (can $/t)		
Wheat Board of. St. Lawrence 1 CW	247,60	247,90
Amber Durum	244,54	245,84

Roggen Winnip. (can $/t)		
Okt.	118,50	118,30
Dez	122,00	121,80
März	126,50	126,70

Hafer Winnip (can. $/t)		
Okt	93,00	93,00
Dez	94,70	94,60
März	99,70	99,70

Hafer Chicago (c/bush)	13.9.	12.9.
Sept	120,00	119,75
Dez.	125,50	125,25
März	129,00	129,25

Mais Chicago (c/bush)		
Sept	223,25	224,75
Dez	216,50	219,00
März	227,50	229,25

Gerste Winnipeg (can $/t)	13.9.	12.9.
Okt	107,60	107,50
Dez.	110,40	110,90
März	114,00	113,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	13.9.	12.9.
Terminkontr. Sept	133,26	133,65
Dez	135,50	135,75
März	137,10	137,15

Kakao New York ($/t)	13.9.	12.9.
Terminkontr. Sept.	2117	2070
Dez.	2173	2156
März	2225	2203
Umsatz	1913	2264

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,40	5,16
Jan.	5,64	5,33
März	5,87	5,68
Mai	6,04	5,85
Juli	6,23	6,05
Umsatz	13129	11910
Iso-Preis (ab karibische Häfen US-c/lb)	13.9.	12.9.
	5,13	5,30

Kaffee London (£/t) Robusta	13.9.	12.9.
Kontrakt Sept.	1616-1620	1624-1625
Nov.	1648-1651	1664-1666
Jan.	1686-1689	1700-1703
Umsatz	1390	1509

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1727-1730	1738-1744
Dez.	1775-1777	1788-1789
März	1796-1797	1807-1808
Umsatz	2912	2318

Zucker London (£/t) Nr. 6	13.9.	12.9.
Okt.	141,00-142,60	137,00-137,40
Dez.	145,00-145,80	141,00-141,80
März	155,00-155,20	150,60-151,00
Umsatz	3052	2817

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	16.9.	13.9.
schw. Sarawak spez.	787,50	785,00
weißer Sarawak	957,50	957,00
weißer Muntok	967,50	967,50

Orangensaft New York (c/lb)	13.9.	12.9.
Sept.	138,00	137,60
Nov.	135,70	133,50
Jan.	130,60	129,25
März	127,50	126,85
Mai	126,00	125,00
Umsatz	1000	1200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	13.9.	12.9.
Südstaaten fob Werk	35,00	35,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	21,75	21,68
Okt.	21,18	21,12
Dez.	20,98	20,87
Jan.	21,15	21,12
März	21,50	21,54
Mai	21,80	21,80
Juli	22,05	22,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	19,00	19,75

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

Talg New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	15,25	15,25
bleichfähig	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	10,25	10,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	37,10	36,80
Dez.	39,05	38,80
Feb.	39,85	39,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.	59,20	59,20
März	59,45	59,40
Mai	60,30	60,40

Häute Chicago (c/lb)	13.9.	12.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	509,75	511,50
Nov.	506,50	508,00
Jan.	516,50	518,50
März	528,50	529,50
Mai	537,50	539,00
Juli	544,00	545,00
Aug.	543,00	545,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	126,80	128,00
Okt.	127,80	129,60
Dez.	132,20	133,60
Jan.	133,70	135,30
März	136,50	137,50
Mai	138,50	138,80
Juli	140,50	141,00

Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	13.9.	12.9.
Okt.	301,00	301,30
Dez.	303,70	304,50
März	314,50	314,60

Kokosöl New York (c/lb)	13.9.	12.9.
Westküste fob Werk	22,50	23,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	16.9.	13.9.
jegl. Herk. cif	790,00	800,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	575,00	595,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	340,00	340,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	151,00	151,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	430,00	430,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	241,00	240,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	13.9.	12.9.
Okt.	59,05	58,55
Dez.	58,30	58,40
März	59,35	59,50
Mai	59,80	59,85
Juli	58,75	59,00
Okt.	53,55	53,70

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	43,75	43,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz.:	16.9.	13.9.
Okt.	488-495	494
Dez.	497-500	–
Jan.	501-502	–
Umsatz	55	21

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	13.9.	12.9.
Okt.	50,00	50,00
Dez.	54,70	54,70
März	54,80	54,80
Mai	54,90	54,90
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	13.9.	12.9.
Okt.	612,00-615,00	611,50-615,00
Dez.	620,00-621,00	618,00-620,00
März	635,00-638,00	622,50-627,00
Umsatz	11	69

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16.9.	13.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	13.9.	12.9.
Sept.	12652	12626
Okt.	12710	12670

Kautschuk London (p/kg)	13.9.	12.9.
Nr. 1 RSS loco	61,00-63,00	62,50-64,50
Okt.	—58,00	—58,00
Nov.	—59,00	—59,00
Dez.	—60,00	—60,00
Tendenz: unruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13.9.	12.9.
Okt.	182,50-183,50	182,00-183,00
Nov.	182,00-183,00	181,00-182,00
Nr. 2 RSS Okt.	169,00-170,00	168,50-169,50
Nr. 3 RSS Okt.	166,50-167,50	166,00-167,00
Nr. 4 RSS Okt.	162,00-163,00	161,50-162,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	16.9.	13.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16.9.	13.9.
Aluminium: Bas. Lond. laufend. Monat	283,97-284,36	286,94-287,33
drittfolg. Monat	293,09-293,29	295,73-295,92
Blei: Bas. London laufend. Monat	115,88-116,07	115,95-116,14
drittfolg. Monat	117,24-117,43	117,32-117,52
Nickel: Bas. London laufend. Monat	1343,17-1345,11	1362,50-1364,45
drittfolg. Monat	1360,64-1362,58	1380,85-1382,02
Zink: Bas. London laufend. Monat	202,25-203,05	198,71-199,49
Produz.-Preis	242,35	242,61
Reinzinn 99,9 %	geschl.	3850-3888

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16.9.	13.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	405,86-409,16	408,36-411,68
Blei in Kabeln	123,50-124,50	123,75-124,75
Aluminium f. Leitzwecke (VAW) Rondbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	16.9.	13.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362-365	563-366
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399-402	399-404
MS 63	395-397	395-398

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	16.9.	13.9.
(Ring./kg)	geschl.	29,82

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16.9.	13.9.
Leg. 225	345-360	350-360
Leg. 226	347-362	352-362
Leg. 231	382-395	387-395
Leg. 233	392-405	397-405

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	31,70	31,70
Gold (DM/kg Feing.) Banken-Vkfpr.	30540	30680
Rücknahmepr.	29590	29930
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	30480	30830
Rücknahmepr.	29710	30050
verarbeitet	31970	32340
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	29950	30240
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	577,00	585,00
Rücknahmepr.	560,00	565,80
verarbeitet	602,30	608,60

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	16.9.	13.9.
London 10.30	318,85	321,75
15.00	319,30	321,30
Zürich mittags	318,80-319,30	321,50-322,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	91000	91850
Silber (p/Feinunze) London Kasse	450,86	453,55
3 Monate	463,60	465,95
6 Monate	476,10	478,40
12 Monate	500,10	503,35
Platin (£/Feinunze) London fr. Markt	16.9. 253,10	13.9. 253,30
Palladium (£/Feinunze) London f. Händlerpreis	16.9. 74,00	13.9. 73,75

New Yorker Metallbörse

	13.9.	12.9.
Gold H & H Ankauf	321,30	319,51
Silber H & H Ankauf	604,50	603,0C
Platin fr. Händlerpr.	313,00-318,50	313,00-318,3
Produz.-Preis	475,00	475,0
Palladium fr. Händlerpr.	98,00-99,00	97,00-98,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Sept.	601,00	602,00
Okt.	603,70	604,70
Dez.	611,00	612,50
Jan.	617,00	617,50
März	624,80	625,00
Mai	634,10	635,60
Juli	643,80	645,15
Umsatz	11000	15000
Kupfer (c/lb)	13.9.	12.9.
Sept.	60,00	59,70
Okt.	60,10	59,75
Dez.	60,60	60,50
Jan.	60,95	60,85
März	61,35	61,30
Mai	61,70	61,75
Juli	62,00	62,05
Umsatz	5500	4800

Londoner Metallbörse

	16.9.	13.9.
Aluminium (c/lb) mittags Kasse	731,50-732,50	739,50-740,00
3 Monate	755,00-755,50	761,50-762,00
Blei (£/t) mittags	298,50-299,00	296,00-297,00
3 Monate	302,00-302,50	301,00-302,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1025,00-1025,50	1025,00-1026,00
3 Monate	1051,00-1051,50	1049,00-1050,00
abends Kasse	–	1023,00-1024,00
3 Monate	–	1049,00-1049,50
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	1003,00-1005,00	1001,00-1003,00
3 Monate	1029,00-1032,00	1028,00-1030,00
Zink (£/t) mittags	521,00-523,00	508,00-510,00
Zinn (£/t) mittags	9170-9175	9160-9162
3 Monate	9120-9125	9123-9125
Quecksilber ($/Fl.)	–	275-285
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	67-72

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

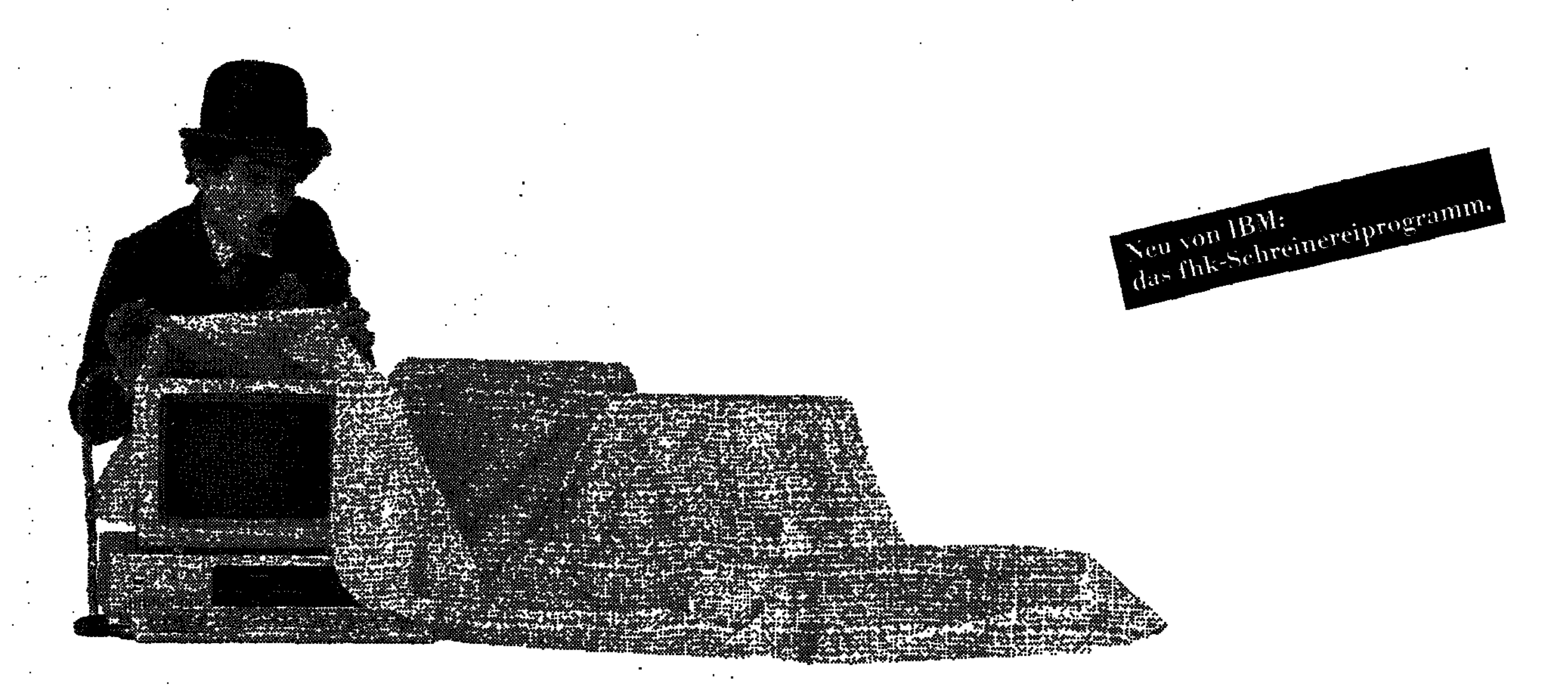
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

75 Jahre IBM Deutschland, 75 Jahre Informationsverarbeitung.



Man sollte Sie endlich in die Geheimnisse der Familie einweihen.

Natürlich nur in die Geheimnisse unserer PC Familie.

Denn Sie haben vielleicht gar nicht die Zeit, sich über Computer den Kopf zu zerbrechen. Sie sind viel zu sehr mit den Arbeiten beschäftigt, die eigentlich für den Computer bestimmt sind.

Denken Sie einmal darüber nach, daß Sie die monatlichen Abrechnungen von mehreren Stunden auf wenige Minuten verkürzen könnten. Denken Sie mal darüber nach, daß der Raum für Ihre vielen Akten Monat für Monat eine Menge Miete schluckt. Versuchen Sie es mal mit Disketten. Die brauchen nur ganz wenig Platz. Denken Sie mal darüber nach, was es für eine gute Sekretärin bedeutet, wenn sie denselben Text ständig korrigieren und neu tippen muß. Versuchen Sie es mal mit Textverarbeitung, und sie schenkt Ihnen sicher ein Lächeln dafür. Denken Sie mal darüber nach, daß Sie sich mit unserem IBM PC Netzwerk unnötige Wege sparen könnten.

Ganz egal, ob es sich um ein kleines, mittleres oder größeres Unternehmen handelt, IBM hat auf alle Fälle den richtigen PC und viele verschiedene Programme.

Wir stellen Ihnen vor:

Den IBM PC für Einsteiger. Er ist ein zuverlässiger, unkomplizierter Personal Computer, der Ihnen und Ihren Mitarbeitern in kürzester Zeit hilft, die anfallenden Aufgaben abzuwickeln.

Den IBM PC XT für Fortgeschrittene und Profis. Er ist dafür geschaffen, höchste Ansprüche zu erfüllen, ob mit mehr Speicherkapazität, einer Festplatte, einem Diskettenlaufwerk oder zusätzlichen Erweiterungspositionen.

Den IBM PC für Wissenschaft und Technik. Er kann beim Entwurf hochaufgelöster Farbgraphiken, beim computerunterstützten Konstruieren und für mathematische Berechnungen eingesetzt werden. Er automatisiert Laborversuche und läßt sich leicht an vorhandene Geräte anschließen.

Den IBM PC AT. Er ist der größte in der IBM Familie, mit der höchsten Speicherkapazität.

Den kleinen IBM Portable PC. Er kann vieles von dem, was seine großen Brüder tun, auch außer Haus.

Wählen Sie einfach unter den IBM Personal Computern einen aus, und kombinieren Sie den mit den zahlreichen IBM PC Programmen. So gibt es genug problemlose Programme für Einsteiger und ausgeklügelte, aber ebenso problemlose für Profis. Schon gehen Ihnen die täglichen Arbeiten, die in Ihrer Branche anfallen, leicht und kostengünstig von der Hand.

Wenn Sie die IBM Personal Computer Familie und die zahlreichen IBM PC Programme kennenlernen möchten, gehen Sie doch einfach mal zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einen IBM Laden. Wo die sind, erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Renten gut behauptet

Die Hoffnungen, die am Wochenende feste Tendenz für US-Bonds würde auf den deutschen Rentenmarkt überspringen, haben sich nicht erfüllt. Bei den öffentlichen Anleihen ging der Kursanstieg nicht über 0,10 Prozentpunkte. Die Notierungen bröckelten leicht ab. Es gab einige Kaufaufträge aus dem Ausland, obwohl die Dollar-Bewegung für neue Unsicherheit gesorgt hatte. Bei der bevorstehenden Anleihe des Landes Nordrhein-Westfalen erwartet man ähnliche Konditionen wie bei der KfW-Anleihe, die weder bei Inländern noch bei Ausländern plazierbar ist.

Bundesanleihen

			14.9.	13.9.
F	8 Bund 76 IV	10/85	–	100,15
F	5½ dgl. 78 II	3/86	100,35bG	100,3bG
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,35bG	100,3bG
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	102,95	103
F	6½ dgl. 79	1/87	102	102
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	103	103
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,45G	102,45
F	6½ dgl. 77	7/87	102,35	102,35
F	6 dgl. 77	10/87	101,7	101,7
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,95	101,95
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,65	103,55
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,6	103,5
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,8	103,8
F	7½ dgl. 79 I	4/89	104,75	104,75
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,45	112,45
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,85	105,85
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,15	107
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,3bG	107,05
F	7¾ dgl. 79 II	9/89	105,9bG	105,85G
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,75	106,75
F	7¾ dgl. 80	1/90	107	106,85
F	10 dgl. 80	4/90	115,6	115,45
F	5¾ dgl. 78	5/90	100,3	100,3
F	8¾ dgl. 80 I	7/90	109,25	109,25
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	109,8	109,7
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,65	107,5G
F	9 dgl. 81	2/91	112,4	112,4
F	7½ dgl. 83 III	6/91	106,75	106,65
F	10¾ dgl. 81	7/91	118,4	118,4
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,3	121,3
F	10 dgl. 81 II	12/91	118,1	118,1
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	116,25	116,25
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	116,5bG	116,5bG
F	9½ dgl. 82	4/92	115,5	115,5
F	9 dgl. 82 I	5/92	113,05bG	113,05
F	8½ dgl. 82	6/92	110,5	110,5
F	9 dgl. 82 II	8/92	113,3G	113,3
F	8¾ dgl. 82	9/92	112,25G	112,25
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	107,55	107,65
F	7½ dgl. 83	1/93	106,1	106
F	6 dgl. 78 II	3/93	99	99,1
F	7½ dgl. 83 II	3/93	106,1	106,05bG
F	8¼ dgl. 83	6/93	109,5	109,5bG
F	8 dgl. 83	7/93	108,85	108,85
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	109,9	109,8

Bundesbahn

Bundespost

		14.9.	13.9.
F	7 dgl. 77		

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

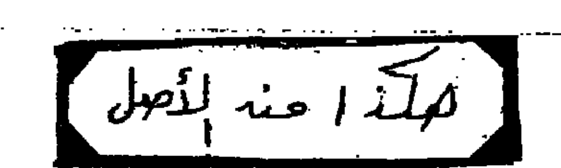
Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

		14.9.	13.9.
M	Abbott Labor		



Bernt aus der Kiste

A. W. – Neues vom VS, dem *Schriftstellerverband der IG Druck* und Papier. Während der VS-Vorsitzende Bleuel in Moskau mit den Eisenköpfen des dortigen Schriftstellerverbandes bei *Orangensaft* und Kwaß Brüderschaft feierte (just zu der Zeit, da bekannt wurde, daß der ukrainische Dichter Stus in einem *mordwinischen* KZ umgekommen war), nahm die Berliner VS-Sektion Kontakt zum Schriftstellerverband der „DDR" auf, um eventuelle *gemeinsame* Vorhaben für die heranreifenden 750-Jahr-Feiern der Stadt zu besprechen. Nichts geht eben über eine „gedeihliche Zusammenarbeit" mit Verbandsfunktionären, die ihre eigenen machtlosen Mitglieder nach Kräften unterdrükken, verfolgen oder beim Staat denunzieren.

Aber auch Verbandsfunktionäre haben ihren Stolz. Stefan Hermlin ergriff im Namen des Ostberliner Vereins das Wort (praktischerweise gleich in einem westlichen Medium, dem Deutschlandfunk), um zu verlautbaren, daß sein Verband nicht mehr an einer Zusammenarbeit mit dem VS interessiert sei. Dieser habe im letzten Jahr Bernt Engelmann von der VS-Spitze abgewählt – und damit einen unfreundlichen Akt gegenüber Ost-Berlin begangen! So offiziell ist einem die wahre Funktion des Bernt Engelmann im westdeutschen VS wohl noch nirgendwo bestätigt worden.

Unklar blieb freilich, ob Hermlin nur die Berliner Sektion oder den VS im ganzen meinte. Der Gesamtverband (siehe *Moskauer Verbrüderung*) hat eigentlich auch unter Bleuel noch keinen Anlaß zum Tadel seitens der Ostzentrale gegeben. So war es wahrscheinlich ein Sonderstich gegen die Berliner – und ein unübersehbarer Wink gen Stuttgart, man möge doch den Bernt beim nächsten Kongreß wieder aus der Kiste lassen. Seine Qualitäten als Springteufel hat er ja schon einige Male unter Beweis gestellt.

Köln: Die Aliberti als „Lucia di Lammermoor"

Eine Braut trug Schwarz

Stark wirkt der alte Zauber wieder. Die Primadonnenpartien des italienischen Romanticismo, insonderheit die Gaëtano Donizettis, sind wieder zum sichersten Erfolgsvehikel der Opernwelt geworden. Die Sängerinnen erstreiten sich darin aufs neue ihre Triumphe. Das Publikum rast vor Wonne. Jene ganze Epoche der Oper, die noch vor einigen Jahren als total verzopft und unrettbar galt, ersteht wieder in Glanz und Glorie. Die Kölner Oper eröffnete jetzt ihre Spielzeit mit „Lucia di Lammermoor". Die komplette Aufführungsserie war schon ausgebucht, ehe die Premiere herauskam.

Das macht: Köln hat sich für die Lucia die Signorina Lucia Aliberti geholt. Die hatte schon in Berlin an der Deutschen Oper eine abgeklapperte Produktion der „*Lucia*" aus dem Halbschlaf des Repertoires ins grelle Rampenlicht gezerrt. Nun war die Gelegenheit, die Rolle in gründlichen *Proben vorzubereiten, auf daß uns* das Schicksal der sich in Seufzern und Koloraturgirlanden verzehrenden unglücklichen Braut noch *schmerzlicher ergreife. So kommt es* denn auch – aber das ist doch abermals nur das Verdienst der Aliberti und kaum der aus England besorgten Inszenatoren Peter Wood (Regie), Timothy O'Brien (Bühnenbild) und Carl Toms (Kostüme).

An dem Bonmot, man solle um Himmels willen nie einen Engländer ein schottisches Sujet inszenieren lassen, denn zu „scottish" falle einem Engländer nichts anderes ein als Whisky, Tartan und Bagpipe, ist eben doch was Wahres dran. Vor dem Dudelsack, immerhin, war Donizettis Partitur vor. Aber ansonsten wüten die Schottland-Klischees vom Loch-Ness-Nebel über Moorhuhn-Jagd bis zu scheußlicher Architektur in zu spätem Tudor-Stil und ständigem Suff auf das schlimmste. Wenn Wood *dann*, in einem unmotivierten Anflug von „realistischem Musiktheater", das subtile Harfen-Concerto, dieses Musik gewordene Rieseln eines einsamen Brunnes, zu einer Hofszene mit erwachendem Gesinde ausmalt, dann kann er nur Pfropfen in den Ohren haben; Donizettis Musik jeden*falls nicht*.

Wood und sein Team verlegen das Stück aus seiner historischen Zeit (Thronbesteigung der Tudors) mitten ins 19. Jahrhundert. Das bringt für das Stück gar nichts, nur für die Ausstatter mehr Möglichkeiten, ihren schlechten Geschmack in Szene zu setzen. Wie so oft, man denke nur an Peter Halls Bayreuther Fehlgriff oder den in Glyndebourne bejubelten John Cox, kann ein auf den Inseln renommierter Regisseur keins seiner Versprechen auf dem Kontinent einlösen. Die Herren deponieren ihre Genialität, wenn sie denn da ist, offenbar in der Gepäckaufbewahrung von Heathrow.

Nur eine schöne Szene springt für die Lucia heraus: In der Auseinandersetzung mit dem schurkischen Bruder trägt sie ein schwarzes Reitkleid (Schwarz trägt sie später auch zur Hochzeit) mit Zylinder und spielt mit der Peitsche: Für einen Moment ist sie die Herrin auf Lammermoor und nicht das wandelnde Unglück. Die Wahnsinnsszene verstellt Wood der Aliberti wieder auf das dümmste.

Die Aliberti muß also abermals gegen eine Inszenierung ansingen, aber sie tut das auf grandiose Weise: Da klingt wieder der große Leidenszug in der leicht gaumigen Stimme auf, da setzt es die Feuerwerke stets mit Emotion besetzter Koloraturen, die also nie purer Ziergesang sind. Da gibt es die durchdringenden Spitzentöne, die nur noch der Schrei einer *gequälten Seele sind*, das *körperlose* Pianissimo eines heiligen Wahnsinns und die verhauchten Seufzer eines brechenden Herzens. Die Kunst der *Aliberti ist einen Kniefall wert*, und das Kölner Publikum tut ihn.

Der Aliberti zur Seite: Alberto Cupido als Edgardo mit schön strahlendem Tenor, der *stupend höhensichere* Frederic Burchinal als Lord Ashton und Matthias Hölle als Raimondo mit Balsambaß: Was die Singkultur des Belcanto angeht, sollten sie den Aufenthalt nutzen, sich von ihrer Primadonna ein Privatseminar geben zu lassen. Vom Dirigenten John Pritchard können sie das nicht erwarten. Was der einst über „Lucia" wußte bei der von ihm geleiteten ersten Sutherland-Einspielung, hat er wohl alles wieder vergessen.

REINHARD BEUTH

Zum Tode des Soziologen Wolfgang Abendroth

Kamerad in dunkler Zeit

Als im Jahre 1965 Robert Neumann auf einer Podiumsveranstaltung in Frankfurt seinem armen Opusculum „Der Tatbestand" einen pompösen Start sichern wollte und ich ihm die Show gründlich verdarb, sprang am Ende ein Mann aufs Podium, umarmte mich und rief: „Rudi, wo ist deine riesige rote Mähne geblieben!?"

Es war ein weißhaariger Mann. Ich sah ihn mir verblüfft an, und da war es Wolfgang Abendroth. Neumann stand mit belämmertem Gesicht daneben. Kurz darauf saß ich mit Abendroth und einigen seiner Studenten beim Abendessen, beide ungeheuer fröhlich, das erste Wiedersehen nach Jahrzehnten, und seine Studenten ungeheuer verwirrt: So befreundet diese beiden, unser Professor und dieser verfluchte Kerl?

Sie konnten nicht wissen, daß sie noch in Abrahams Schoß ruhten, als wir beide uns an der Frankfurter Uni kennenlernten, oft in seinem Elternhaus mit zuverlässigen Freunden zusammensaßen, auch gemeinsam mehrtägige Wanderungen machten. Auf einer dieser Wanderungen fragte er mich, warum ich nicht der Partei beiträte, wo wir uns doch über Hitler und Genossen so vollständig einig seien. Daß ich eines Stipendiums wegen dem Studentenbund hatte beitreten müssen, spielte unter uns keine Rolle, wie sollte es auch! Ich sagte: „Aber Wolfgang, ich trage doch den Marschallstab des Kapitalisten im Rucksack." Wir mußten beide lachen.

Er schaffte öfter Geld für jüdische Freunde über die holländische Grenze, wurde bei einer dieser Fahrten verhaftet und saß jahrelang im Zuchthaus. Auch unter den schärfsten Torturen hat er keinen einzigen Namen preisgegeben. Unter anderem schlugen sie ihm mit Sandsäckchen in die Nieren, das flüsterte er seiner Mutter bei einem Besuch im Zuchthaus zu. Den bewundernswerten Mann habe ich in meinen ersten Romanen nach der Nazi-Zeit unter leicht verschlüsseltem Namen immer wieder verherrlicht.

Im Jahre 1968 leitete ich ein „Darmstädter Gespräch", suchte mir als linken Diskussionsteilnehmer Wolfgang Abendroth aus und nahm damit den wilden 68ern von der TH den Wind kräftig aus den Segeln. Sie wurden ausmanövriert und blieben am nächsten Tag weinend zu Hause.

Es war uns klar, daß wir politische Gegner waren, aber es war uns ebenso klar, daß unsere alte Freundschaft zivile Formen der Gegnerschaft erforderte. In „Mein beneidenswertes Leben" machte ich (1972) einen Scherz und nannte Abendroth einen Mann, „der mit 25 schon alles wußte, was er heute weiß". Der harmloseste Scherz, den man über einen Kommunisten machen kann, denn wehe ihm, wenn er über Marx und Lenin hinaus noch etwas dazulernt. Daß er das übelgenommen hat, glaube ich nicht. Ich *jedenfalls behalte den Professor Wolfgang* Abendroth, der am Sonntag in Marburg im Alter von 79 Jahren gestorben ist, im Gedächtnis als den wagemutigen und *standhaften* Hitler-Feind und als den Freund, den ich in schrecklichen Jahren in ihm gefunden habe.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

In der alten Berliner Schaubühne am Kreuzberg: Andrzej Wajda zeigt seine drei Dostojewski-Stücke

Aufbruch zur totalen Gedankenschlacht

Theater von außerhalb ist bei den heurigen Berliner Festwochen so gut wie ausgespart. Musik, vor allem von den deutschen Radio-Orchestern intoniert, herrscht vor. Thalia bleibt, was die großen Gastspiele angeht, so gut wie stumm. Aber ist das nicht mehr und mehr auch bei den anderen großen europäischen Musentreffen so?

Immerhin: Andrzej Wajda ist mit seinem kleinen Ensemble vom *Stary Teatr* aus Krakau zu Gast. Er hat sich mit seinen Spielern in der alten (inzwischen reichlich heruntergekommenen) ehemaligen „Schanbühne" am Kreuzberg etabliert. Er kommt mit drei Dostojewski-Improvisationen, besser gesagt: mit zwei und einer halben. Damit macht er hier Station, bevor er zur Theaterschau der ITI (des Welttheater-Instituts) in München weiterreist.



Katz-und-Maus-Spiel im Präsidium: Jerzy Raziwilowicz als Raskolnikow (rechts) und Jerzy Stuhr als Porfiri in der Wajda-Dramatisierung von „Schuld und Sühne" FOTO: STORY PRESS – JOCHEN CLAUSS

Wajda ist uns hier vornehmlich als Filmregisseur ruhmvoll bekannt, zuerst durch seine grandiose Darstellung des Warschauer Aufstandes mit dem frühen Film „Der Kanal". Er machte den polnischen Film über die ganze Welt wichtig und siegreich mit „Asche und Diamant". Dies Kinostück ist inzwischen ein Klassiker geworden. Andrzej Wajda galt und gilt seit *Beginn der sechziger Jahre als* der gewichtigste Filmregisseur seines Landes. Er hat den polnischen Film sozusagen erst auf die Weltlandkarte gesetzt.

Er ist immer wieder, wenn auch oft mit deutlichen Schwierigkeiten, zum Theater, von dem er kam, zurückge*kehrt. Er macht, so alt und ehrwürdig* seine Spielanlässe meist sind, vorsätzlich „junges Theater". Sein kleines Ensemble ist vornehmlich jugendlich. Aber er macht, offenbar auch vorsätzlich, „armes Theater", wie es Grotowski, der berühmte Theatermystiker aus Polen, einst etabliert hat. Wajdas Theater bohrt nach innen. Seine Spielanlässe (wenigstens die, die er hier zeigte) sind offenbar gern tiefenpsychologisch. Es hat deutlich religiöse Anlässe zum Gegenstand. Er macht, spielend, ganz ernst.

Er zeigt als erstes seine Fassung von Dostojewskis großem Roman „Schuld und Sühne". Wir hocken zweieinhalb Stunden gnadenlos wieder einmal auf langen, harten Sitzbohlen. Die Zuschauerzahl ist beschränkt auf weniger als jeweils 100 Personen.

Die Szene selbst ist vorsätzlich karg gehalten. Kein Aufwand. Der wuchernde Roman Dostojewskis ist bis auf ein halbes Dutzend Personen gekappt. Vier von ihnen sind nur Textzubringer, gehobene Statisten. Das strenge Interesse ist – wie unter einer gnadenlosen Lupe – auf den großen Disput zwischen dem jugendlichen Mörder und qualvoll irrenden *Ideenträger Raskolnikow und seinem* sanften, aber beharrlichen Verfolger, dem Staatsanwalt Porfiri, gekappt, auf die große Weltausfragung zweier *im Grunde unversöhnlicher, schreck*licher Antipoden.

Der „innere" Kriminalfall wird bloßgelegt. Das Katz-und-Maus-Spiel *zweier feindlicher Prinzipien wird of*fenbart. Eine Tiefenbohrung zu zweit wird eröffnet. Die Ansicht ist von einer schrecklichen, am Ende ebenso niederschlagenden wie tödlichen Konsequenz. Am Schluß läßt Wajda uns Stück für Stück die Indizien der Mordtat vor Augen führen. Schuldig bleiben beide – der Verfolgte, der Mörder, genauso wie sein zielstrebiger Verfolger.

Wajda will vorsätzlich die Betroffenheit in Ansicht eines überzeitlich anwendbaren, großen Vorwurfs erzielen. Es gelingt ihm (wenn man hier auch dem Text nur anhand einer zulänglichen Simultan-Übersetzung folgen kann) durchaus. Raskolnikows tierische Irrtümer sind immer noch nicht tot oder gar überwunden – und die bittere Verfolgungssucht der Inhaber staatlicher Mächte auch nicht. Das kleine, große, schreckliche Spielexempel verfängt bis auf unsere Tage.

Wirkungsvoller noch war Wajdas zweiter Versuch mit Dostojewski. Er improvisiert sozusagen nur eine Szene aus dem Roman „Der Idiot". Jetzt wird der Spielraum, zugleich mit dem der Zuschauer, nur auf einen dunklen, nur von fünf Kerzen erleuchteten Raum reduziert. Wir sitzen mit in die*sem „Fürstenzimmer", das von zwei* Fenstern mit einem fahlen, milchigen Dämmerlicht eher verdüstert als erhellt ist.

Der große, böse, widertragische Dialog zwischen dem Fürsten und Rogoschin wird, während wir, kaum 80 Zuschauer, auf hohen Sitzen an der Wand des Gemaches hocken, ausgebreitet. Zwei deutlich sehr bedeutende und ständig rabiate Schauspieler, Jan Nowicki und Jerzy Raziwilowicz, geraten sich in diesem Disput ständig an die Gurgel. Argumentierend verkrallen sie sich ineinander. Sie ziehen sich immer wieder hoch in die totale Expression. Sie verwunden sich. Sie ziehen immer neue dialogische Schlingen zu.

Wir, sozusagen immer (zuerst etwas geniert) mit auf der Bühne sitzend, erleben, kaum ein Wort verstehend (weil diesmal von der Simultanübersetzung vollends im Stich gelassen), die hochfahrend gefährliche Auseinandersetzung wortwörtlich hautnah. Wir werden dringend beteiligt. Wir erleben einen Menschendisput, eine Gedankenschlacht wie Zuschauer an einem *Boxring. Der Effekt ist enorm.* Dieser Abend war von Wajdas drei Theaterproben ganz sicher der eindrucksvollste und bewegendste. Gro*ßes Theater auf denkbar kleinstem* Raum.

Am dritten Abend wollte uns Wajda sozusagen „Theater in Pro*greß" vorführen. Man probiert Dosto*jewskis „Sanfte". Der Text liegt kaum in seiner Spielfassung vor. Die Schauspieler sollen ihn, probierend, erst eigentlich finden. Wajda *greift* ständig selber ein. Er gibt Anweisungen. Der sehr sympathische, ruhige Theatermann will dartun, wie die Vorlage, Stück um Stück, Szene und Szene, langsam verwirklicht wird. Das aber ist dann doch enttäuschend. Theater, wie es wirklich entsteht, kann nur fragwürdig vermittelt werden. Indem Wajda uns die Entstehung eines Stückes vorinszeniert, inszeniert er gleichzeitig auf etwas penetrante Weise sich selbst. Dieser Eindruck läßt sich nicht abweisen.

Theatergeheimnis kann nicht, während man seine Zubereitung zeigen will, erklärt werden. Es gibt sein Geheimnis immer erst im fertigen Kunstprodukt preis. Das überspringen wollend, irrt Wajda. Trotzdem war sein Gastspiel mit den drei Dostojewski-Improvisationen erstaunlich.

FRIEDRICH LUFT

Fünfundzwanzig Jahre Bochumer Kunstmuseum

Musentempel fürs Revier

Lange vor dem spektakulären Kraftakt der Gründung der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf gab es auch anderswo in deutschen Städten Museumsgründungen aus dem Nichts.

So auch in Bochum, wo Peter Leo auf völlig unbestelltem Boden ein Museum moderner Kunst aufbaute. Mit unverdrossenem Mut und Spürsinn, von der Stadt nur halbherzig unterstützt, schuf er in dem Jahrzehnt bis zu seinem allzu frühen Tod eine Städtische Sammlung „Kunst nach 1945", die sich weithin hätte sehen lassen können, wenn sie sich hätte sehen lassen können. Denn Leo sammelte praktisch fürs Depot. Das 1960 gegründete und von Anfang an provisorisch in einer *Villa* am Stadtpark untergebrachte Museum war schon bald nicht mehr imstande, die rasch wachsenden Bestände auf*zunehmen. Leo hatte die Wahl zwi*schen Wechselausstellungen und Schausammlung. Die Wechselausstellungen aber waren wichtig, um das unvorbereitete Publikum mit der Kunst überhaupt in Berührung zu bringen.

Von den rund hundert Ausstellungen, mit denen Peter Leo sein ungemein interessiertes Publikum über Künstler und Stile der zeitgenössischen Kunst informierte, wurden die „Profile" besonders berühmt. In diesen Ausstellungen stellten jeweils zwei unabhängige Kritiker oder Kunstwissenschaftler das Kunstschaffen ihres Landes vor. So wurde man in Bochum Jahr für Jahr nacheinander mit der Kunst Belgiens, Englands, der Niederlande, der Schweiz, Spaniens, Österreichs, Polens, der Tschechoslowakei und mit der unabhängigen, nichtoffiziellen Kunst der Sowjetunion bekannt gemacht. Von allen diesen Ausstellungen ist immer etwas in Bochum „hängengeblieben"; das darf man wörtlich nehmen, so kam die breit gefächerte Sammlung zustande. Derweil wurde Leo nicht müde, einen Erweiterungsbau des Museums zu fordern, der die Bestände öffentlich zugänglich und die Sammlung überhaupt erst sinnvoll machen sollte.

Der Erweiterungsbau kam zustande und wurde vor zwei Jahren eröffnet (WELT v. 21. 10. 83). Nach Leos Tod war sein Mitarbeiter Peter Spielmann zu seinem Nachfolger bestellt worden. Er machte aus der Gründung seines Vorgängers ein ganz anderes Museum, einen „Ort der Kommunikation und Begegnung". Die Kunst, *ihrer Autonomie entkleidet, hat darin* wechselnde „Funktionen" und alle möglichen außerkünstlerischen, hauptsächlich gesellschaftliche und *politisch-kulturelle Aufgaben zu er*füllen. Spielmann, Emigrant aus Prag, legt einseitig den Schwerpunkt seiner Sammel- und Ausstellungstätigkeit auf die Kunst der Ostblockstaaten und gibt vor, damit das Konzept seines Vorgängers weiterzuführen.

Leo aber, der als einer der ersten die Aufmerksamkeit auf die osteuropäische Kunst lenkte, tat dies des tatsächlichen und kunsthistorischen Gleichgewichts wegen, abgesehen von seinem Bemühen um möglichst umfassende Information. Doch hat diese Präferenz auch ihr Gutes: In Bochum bekommt man nämlich die echte und wahre Kunst der Ostblockvölker zu sehen und nicht die offizielle, die Peter Ludwig an andere Museen verteilt. Gegenüber der Ludwig-Sammlung wirkt Bochum wohltuend als künstlerisches Korrektiv.

EO PLUNIEN



Vom Guggenheimbau in New York gelernt: Eingangshalle des Museums Bochum, von Joergen Bo und Vilhelm Wohlert FOTO: KATALOG

Das Internationale Kinderfilmfestival in Frankfurt

Die Märchen kommen

Zum elften Mal findet in Frankfurt das Internationale Festival des Kinderfilms statt. Aus 14 Ländern kommen die Beiträge, nur die gastgebende Bundesrepublik Deutschland hat nichts Vorzeigenswertes zustande gebracht.

Die Besucherzahlen – 30 000 pro Monat – deuten auf das wachsende Interesse an einer Institution, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Vergißmeinnicht Kinderkino ins rechte Licht zu rücken. An die 600 Spielstätten nicht gewerblicher Art (von der Jugendtagesstätte bis zum Pfarrheim oder Kinderkino) bemühen sich inzwischen um ein attraktives Rahmenprogramm rund um den Film, der allein offenbar nicht genug Anziehungskraft hat. Im Münchener Kinderkino im Olympiadorf können Kinder mitmachen: die Billets abreißen, Vor- und Nachbesprechungen führen, *Filme* aussuchen. Die angeschlossenen Filmclubs geben den Junioren Gelegenheit, gegen einen geringen Jahresbeitrag beliebig oft zu *kommen*. Oder *Kinderjuroren* wie beim Frankfurter Festival werden zu jungen Experten, deren Meinung erfrischend oft von der ihrer erwachsenen Berater abweicht.

Ein Seminar mit Journalisten und Filmemachern im Rahmen der Kinderfilmtage legte jedoch Wunden bloß: Alle Spielstätten sind Subventionsschlucker. Die Stadt Frankfurt läßt sich allein ihr Nobel-Filmmuseum 2,5 Mill. DM im Jahr kosten. *Außerdem fehlt es an guten Filmen*, weil es an guten Regisseuren, an Drehbuchautoren mangelt, an Mäzenen, aber auch an Kritikern, die sich *regelmäßig mit dem Genre* auseinandersetzen.

Dem Kinderfilm haftet nach wie vor die Vorstellung von kindertümelnder Putzigkeit und lärmigem Schnickschnack an. Sie speist sich für den eilig am Bildschirm vorbeilaufenden Erwachsenen aus dem Bildeindruck japanischer Billigtrickfilm-Importe. Das Gegenargument des ZDF, es müsse nach Art eines Warenhauses „für jeden etwas" bereithalten, ist da wenig hilfreich. Viele schlechte Eindrücke überlagern die vereinzelten guten. Die Folge: Das Genre wird nicht ernst genommen. Damit schließt sich der Teufelskreis. Weil der Kinderfilmautor und der Kinderfilmregisseur wissen, daß ihr „Werk" aller Voraussicht nach weder kommerziell abgespielt noch einigermaßen kompetent gewürdigt wird, betrachten sie ihren Erstling meist *nur als Einstieg in den „richtigen"*, nämlich den Erwachsenen-Film. Es sind deshalb nur ein paar Idealisten – Haro Senft, Thomas Draeger –, die sich alle vier Jahre einen Kinderfilm leisten, der ihnen keinen Gewinn, allenfalls Schulden einbringt.

Private Mäzene, die ein solches Verlustgeschäft finanzieren, sind äußerst rar. Dabei wird durchweg mit Low-Budget-Bedingungen kalkuliert, obwohl alle Beteiligten wissen, daß Kinderfilme eher teurer sein müssen als die für Erwachsene. Denn jugendliche Spieler funktionieren nicht durchgängig wie ihre älteren Kollegen. Sie dürfen laut Gesetz nur drei Stunden pro Tag arbeiten. Das ganze Produktionsteam aber liegt jeweils für den Rest des Tages brach.

In dieser Situation ist auch die Gretchenfrage „Wie halte ich's mit dem Fernsehen?" belanglos. Koproduktionen sind eine Notwendigkeit. Aber die Kinder- und Jugendredaktionen der öffentlich-rechtlichen Anstalten sind auch nicht so ausgestat*tet, daß sie höchste Maßstäbe* anlegen könnten, bekennt Bärbel Lutz-Saal, Redakteurin beim ZDF: „Weil wir im letzten Jahr den Spielfilm ‚Lisa und *die Riesen' von Thomas Draeger mit* der knappen Hälfte seiner Gesamtkosten von 1,7 Mill. DM gefördert haben, mußten wir die Eigenproduktion um vier Halbstundenfolgen für unser Kinderprogramm kürzen." (Jede Folge kostet zwischen 190 000 und 290 000 DM.) Wenn also ein guter Film *mehr* fürs Kinderkino entsteht, so bedeutet das weniger gutes Kinderprogramm im einschlägigen Fernsehangebot. Das von den Anstalten *investierte Geld liegt über fünf Jahre* brach, denn so lange hat die Kinoauswertung Vorrang.

Unterm Strich ist die Bilanz mit *Maßen* positiv. Die betulichen Kinderschuhe des Genres sind abgestreift, die ideologischen Fesseln lokkern sich. Problemfilme sind nicht mehr die alleinseligmachende Antwort auf Fragen der Zeit. Phantasie, handwerkliche Brillanz, Themenvielfalt, das Recht auf spannende Unterhaltung (und nicht nur penetrante Belehrung) kommen auch im deutschen Kinderfilm zum Zuge. Auch an Märchenfilme darf wieder gedacht werden. Die Berliner Filmfirma Genschow knüpft mit ihrem „Schneeweißchen und Rosenrot" an Verfilmungen aus den 50er Jahren an. Der Kinderfilm hat also eine Zukunft. Es wird jedoch noch nicht genug getan, daß er auch eine Gegenwart hat.

INGRID ZAHN

JOURNAL

Ideenwettbewerb für Tiergarten

dpa, **Berlin**

Der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz und die Internationale Bauausstel*lung haben jetzt für das ehemalige* Diplomatenviertel am Berliner Tiergarten einen offenen Ideenwettbewerb mit „landschaftsplaneri*scher Aufgabenstellung*" ausgeschrieben. Wie es in einer Pressemitteilung heißt, sollen unter anderem ein Dienstgebäude des Landes*arbeitsamtes und eine Verwaltungs*schule der Bundesanstalt für Arbeit entworfen werden. Die Neubebauung des im Krieg schwer zerstörten Viertels, *in dem sich heute* noch mehrere ehemalige Botschaftsgebäude befinden – die teilweise noch von Konsulaten und Missionen genutzt werden –, war bisher aus Rücksicht auf Stadtplanungen für Gesamt-Berlin zurückgestellt worden.

Sieger des Auto-Plakatwettbewerbs

dpa, **Frankfurt**

Die Künstler Alan Fletcher aus London und Helmut Gratzfeld aus Köln teilen sich den ersten Preis eines internationalen Plakatwettbewerbs zum Thema „100 Jahre Automobil". Beide erhielten ihren mit jeweils 15 000 Mark dotierten Preis bei einer Vernissage während der Automobilausstellung IAA in Frankfurt. Ausrichter des Wettbewerbs waren das Automagazin „Auto Motor und Sport" und die Daimler Benz AG. An dem Plakatwettbewerb nahmen 1278 Künstler aus 25 Nationen teil.

80 000 Besucher auf Barlachs Spuren

dpa, **Berlin**

Rund 80 000 Besucher *folgen* jährlich den Spuren des Bildhauers, Graphikers und Dichters Ernst Barlach (1870–1938) in die „DDR". *Nach einer Meldung der amtlichen* Ostberliner Nachrichtenagentur ADN besichtigen sie dort die Gedenkstätte des Künstlers in Güstrow (Bezirk Schwerin), wo der im schleswig-holsteinischen Wedel geborene Barlach die letzten 28 Jahre seines Lebens verbracht hat. Zur Gedenkstätte gehören eine Kapelle im Stadtzentrum sowie das Atelier und Wohnhaus des Künstlers am Inselsee.

Gründung der „KölnMusik"

Bth., Köln

Ein Jahr vor der Eröffnung der Kölner Philharmonie im Neubau des Wallraf-Richartz-Museums / Museum Ludwig wurde jetzt eine „KölnMusik GmbH" gegründet. Neben der Betreuung von städtischen Konzerten (Gürzenich-Orchester) und von Veranstaltungen der privaten Agenturen tritt „KölnMusik" auch selbst als Veranstalter auf, etwa bei Sonntagskonzerten, „Philharmonischen Nächten" nach Münchner Vorbild und „Jazz at the Philharmonic" nach Berliner Modell. Erstmals in Deutschland wird ein rechnergestütztes dezentrales *Kartenverkaufssystem erprobt, das* alle Kölner Kulturangebote und Terminals im Umland unterhält. Chef der „KölnMusik" ist der frühere Orchesterintendant der Münchner Philharmoniker, Franz Xaver Ohnesorg.

Pilsudskis Arbeiten in Polen erschienen

rst. Warschau

Im Staatlichen Verlagsinstitut in Warschau ist ein Band mit Reden und Studien des Gründers der polnischen Republik nach 1918, Marschall Jozef Pilsudski, erschienen. Herausgeber ist Prof. Jan Borkowski. Im ersten Band unter dem Titel „Józef Pilsudski über Staat und Armee" sind Pilsudskis Arbeiten zusammengefaßt, der zweite Band trägt den Titel „Im Lichte der Erinnerung und weitere Dokumente". Die Zeitschrift „Przeglad Katolicki", die das Erscheinen des Buches angekündigt hat, betont, es sei das erste Mal seit 1945, daß in Polen Arbeiten des „Hauptarchitekten" der Zweiten Republik, Pilsudski, erschienen sind.

Cootie Williams tot

Das soll schon etwas heißen, wenn Kritiker dem großen Louis einen ebenbürtigen Trompeter zur Seite stellten. Der hieß Cootie Williams und war einer der bedeutendsten Jazztrompeter der Bigband-Ära. Diesen Ruf konnte er in der Band von Duke Ellington festigen, mit dem er seit 1929 zusammenarbeitete und im „Cotton Club" für helle *Begeisterung* sorgte. Der Duke bedankte sich auf seine Weise: er komponierte Williams ein „Concerto for Cootie", bei dem dessen Fä*higkeiten auf* der Trompete glänzend zur Geltung kamen. Williams spielte mit allem, was Rang und Namen hatte: Goodman und Hawkins, *Hampton* und Hodges, Ella Fitzgerald und Dinah Washington. Jetzt ist er, 77jährig, in Long Island gestorben.

no

Greta Garbo, in den dreißiger Jahren der strahlendste Stern am Himmel Hollywoods, wird morgen 80 Jahre alt



Stationen einer Karriere (v. links): Greta Garbos erstes Bewerbungsfoto an eine Filmgesellschaft (1922); früher Ruhm (1927); Weltstar in „Mata Hari" (1932), „Die Kameliendame" (1937) und „Königin Christine" (1933)

FOTOS: KEYSTONE (2)/DPA (2)/DEFC

Der irdische Weg der Göttlichen

Von WERNER BAECKER

Alles, was man in diesen Tagen aus gegebenem Anlaß über die Garbo lesen kann, basiert auf den nüchternen Fakten der Film- und Zeitungsarchive. So oder so ähnlich hat man sich ihrer auch schon erinnert, als sie 60 oder 70 geworden war. Irgend eine persönliche Reaktion der Hochverehrten ist nicht zu vermelden, abgesehen vielleicht von scharfen Zurechtweisungen, die sich ganz Mutige einfangen, die es wagen, die Garbo auf ihren einsamen Spaziergängen entlang der New Yorker Parkavenue zu grüßen oder anzusprechen.

„Ich bin nicht mehr beim Film, lassen Sie mich in Ruhe", pflegt sie dann verärgert zu zischen, als wolle sie immer wieder unterstreichen, daß ihre Entscheidung von 1941 endgültig war. Ihr letzter Film „Die Frau mit den zwei Gesichtern", der ein neues Image der Garbo kreieren sollte, wurde für alle Beteiligten ein peinlicher Mißerfolg. Die Garbo, die sich in Hollywood nie ganz zu Hause gefühlt hatte, ergriff die Flucht. Als „Misses Harriet Brown" – sie verwendet mehrere Pseudonyme – lebt sie seitdem auf der Ostseite von Manhattan.

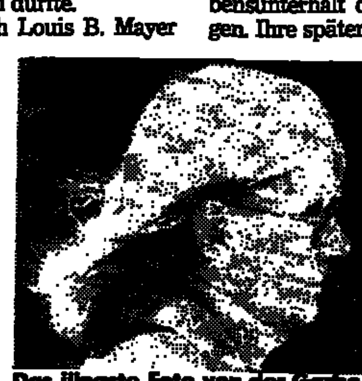
Der berühmt gewordene Satz „I want to be alone" (Ich will allein sein) aus dem Dialog des Films „Menschen im Hotel" bestimmt ihr ganzes Dasein. Sie ist allein. Und die wenigen Menschen, denen sie im Alltag begegnen muß, wenn sie Lebensmittel oder Blumen kauft, schirmen sie ab. Über Miß Garbo werden keine Auskünfte erteilt. Das wissen auch die Verkäuferinnen bei Bonwit Teller oder Bergdorf-Goodman, New Yorker Nobelläden, in denen sie gelegentlich auftaucht und nach einem Wollschal oder einem Pullover sucht.

Ist das eine glückliche Frau, die ihren unbeschreiblichen Weltruhm immer noch genießt, ohne je ein Wort darüber zu verlieren? Niemand weiß es. Für die meisten Garbo-Beobachter bleibt sie die rätselhafte Außenseiterin, die in den zwanziger Jahren als blutjunge Anfängerin verschüchtert an der Seite des weltgewandten Regisseurs Mauritz Stiller über Berlin nach Hollywood kam.

Der mächtige Boß der Firma Metro-Goldwyn-Mayer hatte sie in der Rolle der Gräfin Dohna in dem Gösta-Berling-Film nach Selma Lagerlöf gesehen. Natürlich wollte er sie haben. Denn die Garbo war schön, unvorstellbar schön. Sie war fremd und distanziert, sie sagte wenig oder gar nichts. Und das war ganz im Sinne ihres Mentors Mauritz Stiller, der mit feinem Gespür erkannt haben mag, was Hollywood damals brauchte: Einen überirdisch schönen Star, der nur aus der Ferne bewundert werden durfte.

Gloria Swanson, die damals bei Paramount regierte, in allen Ehren. Aber sie war für das amerikanische Publikum doch in erster Linie „The girl next door", das Mädchen von Nebenan, so überschaubar und amerikanisch wie Apple Pie and Icecream. Die Garbo dagegen war mysteriöse, ferne Welt, die unerfüllte Sehnsucht weckte, von der man höchstens träumen durfte.

So witterte auch Louis B. Mayer Ungewöhnliches. Er hatte „das richtige Mädchen im rechten Augenblick" unter Vertrag, womit gewiß auch die fortgeschrittene Filmtechnik gemeint war. Nun war es möglich, das menschliche Antlitz im Großformat auf eine Leinwand zu projizieren. Die Kinowelt hielt den Atem an. Das große Publikum, das da unten im Dunkeln saß, also in den Kinopalästen aus Marmor und Gold, in denen mächtige Orgeln zu Lichteffekten brausten und dröhnten, mußte nicht unbedingt wissen, daß Gretas Herkunft keineswegs „göttlich" war.



Das jüngste Foto von der Garbo, aufgenommen am 21. Juni dieses Jahres in New York City

FOTO: TED LEYSON/MADAME

Sie war die Tochter eines schwedischen Seemannes, die eigentlich Greta Lovisa Gustafsson hieß. Durch den frühen Tod des Vaters war sie gezwungen, sicher auf Kosten einer soliden Allgemeinbildung, zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Ihre spätere legendäre „Unnahbarkeit" war sicher auch so etwas wie ein Schutzschild, hinter der sie ihre eigene gesellschaftliche Unsicherheit leicht verbergen konnte.

Ein treffendes Beispiel dafür stammt von Laurence Olivier, der in seinem Buch „Bekenntnisse eines Schauspielers" seinen ersten (und wohl auch letzten) verzweifelten Versuch beschreibt, die Garbo in ein Gespräch zu verwickeln. Das war in den Tagen, als in einem Hollywood-Studio der Film „Königin Christine" entstand, in dem Olivier zunächst für eine wichtige Rolle vorgesehen war. „Bevor eines morgens die Dreharbeiten begannen", erzählt Sir Laurence, „sah ich sie (die Garbo) inmitten der Aufbauten auf einem alten Schrank sitzen. Ich gab mir einen Ruck und ging auf sie zu, um drei oder vier Sätze zu sagen, die ich mir genau überlegt hatte. Aber sie gab keinen Ton von sich. Schließlich geriet ich bleich und atemlos völlig aus dem Konzept. Nach einer atemberaubenden Pause ließ sie sich seitwärts von dem Schrank herunter und meinte nur: ‚Ach ja, das Leben ist eine Qual'". Da wußte Olivier, daß das Ende bevorstand. Sie hatte ihn abgelehnt. Er bekam die Rolle nicht.

Unverdrossene Garbo-Fans werden natürlich protestieren, wenn man einige ihrer weltberühmten Filme aus ernüchterndem Abstand betrachtet. Ein neuerliches Wiedersehen mit „Mata Hari" war nicht ohne Peinlichkeiten und unfreiwillige Komik. War die Garbo eine großartige Schauspielerin, die sich mit überzeugenden Ausbrüchen ungehemmter Leidenschaft in die Herzen von Millionen Menschen gespielt hat, die ihr die Kino-Nächte von anno dazumal nie vergessen können? Kaum. Ihre Szenen mit dem feschen zaristischen Leutnant, den Ramon Novarro spielte, und den sie laut Drehbuch bis zum Tode durch Erschießen lieben sollte, schienen aus der Tiefkühltruhe zu kommen. Das waren sorgfältig geplante Einzelauftritte mit der Garbo, die allein durch ihre phänomenale Schönheit triumphieren konnte.

Nur Ernst Lubitsch soll es gelungen sein, mit dem Unfug der isolierten Garbo, um die sich die übrigen Darsteller wie Statisten zu scharen hatten, Schluß zu machen. In „Ninotschka", einem ihrer besten Filme, war sie Teil eines Ensembles hervorragender Darsteller. So huldigen wir denn heute vor allem einem Denkmal, einem Kino-Traum, der eben nur damals möglich war, als die Menschen ohne Radio und Fernsehen in ihrer Suche nach Illusionen auf die Kinopaläste aus Gold und Marmor angewiesen waren. Daß es obendrein auch noch die Garbo gab, machte die ganze Sache um so schöner.

Technologiemesse in Japan war großer Erfolg

AFP, Tsukuba

Die Technologiemesse „Expo '85" in Tsukuba bei Tokio ist gestern nach 184 Tagen mit einer großen „Sayonara-Zeremonie" in Anwesenheit des japanischen Kronprinzen Akihito und des Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone zu Ende gegangen. Unter den 4000 geladenen Gästen befanden sich die Vertreter von 47 ausländischen Ausstellern aus allen Erdteilen, von 37 internationalen Organisationen und 28 japanischen Großunternehmen. Mit 20,3 Millionen Besuchern, davon 4,5 Prozent Ausländern, und einem Reingewinn von mindestens sieben Millionen Dollar bei einem Gesamtbudget von 182 Millionen Dollar war die wissenschaftliche Ausstellung „ein totaler Erfolg", wie der stellvertretende Messeleiter Masaki Yagi, ein hoher Beamter im japanischen Außenministerium, gestern sagte. Unter den ausländischen Pavillons hatte derjenige der USA mit mehr als fünf Millionen Besuchern den größten Zustrom.

Weltraum-Sonnenteleskop

dpa, München

Etwa 100 Sonnenphysiker aus aller Welt kamen gestern im Max-Planck-Institut für Astrophysik in München zusammen, um das Beobachtungsprogramm für das amerikanische optische Weltraum-Sonnenteleskop (SOT) vorzubereiten. Das sieben Meter lange Fernrohr mit einem Spiegelteleskop von 1,3 Meter Durchmesser soll Anfang der 90er Jahre als größte wissenschaftliche Nasa-Nutzlast, die bisher entwickelt worden ist, für sieben Tage ins All geschickt werden.

Baby stürzte von Balkon

dpa, Dortmund

Ein zehn Monate altes Baby ist gestern in Dortmund aus der dritten Etage eines Wohnhauses in die Tiefe gestürzt. Dabei wurde der Junge lebensgefährlich verletzt. Wie die Polizei mitteilte, war das Kind über eine Kiste auf ein Brett gekrabbelt und von der Balkonbrüstung gestürzt.

Keine Haftung

dpa, Köln

Der Staat braucht für den sterbenden Wald nicht zu haften. Dies hat der 7. Senat des Oberlandesgerichts in Köln gestern festgestellt. Das Gericht wies eine Klage des Vorsitzenden des Bundes „Naturschutz in Bayern", Hubert Weinzierl, ab, der von der Bundesrepublik Deutschland Entschädigung oder Schadenersatz für die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf seinen Privatwald in Niederbayern beansprucht hatte. Weinzierl hatte von der Bundesrepublik die exemplarische Zahlung von 4056 Mark verlangt. Dieser Betrag stelle den Mindestholzertrag für eine Fichtenparzelle von 1,69 Hektar in zehn Jahren (1973 bis 1983) dar. Er hatte dies damit begründet, daß die Bäume in seinem Wald infolge der Schadstoffemmissionen durch Kraftwerke und die chemische Industrie wegen drohenden Absterbens vorzeitig hätten geschlagen werden müssen (Az.: 7 U 133/84).

LEUTE HEUTE

Kunden

Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, **Eckart van Hooven**, hat Grund zur Freude. Er hat d e n deutschen Tennis-Star als Werbeträger gewonnen. „Lieber **Boris Becker**", schrieb van Hooven, „wir kennen uns zwar nicht, aber erfreulicherweise stehen wir seit einigen Tagen in einer festen geschäftlichen Verbindung." Becker soll für das Institut drei Jahre lang die Zielgruppe „Junge Erwachsene" als Kunden locken.

Kosten

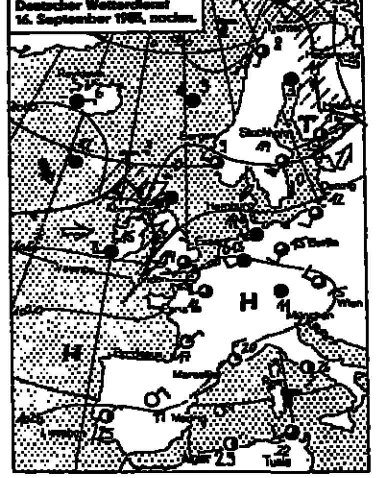
Mit einem neuen Projekt will der Schauspieler Karlheinz Böhm 12 000 Bauernfamilien in Äthiopien im Rahmen seiner Initiative „Menschen für Menschen" helfen. Sie sollen mit Geräten für Ackerbau und mit Saatgut versorgt werden. Außerdem sollen Krankenstationen, Schulen und Straßen gebaut werden. Die Kosten des Hilfsprogramms: 30 Millionen Mark.

Kokain

Als die heute 55jährige Prinzessin **Prinzessin Margaret** 1976 die „Rolling Stones" vor einem Konzert in London aufsuchte, „koksten" die Bandmitglieder **Keith Richards** und **Ronnie Wood** in ihrer Gegenwart. Sie habe – will der „Mirror" wissen – die Musiker nur angelächelt und gemeint: „Oh, Kokain – was für eine amüsante Droge."

WETTER: Im Süden schön

Wetterlage: An der Nordflanke einer von den Azoren nach Süddeutschland reichenden Hochdruckzone werden der Norden und die Mitte Deutschlands von schwachen Tiefausläufern gestreift.



Stationen: 12 bedeckt, Wind Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✻ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Norden und Mitte: Meist stark bewölkt und zeitweise leichter Regen. Temperaturen zwischen 5 und 19 Grad. Im Süden nach Auflösung von Frühnebel meist sonnig oder nur leicht bewölkt und trocken. Temperaturen um 20 Grad. Nachts Bildung von Dunst oder Nebel. Meist nur schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Am Mittwoch im Norden noch unbeständig, später auch hier zunehmend freundlicher und wärmer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	15°	Kairo	27°
Bonn	14°	Kopenh.	13°
Dresden	16°	Las Palmas	25°
Essen	13°	London	14°
Frankfurt	10°	Madrid	19°
Hamburg	14°	Mailand	16°
List/Sylt	13°	Mallorca	25°
München	11°	Moskau	10°
Stuttgart	14°	Nizza	23°
Algier	29°	Oslo	13°
Amsterdam	14°	Paris	16°
Athen	25°	Prag	15°
Barcelona	25°	Rom	26°
Brüssel	13°	Stockholm	14°
Budapest	20°	Tel Aviv	26°
Bukarest	21°	Tunis	22°
Helsinki	13°	Wien	15°
Istanbul	25°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 7.01 Uhr, Untergang: 19.30 Uhr; **Mondaufgang:** 11.53 Uhr, Untergang: 21.01 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Deutsche Schäferhund als Statussymbol

HANNE-L. HEILMANN, Bonn

Wer sich in Singapur einen Hund hält, demonstriert auf elegante Art, daß er höchstwahrscheinlich zu den 15 Prozent der Einwohner zählt, die über ein eigenes Haus verfügen – aus dem städtischen Wohnraum der Metropole, überwiegend Appartement-Wohnungen, sind diese Tiere nämlich von den Behörden rigoros verbannt worden. Kein Wunder also, daß Hunde im südostasiatischen Stadtstaat zu einem Statussymbol der Oberschicht geworden sind. An oberster Stelle der Prestige-Leiter steht der Deutsche Schäferhund, und das nicht nur wegen seines vergleichsweise stolzen Preises von umgerechnet zweitausend Mark.

Für den 36jährigen Ingenieur und Unternehmer Stanley Wong ist die Beschäftigung mit dem Deutschen Schäferhund zur Lebensaufgabe geworden. Als Vorsitzender des „Deutschen Schäferhunde-Klubs Singapur", des einzigen Rassehunde-Vereins der Stadt, repräsentiert er einen Klub mit steter Zunahme der Mitglieder. Vor zwei Jahren gegründet, umfaßte er damals knapp 30 Mitglieder. Heute sind es, zu einem Jahresbeitrag von 25 Dollar, beinahe zehnmal so viele: 280 Namen sind im Verzeichnis aufgeführt.

Wong besuchte jetzt mit einer Delegation Deutschland. Grund der Reise: Der Singapurer Verein wurde in Mannheim in den Weltverband Deutscher Schäferhunde-Klubs aufgenommen. Die Voraussetzungen dazu waren denkbar günstig. Mehr als 4000 registrierte Schäferhunde leben in Singapur und werfen jährlich zwischen 500 und 600 Welpen. Der Hundeklub bietet zivile Trainings-Kurse für die edlen Vierbeiner an. Vier- oder fünfmal jährlich veranstaltet der Klub in Singapur eine „Show".

Auch die Polizei des Stadtstaates weiß die Qualitäten des Deutschen Schäferhundes zu schätzen. Abgerichtet werden sie von Ausbildern, die in der Bundesrepublik Deutschland geschult wurden.

Eigene Wetterstation

Bilder von Meteosat ins Haus geholt / Zwei Mark Gebühr

SABINE KOBES, Hamburg

Die Wetterkarte oder gar die knarrende Windrose im Garten ist passé für die kleine Schar. Sie haben sich ihre eigene Wetterstation ins Haus geholt. Die etwa 100 Vorreiter in der Bundesrepublik Deutschland peilen Meteosat 2 an, den Wettersatelliten, der seit 1981 über dem Schnittpunkt von Äquator und Null-Meridian über Westafrika steht. Aus 36 000 Kilometern Entfernung nimmt Meteosat ein Drittel der Erdoberfläche ins Visier: Mittel- und einen Teil von Osteuropa, Afrika und den Ostzipfel Südamerikas.

Zu der Hundertschaft, die auf die eigene Wetterstation (Anschaffungspreis 5700 Mark, zwei Mark Postgebühren im Monat) schwört, gehört der Hamburger Peter G. Ahlers (45). Unscheinbar wie ein Fernsehgerät und ein paar Bausteine einer Hifi-Anlage stehen in seinem Wohnzimmer Monitor, Empfänger und Konverter, mit dem die abgerufenen Bilder festgehalten oder in Ausschnitten vergrößert werden können. Zur Wetterstation wird die Apparatur erst durch die Parabolantenne auf dem Dach des dreigeschossigen Gründerzeithauses in Harvestehude.

Die gewölbte Schale, gut einen Meter im Durchmesser, ist gen Meteosat ausgerichtet. Was er letztlich in die Wohnstube liefert, hat vorher einen dreifachen Weg zurückgelegt: vom Weltall zum Centre Européen d'Opérations Spatiales in Darmstadt – hier werden der Lesbarkeit halber die Länderumrisse eingearbeitet –, zurück zum Satelliten und schließlich zum Endabnehmer.

Empfänger dieser Bilder sind auch die Fernsehanstalten, doch für Peter G. Ahlers reicht deren Information durch die allabendlichen Wetterkarten nicht aus. Der Textilkaufmann steuert seine Piper auf Geschäftsreisen in den Nahen Osten meist eigenhändig. „Bevor ich losfliege, hilft ein Blick auf meinen Bildschirm, die Route festzulegen", sagt Ahlers. Zwar mußte früher ein Anruf beim Wetterdienst genügen, aber: „Ohne die Anschaulichkeit fehlt das Vertrauen in die Vorhersage." Vom Satellitenfoto in „Tagesschau" oder „heute"-Sendung hält der Piper-Pilot schon gar nichts: „Da wird eine Aufnahme vom frühen Abend noch nach Mitternacht gezeigt. Inzwischen hat sich die ganze Wetterlage verändert."

Und noch etwas hat der Wetterfreak dem Fernsehkonsumenten voraus: Er kann wählen zwischen Infrarotaufnahmen – vor allem die unterschiedlichen Wolkenhöhen werden hier deutlich – und einem fotografischen Abbild der Erdoberfläche mit Blick auf Alpentäler, schneebedeckte Gipfel, Garda- oder Bodensee.

Gerade das, glaubt Ahlers, müßte Reisebüros interessieren. Alle vier Minuten ein neues Wetterbild im Schaufenster – Top-Service für den Kunden, der einen Kurzurlaub in der Sonne plant. Auch Bauern hält der Hamburger für mögliche Abnehmer der privaten Wetterstation. „In vier Stunden gibt's Regen, heute muß ich früher aufs Feld", könnte der Folgeschluß eines Landwirts heißen.

Vier Mal pro Tag liefert neben Meteosat auch ein amerikanischer Wettersatellit Daten. „Natürlich", so Ahlers, „ist das Ganze auch ein Stück Spielerei für Elektronikfans, die mal das schwarze Loch eines Hurrikans aktuell und plastisch sehen wollen oder die Gewitter, die mittags wie Perlenschnüre über Zentralafrika aufgereiht sind."

Soll die Anlage allerdings praktischen Nutzen einbringen, „muß man die Grundlagen der Meteorologie beherrschen" und wissen, „wann ein Wolkenband, das sich von der Deutschen Bucht bis Zentralfrankreich erstreckt und ostwärts zieht, nicht kompakt genug ist, um sich über Norddeutschland zum Landregen zu entwickeln".

Und schließlich ist eine Requisite der präelektronischen Wetterkunde vonnöten: das gute, alte Barometer. „Wenn ich Schlüsse aus den Satellitenbildern ziehen will", sagt Peter G. Ahlers, „sehe ich immer zuerst nach, ob es steigt oder fällt."

Brisante Fracht auf Straßen soll entschärft werden

ULRICH REITZ, Bonn

Als es kurz nach Ostern innerhalb einer Woche zu drei spektakulären Unfällen bei der Beförderung sogenannter Gefahrengüter gekommen war, forderten Oppositionspolitiker, Umweltschützer und Eisenbahngewerkschafter die Verlagerung des Transports dieser Güter von der Straße auf die Schiene. Zu dieser Radikalkur wird es nicht kommen, aber die Planer im Bonner Verkehrsministerium wollen jetzt ein Bündel von Maßnahmen vorlegen, um den Transport der brisanten Fracht – von den 230 Millionen Tonnen gefährlicher Güter, die 1983 befördert wurden, rollten 44 Prozent im Straßengüternahverkehr – zu „entschärfen".

Tankfahrzeuge, die eine Wanddicke von weniger als fünf Millimetern haben, sollen innerhalb von drei Jahren mit einem Rammschutz nachgerüstet werden. Vom 1. Januar 1986 an sollen neue Tankanhänger mit einer Wanddicke von weniger als fünf Millimetern nicht mehr für Gefahrentransporte zugelassen werden. Die Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter sollen in den Unternehmen von einem Gefahrengutbeauftragten überwacht werden.

Für Gefahrenguttransporte soll ein EDV-gestütztes Informationssystem eingerichtet werden, in dem Güter nach Gefahrenklassen gespeichert sind. Bei Unfällen kann die Polizei diese Datenbank befragen, um Maßnahmen gegen eine Vergiftung des Bodens oder eine Gefährdung von Menschen durch ausgetretene Giftstoffe einzuleiten. Nicht gedacht ist an eine Ausweitung der Liste gefährlicher Güter für den Transport auf den Straßen.

Die Vorschläge, die eine Arbeitsgruppe im Verkehrsministerium erarbeitet hat, sollen Anfang Oktober im Gefahrengutbeirat, dem Spezialisten aus Wirtschaft, Forschung und den Gewerkschaften angehören, zur Diskussion gestellt werden. Anschließend gehen sie in die parlamentarische Beratung.

ZU GUTER LETZT

„Vor zehn Tagen schien es, als werde der Gladbacher Torjäger Frank Mill (25) zum Langzeitpatienten, als er sich beim 1:4 in Hamburg eine schwere Kopfprellung zuzog und vorher bewußtlos ins Krankenhaus gebracht worden war." Es stand in der WELT.